

## JAHRESBERICHT 2007

Wohnungsnotfallhilfe



Hilfe bei häuslicher  
Gewalt gegen Frauen

Jugendhilfe



Straffälligenhilfe



### Hilfe in der Not

**50 Jahre GISBU – Gesellschaft für integrative soziale Beratung und Unterstützung**

---

## Inhaltsverzeichnis

|             |   |           |
|-------------|---|-----------|
| <b>1.</b>   | <b>Einleitung.....</b>  | <b>3</b>  |
| <b>2.</b>   | <b>Wohnungsnotfallhilfe .....</b>                             | <b>4</b>  |
| <b>2.1.</b> | <b>Beratung und Begutachtung .....</b>                        | <b>4</b>  |
| <b>2.2.</b> | <b>Notunterkunft.....</b>                                     | <b>8</b>  |
| <b>2.3.</b> | <b>Nachgehende Hilfe .....</b>                                | <b>14</b> |
| <b>2.4.</b> | <b>Tagesaufenthalt.....</b>                                   | <b>18</b> |
| <b>2.5.</b> | <b>Wilhelm-Wendebourg-Haus .....</b>                          | <b>19</b> |
| <b>3.</b>   | <b>Straffälligenhilfe.....</b>                                | <b>22</b> |
| <b>3.1.</b> | <b>Geldstrafentilgung.....</b>                                | <b>23</b> |
| <b>3.2.</b> | <b>Sozialdienst JVA .....</b>                                 | <b>28</b> |
| <b>3.3.</b> | <b>Täter-Opfer-Ausgleich .....</b>                            | <b>33</b> |
| <b>3.4.</b> | <b>Arbeit mit Sexualstraftätern .....</b>                     | <b>35</b> |
| <b>4.</b>   | <b>Jugendhilfe .....</b>                                      | <b>36</b> |
| <b>4.1.</b> | <b>Holzbock .....</b>   | <b>38</b> |
| <b>4.2.</b> | <b>Sozialer Trainingskurs .....</b>                           | <b>41</b> |
| <b>4.3.</b> | <b>Betreuungsweisung .....</b>                                | <b>44</b> |
| <b>4.4.</b> | <b>Betreutes Wohnen .....</b>                                 | <b>46</b> |
| <b>4.5.</b> | <b>Familien-Coaching .....</b>                                | <b>49</b> |
| <b>4.6.</b> | <b>Sozialräumliche Lösungssuche.....</b>                      | <b>50</b> |
| <b>4.7.</b> | <b>Systemisch orientierte Jugendhelfer.....</b>               | <b>50</b> |
| <b>4.8.</b> | <b>Familienzentrum.....</b>                                   | <b>51</b> |
| <b>5.</b>   | <b>Hilfeangebote bei häuslicher Gewalt gegen Frauen .....</b> | <b>53</b> |
| <b>6.</b>   | <b>EDV-Abteilung .....</b>                                    | <b>60</b> |
| <b>7.</b>   | <b>Ausblick .....</b>   | <b>63</b> |

GISBU mbH  
Schiffdorfer Chaussee 30  
27574 Bremerhaven

Tel.: (04 71) 9 47 58-0  
Fax: (04 71) 9 47 58-20  
Email: [info@gisbu.de](mailto:info@gisbu.de)  
URL: <http://www.gisbu.de>

## 1. Einleitung

„50 Jahre Hilfe in der Not“, unter dieses Motto haben wir 2007 das Jubiläum der GISBU gestellt. Denn Not ist es, die die Wohnungslosen, Straffälligen, Opfer häuslicher Gewalt oder Jugendliche mit uns in Verbindung bringt. Extreme Wohnungsnot und die Not der Haftentlassenen war es, die 1957 zur Gründung des Vereins Herberge zur Heimat Bremerhaven und des Bremerhavener Vereins für Straffälligenbetreuung führte. 2002 wurden diese beiden Vereine in der gemeinnützigen Gesellschaft für integrative soziale Beratung und Unterstützung zusammengeführt, deren Gesellschafter das Diakonische Werk Bremerhaven und der Ev.-lutherische Kirchenkreis Bremerhaven sind.

Der Bremerhavener Verein für Straffälligenbetreuung wurde vom Amtsgerichtsdirektor Rebien und anderen Privatpersonen zur Unterstützung Haftentlassener gegründet. Bis Mitte der 80er Jahre des vergangenen Jahrhunderts beschränkte sich der Verein darauf, Haftentlassenen finanzielle Unterstützung zukommen zu lassen. Erst 1985 wurden die ersten Mitarbeiter eingestellt, um im Auftrag des Justizsenators die Geldstrafentilgung aufzubauen. Ziel war es, nicht einbringliche Geldstrafen durch gemeinnützige Arbeit zu tilgen und somit die andernfalls fällige Inhaftierung zu vermeiden. Dieses Ziel, Haft zu vermeiden und Straffälligen den Weg zurück in ein straffreies Leben zu ermöglichen, prägte die Zusammenarbeit mit der Justiz und ist bis heute Handlung leitendes Motiv der GISBU.

Auf Initiative des damaligen Superintendenten des ev. - lutherischen Kirchenkreises Wilhelm Wendebourg wurde 1957 der Verein Herberge zu Heimat gemeinsam mit der Stadt Bremerhaven und dem damaligen Landkreis Wesermünde gegründet. Als 1959 das so genannte Männerwohnheim an der Schiffdorfer Chaussee eröffnet wurde, bezeichnete die Nordsee-Zeitung dies als vorbildliche Gemeinschaftsleistung. Und das ist es bis zum heutigen Tag geblieben, auch wenn sich in den vergangenen 50 Jahren viel verändert hat.

Aus Anlass dieses Jubiläums haben wir die Oper für Obdach im Theater im Fischereihafen (TIF) aufgeführt und die Ausstellung Wohnungslose im Nationalsozialismus für eine Woche in Bremerhaven präsentiert. Für die vielfältige Unterstützung bei der Durchführung der Veranstaltungen möchten wir uns an dieser Stelle bei der Fischereihafen Betriebsgesellschaft (FBG) und beim TIF ganz herzlich bedanken und ebenso der SWB, der Sparkasse und der GEWOBA für die finanzielle Unterstützung Dank sagen.

Was sich innerhalb der 50 Jahre entwickelt hat, kann im nachfolgenden Jahresbericht 2007 nachgelesen werden. Veränderungen und Neuerungen hat es im vergangenen Jahr in allen Arbeitsbereichen gegeben.

- Im Bereich der Jugendhilfe ist das Familienzentrum in Grünhöfe als zusätzliches Angebot neu hinzugekommen.
- In der Wohnungsnotfallhilfe wurde endlich mit dem Erweiterungsbau des Wilhelm-Wendebourg-Hauses begonnen.
- In der Frauenhausarbeit ist ein Standort für die Beratungsstelle gefunden worden und ab dem nächsten Jahr werden die Opfer häuslicher Gewalt in dezentralen Schutzwohnungen untergebracht werden.
- In der Straffälligenhilfe hat die GISBU erhebliche Eigenmittel investiert, um Hilfe suchenden tragfähige Angebote machen zu können und den Mitarbeitern trotz der hohen Fallzahlen und der schwierigen finanziellen Rahmenbedingungen akzeptable Arbeitsbedingungen bieten zu können.

Der Jahresbericht kann auch unter [www.gisbu.de/aktuelles](http://www.gisbu.de/aktuelles) abgerufen werden.

---

## 2. Wohnungsnotfallhilfe

Im Oktober 2007 konnte endlich mit dem Erweiterungsbau des Wilhelm-Wendebourg-Hauses begonnen werden. Es werden fünf zusätzliche Plätze für Langzeit- bzw. Dauerbewohner geschaffen. Die Fertigstellung ist für April 2008 vorgesehen.

Ebenso positiv haben wir die Entscheidung des Bundessozialgerichtes zum Leistungsausschluss von erwerbsfähigen Arbeitssuchenden in stationären Einrichtungen aufgenommen. Nach diesem Urteil dürfen die Bewohner davon ausgehen, zukünftig nicht mehr wegen ihres Aufenthaltes im Wilhelm-Wendebourg-Haus vom Leistungsbezug ausgeschlossen zu werden. Auf die Schwierigkeiten, die aus dieser unsinnigen Gesetzesauslegung resultierten, haben wir bereits in den vergangenen Jahresberichten hingewiesen.

### 2.1. Beratung und Begutachtung

Die Wohnungsnotfallhilfe wird wie in den Vorjahren hauptsächlich von Singlehaushalten (annähernd 60%) und überwiegend männlichen Haushalten (davon ca. 70%) genutzt. An der Spitze der Auftraggeber für die Bewältigung eines Wohnungsnotfalles liegt mit 44,73% (im Vorjahr 42,48%) die Vermieterseite, gefolgt von der ARGE sowie dem Sozialamt mit 30,48% (24,55%) und den Selbstmeldern mit 15,95% (13,68%). Damit zeigt die Auswertung hinsichtlich der Auftraggeber im direkten Vergleich zwischen den Jahren 2006 und 2007 keine erheblichen Abweichungen.

Die Gesamtfallzahl der uns gemeldeten Wohnungsnotfälle (568 Fälle) hat sich gegenüber dem Berichtsjahr 2006 (627 Fälle) verringert. Eine Ursache dafür ist, dass die Mitteilungen von Wohnungsnotfällen über die ARGE bzw. das Sozialamt von 218 auf 172 Fälle zurückgegangen und zugleich die Vermietermeldungen von 265 auf 255 im Berichtsjahr 2007 gesunken sind.

Ein genauer Blick auf die Statistik zeigt, dass auch die Anzahl der Meldungen unserer Kooperationspartner STÄWOG mbH und GEWOBA AG erneut abgenommen hat, während die Fallzahlen bei den anderen Vermietern gestiegen sind. Die STÄWOG mbH ist im Berichtsjahr 2007 mit insgesamt 141 gegenüber 173, die GEWOBA AG mit 190 gegenüber 221 Meldungen vertreten.

Über die Gründe für den Rückgang der Fallzahlen kann weiter nur spekuliert werden. Eine Erklärung dürfte mit Sicherheit sein, dass zunehmend von der gesetzlich eingeräumten Möglichkeit Gebrauch gemacht wird, eine Direktzahlung der Miete von Leistungsempfängern nach dem SGB II bzw. XII zu erreichen. Dadurch wird Leistungsmissbrauch seltener und ist bei den Vermietern die Liste der von einer fristlosen Kündigung betroffenen Personen rückläufig.

Zudem führt auch das Prinzip der so genannten „kurzen Wege“, das auf der Kooperationsgrundlage mit der ARGE Bremerhaven bzw. dem Magistrat der Stadt Bremerhaven basiert, meist zu schnellen Lösungen und verhindert, dass sich Mietrückstände wiederholen.

Was das vorhandene Zahlenmaterial allerdings nicht belegt ist, dass die gemeldeten Wohnungsnotfälle an Arbeitsintensität zunehmen. Es kann nicht mehr uneingeschränkt behauptet werden, dass Wohnungsnotfälle mit einem oder zwei Kontakten gelöst werden können.

Weil Schuldner ohne erkennbaren Grund plötzlich den Schuldenregulierungsweg verlassen, die Zahlungen schlicht ausbleiben oder ARGE oder Sozialamt mitteilen, dass der Leistungsbezug nicht mehr besteht bzw. Leistungskürzungen eingetreten sind, werden zunehmend Hausbesuche notwendig. Es hat

sich dabei gezeigt, dass Hausbesuche auch Kontakte zu Betroffenen verschaffen, die zuvor nicht auf schriftlichen Kontaktversuche reagiert haben.

Trotz des Rückgangs der Gesamtfallzahlen sind die Anträge auf Inanspruchnahme eines Darlehens über ARGE/Sozialamt von 16 auf 18 gestiegen. Eine Ursache dafür ist, dass bei einer Versorgungsunterbrechung des Energieversorgers swb Bremerhaven nur die vollständige Begleichung des Zahlungsrückstands eine Wiederversorgung gewährleistet. Hier sind insbesondere bei Einpersonenhaushalten immer wieder Schwierigkeiten zu verzeichnen.

Der Funktionsbereich Beratung und Begutachtung (Stellungnahmen für die Leistungsträger) weist im Jahr 2007 insgesamt 339 Fallzahlen auf und ist damit erwartungsgemäß leicht rückläufig.

Von den insgesamt 339 Begutachtungen erfolgten 284 auf Grundlage des SGB II und 55 auf Grundlage des § 67 ff. SGB XII. Die Begutachtung auf der Grundlage der Neuregelung des § 22 Abs. 2a SGB II, dem sogenannten Zustimmungsvorbehalt, dient der Prüfung bei unter 25-jährigen Personen, während die Begutachtung nach § 67 ff. SGB XII für die Aufnahme in das Wilhelm-Wendebourg-Haus bzw. den Einsatz von „Nachgehender Hilfe“ herangezogen wird.

Die Begutachtung der unter 25-jährigen Personen auf Übernahme von Kosten der Unterkunft unter Verwendung der gesetzlich bestimmten Verpflichtungsgründe im § 22 Abs. 2 SGB II erfolgt mittlerweile auf entsprechende Rechtsprechung gestützt im Rahmen so genannter Eilverfahren. Die Rechtsprechung bezieht sich dabei überwiegend auf „schwerwiegende soziale Gründe“ (häusliche Gewalt u.ä.) oder „ähnliche Gründe“ (Schwangerschaft).

Als Gründe für die Vorsprache werden am häufigsten die klassischen Eltern-Kind-Konflikte oder bei Frauen (140 Vorsprachen) die bevorstehende Geburt eines Kindes genannt. Zunehmend werden hier Gespräche mit den Eltern erforderlich, die dazu führen, dass sich der zeitliche Rahmen der Begutachtung bis zur schriftlichen Fixierung deutlich verlängert.

Die strengen Anforderungen aus der Rechtsprechung und der Kommentierung führten dazu, dass von insgesamt 284 Vorsprechenden lediglich 114 von uns eine Befürwortung für die Kostenübernahme nach dem SGB II erhalten haben. Es ist anzumerken, dass wir keine Kenntnis darüber bekommen, welche Antragsteller tatsächlich eigenen Wohnraum mit Hilfe der ARGE anmieten können.

Im Berichtszeitraum 2007 wurden neben den erwähnten 339 Stellungnahmen 229 Beratungen in der Notunterkunft durchgeführt. Damit sind 2007 insgesamt 568 Personen im Rahmen der persönlichen Hilfe beraten worden.

| Vorgänge u. Inanspruchnahme |        | Gesamt |        | Inanspruchnahme:<br>§ 22 SGB II/§ 34 SGB XII |       |
|-----------------------------|--------|--------|--------|--|-------|
| 01/2007                     | Summe: | 148    | 26,1%  | 5  | 27,8% |
| 02/2007                     | Summe: | 140    | 24,6%  | 5  | 27,8% |
| 03/2007                     | Summe: | 131    | 23,1%  | 5  | 27,8% |
| 04/2007                     | Summe: | 149    | 26,2%  | 3  | 16,7% |
| Gesamtsumme:                |        | 568    | 100,0% | 18   | 3,2%  |

| Nach Familienstand  | Gesamt     |               |
|---------------------|------------|---------------|
| keine Angabe        | 60         | 10,6%         |
| Paar m. Kind(em)    | 46         | 8,1%          |
| Paar o. Kind        | 45         | 7,9%          |
| Single              | 364        | 64,1%         |
| Single m. Kind(ern) | 53         | 9,3%          |
| <b>Gesamtsumme:</b> | <b>568</b> | <b>100,0%</b> |

| Nach Auftraggeber       | Gesamt     |               |
|-------------------------|------------|---------------|
| Vermieter               | 254        | 44,7%         |
| Verwaltungspolizei      | 33         | 5,8%          |
| Selbstmelder            | 90         | 15,8%         |
| Agentur für Arbeit      | 1          | 0,2%          |
| Sozialamt / ARGE        | 173        | 30,5%         |
| S. Dienst / Einrichtung | 17         | 3,0%          |
| <b>Gesamtsumme:</b>     | <b>568</b> | <b>100,0%</b> |

| Nach Vermieter           | Gesamt     |               |
|--------------------------|------------|---------------|
| GEWOBA AG                | 191        | 34,2%         |
| Immob., Gesell., Genosse | 106        | 19,0%         |
| Keine Angabe             | 10         | 1,8%          |
| Privat                   | 119        | 21,3%         |
| STÄWOG Bremerhaven m     | 142        | 25,4%         |
| <b>Gesamtsumme:</b>      | <b>568</b> | <b>100,0%</b> |

| Auswertung nach Geschlecht |        |        |        |        |
|----------------------------|--------|--------|--------|--------|
|                            | Frauen | Männer | Gesamt | Anteil |
| <b>Gesamtsumme:</b>        | 165    | 403    | 568    | 568    |
|                            | 29,0%  | 71,0%  | 100,0% | 100,0% |

| Art der Schulden | Energie |        | Miete |        | davon Energie & Miete |        |
|------------------|---------|--------|-------|--------|-----------------------|--------|
| <b>01/2007</b>   | 6       | 23,1%  | 143   | 26,0%  | 1                     | 12,5%  |
| <b>02/2007</b>   | 6       | 23,1%  | 136   | 24,7%  | 2                     | 25,0%  |
| <b>03/2007</b>   | 9       | 34,6%  | 125   | 22,7%  | 3                     | 37,5%  |
| <b>04/2007</b>   | 5       | 19,2%  | 146   | 26,5%  | 2                     | 25,0%  |
|                  | 26      | 100,0% | 550   | 100,0% | 576                   | 100,0% |

## Vorgangsauswertung für Beratung und Begutachtung Stellungnahmen

| Auswertung nach Geschlecht | Frauen |       | Männer |       | Gesamt |        |
|----------------------------|--------|-------|--------|-------|--------|--------|
| <b>01/2007</b>             | 41     | 43,2% | 54     | 56,8% | 95     | 100,0% |
| <b>02/2007</b>             | 31     | 36,0% | 55     | 64,0% | 86     | 100,0% |
| <b>03/2007</b>             | 33     | 40,7% | 48     | 59,3% | 81     | 100,0% |
| <b>04/2007</b>             | 35     | 45,5% | 42     | 54,5% | 77     | 100,0% |
| <b>Gesamtsumme:</b>        | 140    | 41,3% | 199    | 58,7% | 339    | 100,0% |

---

**Auswertung nach Vorgang**

|                                       |     |        |
|---------------------------------------|-----|--------|
| <b>Stellungn. § 22 Abs. 2a SGB II</b> | 282 | 83,2%  |
| <b>Stellungn. § 67 ff. SGB XII</b>    | 57  | 16,8%  |
| <b>Gesamtsumme:</b>                   | 339 | 100,0% |

**Altersverteilung**

|                                | durchschnittl.<br>Alter: | 15J - 20J | ab 21J    | Gesamt     | Anteil   |
|--------------------------------|--------------------------|-----------|-----------|------------|----------|
| Stellungn. § 22 Abs. 2a SGB II | 20,4                     | 170 60,7% | 110 39,3% | 280 100,7% | 280 100% |

**Altersverteilung**

|                             | Anzahl | Mittel-<br>wert | <18 | 18 -<br>20 | 21 -<br>26 | 27 -<br>34 | 35 -<br>44 | 45 -<br>54 | 55 -<br>64 | >=<br>65 |
|-----------------------------|--------|-----------------|-----|------------|------------|------------|------------|------------|------------|----------|
| Stellungn. § 67 ff. SGB XII | 57     | 28              | 2   | 24         | 14         | 3          | 6          | 4          | 0          | 4        |

---

## 2.2. Notunterkunft

Zwei Ereignisse haben sich 2007 wesentlich auf den Betrieb in der Notunterkunft „Schiffdorfer Chaussee 30“ ausgewirkt.

Zum einen war das der Dachgeschossausbau, der um das Tagesgeschehen herum abgewickelt wurde. Zum anderen kam es im September 2007 zu einem Brand in einem Bewohnerzimmer im Keller. Dabei erlitten Bewohner zum Teil erhebliche Rauchvergiftungen und mussten stationär im Krankenhaus versorgt werden. Als Folge musste außerdem der gesamte Bereich der Notunterkunft gereinigt und im Anschluss renoviert werden, wobei vor allem im Kellerbereich Decken, Türen, Inventar etc. erneuert wurden. Der Verursacher des Brandes ist bislang nicht ermittelt. Die im Jahr 2006 erfolgte Investition in eine Brandmeldeanlage hat sich spätestens an diesem Tag bezahlt gemacht und Menschenleben gerettet.

Noch am Abend des Brandes mussten Bewohner im Wilhelm-Wendebourg-Haus und im Seemannsheim untergebracht werden. Es war allerdings schnell möglich, die Notunterkunft so umzustrukturieren, dass sich bald alle wieder in der Schiffdorfer Chaussee 30 aufhalten konnten. Die Renovierungsarbeiten wurden im Dezember 2007 abgeschlossen, alle Räumlichkeiten können wieder in gewohnter Weise genutzt werden.

In der Notunterkunft erfolgten 2007 insgesamt 229 Aufnahmen, die sich auf 174 Personen verteilten und so wieder die Dimensionen des Jahres 2005 erreichten. 2007 betrug die Gesamtsumme der Anwesenheitstage 8852 (2006 lag sie bei 7965).

Vergleicht man die Zahl der 2007 mehrfach aufgenommenen Klienten mit der des Vorjahres, kann man feststellen, dass das Verhältnis etwa gleich geblieben ist.

| 2007 | 2006 | Aufnahmen |
|------|------|-----------|
| 135  | 113  | 1x        |
| 28   | 22   | 2x        |
| 7    | 3    | 3x        |
| 3    | 2    | 4x        |
| 1    | 0    | 5x        |

Verteilung der Aufnahmen auf Klienten

Die Lebensbedingungen wohnungsloser Menschen sind in der Regel durch ungesicherte wirtschaftliche Lagen, soziale Schwierigkeiten durch Arbeitslosigkeit, familiäre Probleme und häufig auch durch suchtbedingte Auffälligkeiten gekennzeichnet.

Der überwiegende Teil der Bewohner erhält Leistungen nach dem SGB II. Die Regelleistungen werden wöchentlich im Voraus über die GISBU an die Bewohner ausgezahlt, sofern diese mit der ARGE nicht ausdrücklich abweichende Zahlungsmodalitäten vereinbart haben. Sofern es gewünscht wird, können die Bewohner Vollverpflegung in Anspruch nehmen.

Auch im Berichtszeitraum 2007 gab es Personen, die aufgrund ihres Hilfebedarfs und ihrer Persönlichkeit in keiner anderen Hilfeform langfristig versorgt werden konnten. Sie waren u.a. in anderen Facheinrichtungen fristlos gekündigt worden, und es war es zum Teil nicht möglich eine Anbindung, etwa an das Wilhelm-Wendebourg-Haus, zu initiieren. Auch ein Wechsel in Normalwohnraum war in der Regel nicht die Lösung, so dass daraus längere Aufenthalte in der Notunterkunft resultierten.

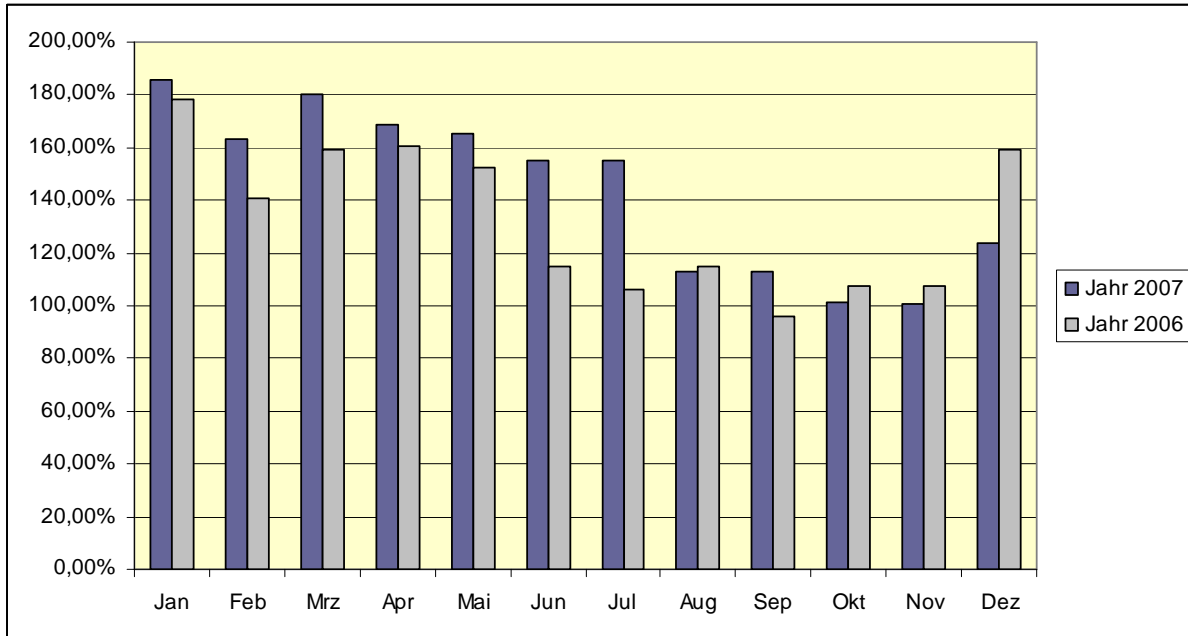
Aus Mangel an Alternativen mussten sich auch Personen an die GISBU wenden, die aufgrund ihrer Krankheitsgeschichten in der Notunterkunft im Grunde vollkommen fehlplatziert waren. Personen mit Behinderungen, deren eigenwillige Persönlichkeit keine Anbindung an oder Integration in Hilfeformen der Behindertenhilfe zuließ, konnten in der Notunterkunft nur schwerlich den Rahmen finden, den sie letztlich benötigt hätten.

Alkohol- und Mehrfachabhängigkeiten waren bei Bewohnern ebenso festzustellen wie der Konsum har-



ter Drogen. Die Arbeit mit den betreffenden Personen gestaltete sich als äußerst schwierig, da sie häufig wenig Motivation zur Verbesserung ihrer Lage zeigten.

## Jahresauslastung



### Auslastung bezogen auf 24 Plätze (Maximalbelegung)

|           | Jan    | Feb   | Mrz   | Apr   | Mai   | Jun   | Jul   | Aug   | Sep   | Okt   | Nov   | Dez   | Mittelwert |
|-----------|--------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|------------|
| Jahr 2007 | 100,6% | 88,3% | 97,8% | 91,4% | 89,7% | 84,0% | 83,9% | 61,3% | 61,3% | 55,0% | 54,4% | 66,9% | 77,9%      |
| Jahr 2006 | 96,4%  | 76,3% | 86,3% | 87,1% | 82,6% | 62,4% | 57,4% | 62,4% | 51,8% | 58,2% | 58,3% | 86,4% | 72,1%      |

### Auslastung bezogen auf 13 Plätze (Einzelzimmerbelegung)

|           | Jan    | Feb  | Mrz  | Apr  | Mai  | Jun  | Jul  | Aug  | Sep  | Okt  | Nov  | Dez  | Mittelwert |
|-----------|--------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------------|
| Jahr 2007 | 185,6% | 163% | 181% | 169% | 166% | 155% | 155% | 113% | 113% | 102% | 101% | 124% | 143,78%    |
| Jahr 2006 | 178%   | 141% | 159% | 161% | 153% | 115% | 106% | 115% | 96%  | 107% | 108% | 159% | 133,14%    |

Es ist abzulesen, dass 2007 die Auslastung fast über den gesamten Berichtszeitraum höher war als im Vorjahr. Eine Unterbringung in Einzelzimmern konnte noch weniger realisiert werden als im letzten Jahr, da die durchschnittliche Auslastung hier bei fast 144% lag. Auch in den Sommermonaten gab es eine hohe Belegungszahl, die sicherlich darauf zurückzuführen ist, dass mehr Personen über einen längeren Zeitraum in der Einrichtung blieben.

## Anwesenheitstage von Bewohnern

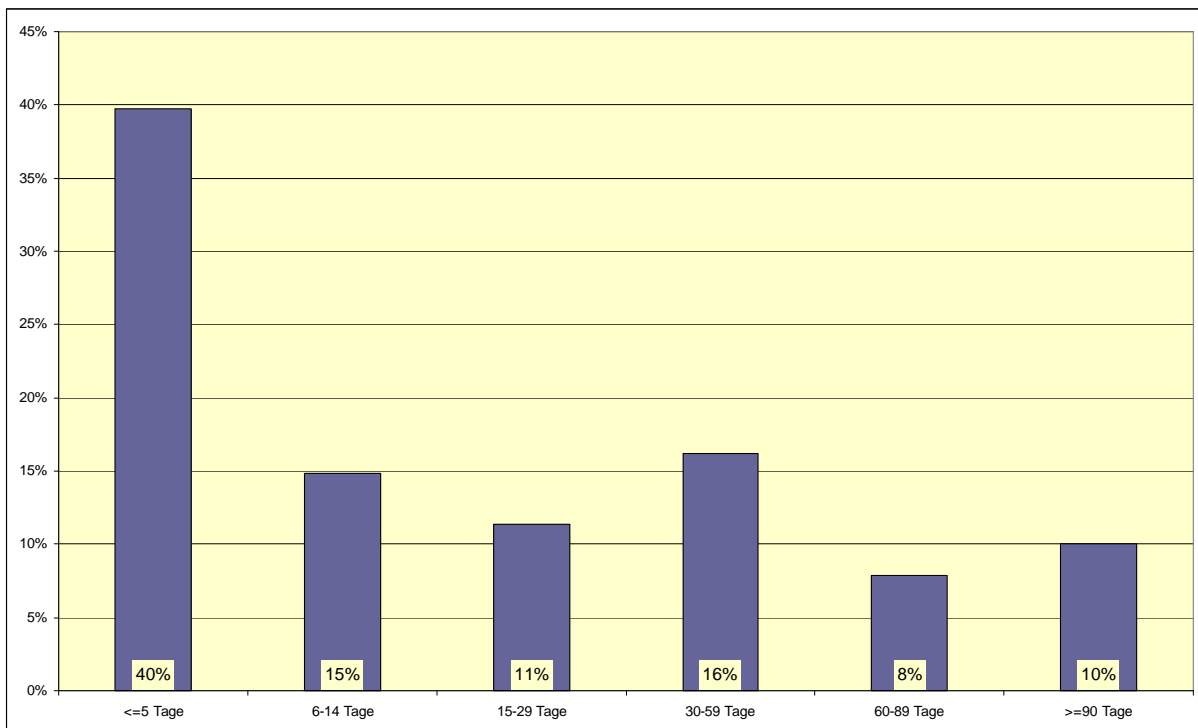
Die in der Fachkonzeption als Ziel formulierte kurze Verweildauer in der Notunterkunft war auch 2007 nicht in allen Fällen umzusetzen. So gab es einen Klienten, der bereits 2005 anwesend war und auch noch 2007 fast durchgehend anwesend gewesen ist. Er blieb bisher aufgrund fehlender Alternativen 984 Tage in der Schiffdorfer Chaussee 30. Zu Beginn des Jahres 2007 wurden zudem einige Klienten erneut aufgenommen, die sich bereits in den vorangegangenen Jahren in der Notunterkunft aufhalten mussten. Drei dieser Personen hielten sich fast durchgängig über den gesamten Berichtszeitraum in der

---

Schiffdorfer Chaussee 30 auf. Bei ihnen sind viele Problemlagen vorhanden, die einen intensiven Hilfebedarf erkennen lassen.

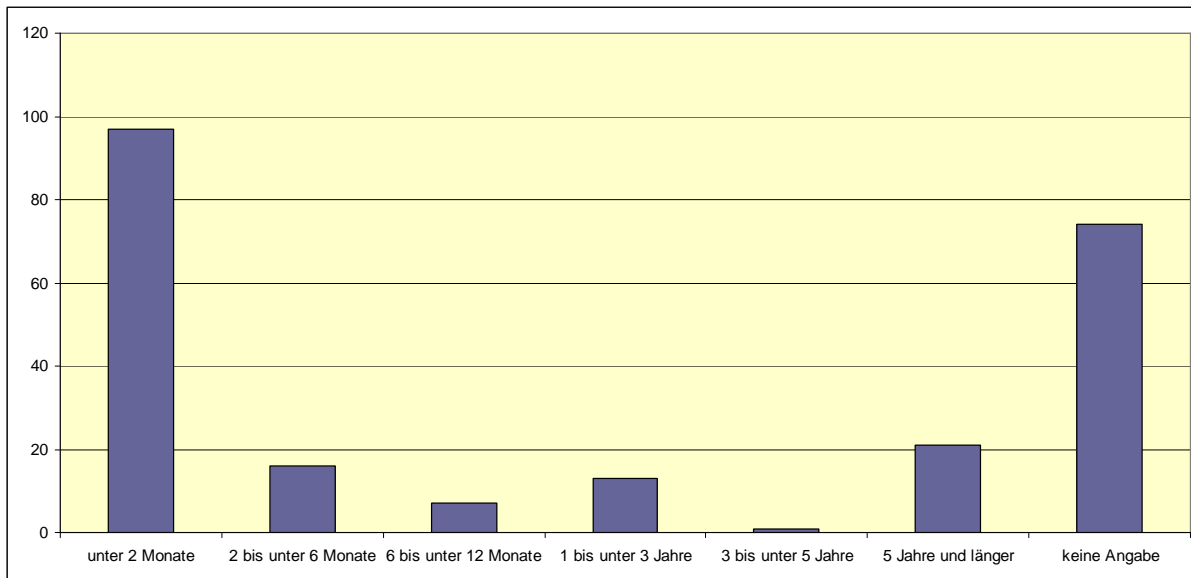
Ein Bewohner, der sich bereits 339 Tage durchgängig in der Notunterkunft befunden hatte, kehrte nach monatelangem Krankenhausaufenthalt im Dezember wieder hierher zurück, da auch für ihn keine passende Versorgung gefunden werden konnte.

Die Zahl der Personen, die zwischen 6 und 14 Tagen anwesend waren, ist um 6% gestiegen, während zugleich die Anwesenheitsdauer zwischen 30 und 59 Tagen um 6% sank. 23 Personen hielten sich länger als 90 Tage in der Notunterkunft auf. Damit ist der Anteil dieser Bewohner, bei denen von einem größeren Hilfebedarf auszugehen ist, unverändert hoch. Die durchschnittliche Verweildauer sank von 41,48 auf 38,66 Tage.



### Dauer der aktuellen bzw. letzten Wohnungslosigkeit

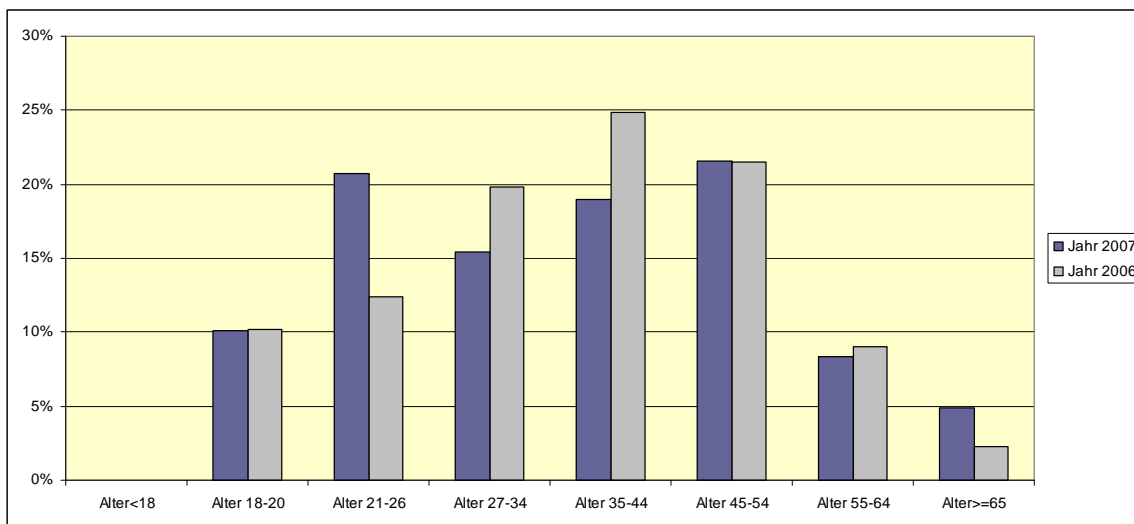
Als Ursache der Wohnungslosigkeit gaben die Bewohner im Berichtszeitraum 2007 überwiegend Mietschulden, Ortswechsel und generationsbedingte Probleme im Elternhaus an. Der Personenkreis der „Durchwanderer“ hat sich im Vergleich zum letzten Jahr verkleinert: 2007 konnte ca. jeder Zehnte diesem Kreis zugeordnet werden, 2006 war es noch jeder Siebte. Etwa die Hälfte der Aufgenommenen war weniger als 2 Monate wohnungslos.



## Altersverteilung

Aufgenommen werden können Männern ab 18 Jahren. Das höchste Alter eines Bewohners in 2007 lag bei 73 Jahren.

Die Altersverteilung in diesem Jahr zeigt, dass sich die Gruppe der 21-26 Jahre alten Männer im Vergleich zum Vorjahr fast verdoppelt hat. Dagegen gab es bei den Personen zwischen 27 und 44 Jahren einen Rückgang um insgesamt 10%. Das Durchschnittsalter ist noch einmal minimal von 37,72 auf 37,63 gesunken.

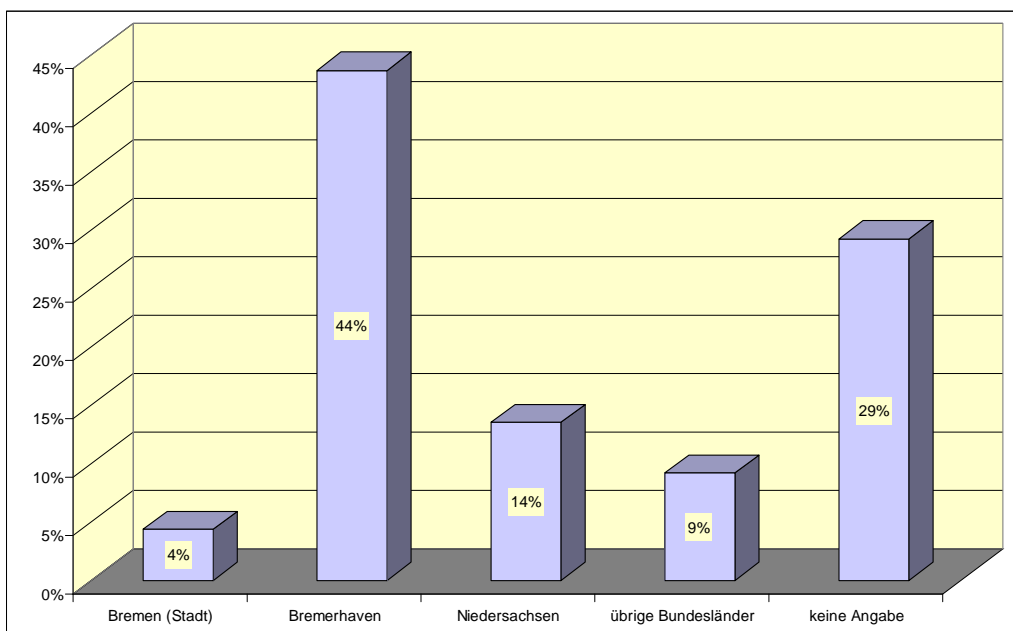


Erwähnenswert ist auch, dass im Berichtszeitraum wieder mehr Personen zwischen 65 und 70 Jahren in der Notunterkunft aufgenommen werden mussten, ihr prozentualer Anteil stieg von 2% auf 5%. Unter diesen Klienten gab es Personen, die bereits Jahrzehnte in Bremerhaven gelebt, jedoch niemals zuvor das Hilfesystem in Anspruch genommen haben. Erschütternd ist, dass eindeutig zu erkennen war, in welcher desolaten Wohn- und Lebensverhältnissen sich diese Menschen schon über Jahre befunden haben müssen. Neben gesundheitlichen Ursachen scheint vor allem große Hilflosigkeit der Grund dafür gewesen zu sein, sich nicht allein aus der bedrückenden Lage befreien zu können. Glücklicherweise konnte für diese Personen sehr zeitnah sowohl unter den Hilfeangeboten der GISBU als auch bei anderen Dienstleistern eine adäquate Versorgung gefunden werden.

Gerade bei jüngeren Personen war festzustellen, dass sie neben einer großen Schulden- und Suchtproblematik vielfach auch eine starke Gewaltbereitschaft und psychische Problemlagen aufweisen. In der Regel hatten diese jungen Menschen wenige bis gar keine Perspektiven für sich. Probleme, etwa im Bezug von Transferleistungen, wurden einfach hingenommen und es gab vielfach keinen Wunsch nach Klärung dieser Belange.

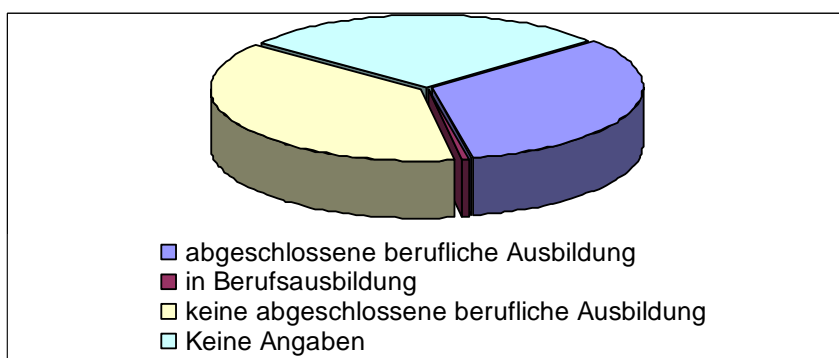
Nur in wenigen Fällen wurden die ambulanten und die stationären Hilfeformen in Anspruch genommen. In der Regel war es auch in diesem Berichtszeitraum äußerst schwierig, eine angemessene Hilfe für die jungen Menschen zu installieren. Es konnte teilweise abgeleitet werden, dass aufgrund ihrer Persönlichkeitsentwicklung eher Jugendhilfemaßnahmen sinnvoll gewesen wären, die aber aus Altersgründen so gut wie nie umgesetzt wurden.

### Herkunftsort



Im Vergleich zum Vorjahr gab es keine nennenswerten Veränderungen.

### Berufsausbildung

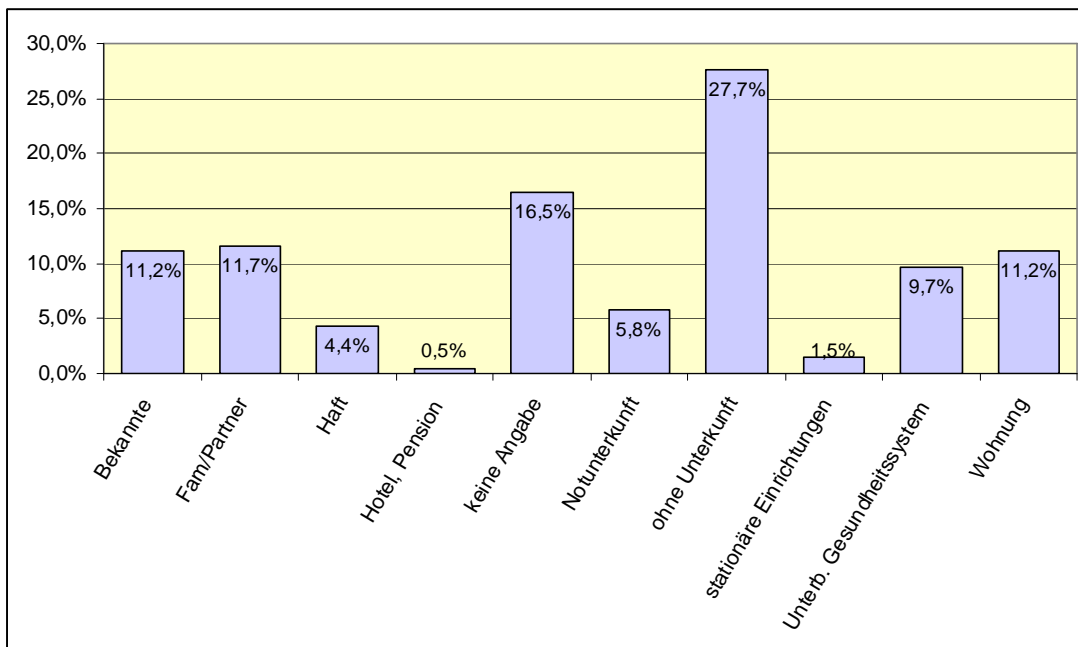


War im letzten Jahr der Anteil der Bewohner mit abgeschlossener Ausbildung noch doppelt so hoch wie der Anteil der Bewohner ohne Ausbildung, so ist für 2007 bezeichnend, dass diesmal nur 33,2% (76 Personen) über einen Ausbildungsabschluss verfügten, 38% (87 Personen) dagegen nicht.

## Unterkunftssituation am Ende der Betreuung

Nach dem Aufenthalt in der Notunterkunft sind lediglich 11% der Klienten in eine eigene Wohnung gezogen, ebenso viele zu Bekannten. Ein Viertel der Personen verließ die Einrichtung, ohne eine Unterkunft aufweisen zu können, keine Angaben über den weiteren Verbleib machten 16%. Erfreulicherweise sind fast 12% der Ausziehenden wieder zurück zur Familie oder zum Partner gegangen, bei fast 10% kam es dagegen zu einer Unterbringung im Gesundheitssystem. Anzumerken ist, dass direkt aus dem Krankenhaus Personen aufgenommen wurden, die dann aufgrund ihres Gesundheitszustandes wieder ins Krankenhaus zurück gingen.

Auffällig war, dass einige Personen innerhalb des Jahres mehrfach zwischen den psychiatrischen Abteilungen der Krankenhäuser und der Notunterkunft hin- und herpendelten. Hier gab es des Öfteren selbst für die Notunterkunft Grenzen, da die Betroffenen nicht in der Lage waren, sich an die Rahmenbedingungen zu halten.



Auch 2007 gab es positive Verläufe zu verzeichnen, etwa bei Personen, die erfolgreich einen Wechsel in das Haus Lehe vollzogen haben. Nicht unerwähnt bleiben sollen außerdem alle, die eine Therapie aufgenommen oder eine Entgiftung durchlaufen haben. Auch war die Nachfrage nach stationärer Hilfe im Wilhelm-Wendebourg-Haus zeitweise so groß, dass eine Warteliste eingeführt werden musste.

---

## 2.3. Nachgehende Hilfe

2007 war für die Nachgehende Hilfe ein Jahr gravierender personeller Veränderungen. Trotzdem ist es gelungen, eine kontinuierliche und kompetente Beratung und Betreuung zu gewährleisten und das Hilfeangebot durch bessere zeitliche Strukturierung und mehr Transparenz weiter zu verbessern.

### Wohnungsmarkt

Die massive Veränderung auf dem Bremerhavener Wohnungsmarkt hat auch für die Nachgehende Hilfe sowie die von ihr Betreuten neue Anforderungen mit sich gebracht.

Durch den Rückbau ganzer Häuserblocks in Leherheide und Grünhöfe fehlt es an geeignetem und finanzierbarem Wohnraum innerhalb der Mietobergrenze. Zusätzlich drängen durch den Ausbau der Hochschule Bremerhaven vermehrt Studenten auf den hiesigen Wohnungsmarkt. Für unsere Betreuten bedeutet dies auf dem ohnehin schon schwierigen Wohnungsmarkt, dass sie sich gegen mehr Konkurrenz bei der Wohnungssuche durchsetzen müssen.

Nach unseren Erfahrungen sind neben den beiden großen Wohnungsanbietern GEWOBA und STÄWOG auch immer mehr private Vermieter abgeneigt, Wohnraum an Bezieher von ALG-II und hier insbesondere an junge Menschen zu vermieten. Selbst die Direktzahlungen der Miet- und swb-Kosten durch die ARGE bzw. über ein Verwahrgeldkonto der GISBU steigern die Erfolgsaussichten kaum.

Auch GEWOBA und STÄWOG, die noch günstigen Wohnraum bieten, sind in einigen Fällen nicht mehr bereit, Wohnungen für die von uns betreuten Menschen anzubieten, da sie bereits einschlägige Erfahrungen mit ihnen gemacht haben.

Seitens der Nachgehenden Hilfe ist sowohl auf Vermieter- als auch auf Klientenseite große Überzeugungs- und Motivationsarbeit zu leisten, um eine für alle Seiten zufriedenstellende Arbeits- und Lebensgrundlage zu schaffen.

### Arbeitsmarkt

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt hat sich in Bremerhaven für den von uns betreuten Personenkreis gegenüber dem letzten Berichtszeitraum nicht verbessert. Die Eingliederungsbemühungen erfolgen nach wie vor über Qualifizierungsmaßnahmen oder Tätigkeiten im Rahmen von ABM u./o. MAE – Maßnahmen. Für den größten Teil unserer Klienten ist dies auch die einzige Möglichkeit, sich unter „realen“ Arbeitsbedingungen und dennoch in einem „geschützten“ Rahmen in der Arbeitswelt zu orientieren und zu beweisen.

Die gute Zusammenarbeit zwischen den Mitarbeitern der Nachgehenden Hilfe, dem ARGE Job-Center und den ortsansässigen Beschäftigungsträgern macht sich gerade in diesem Bereich bemerkbar. Viele Arbeitsaufnahme und Vermittlung in solche Maßnahmen betreffenden Vorgänge konnten schnell und unbürokratisch realisiert werden. Auch konnte durch intensive Gespräche mit Kollegen aus den Bereichen Vermittlung und Beratung bzw. Betreuung der Verlust des Arbeitsplatzes in einigen Fällen verhindert werden.

Es bleibt zu hoffen, dass diese „geschützten“ Arbeitsplätze auch in Zukunft in Bremerhaven in ausreichender Zahl vorhanden sein werden und dass den Eigenarten der von uns betreuten Menschen bei den Anforderungen seitens der Beschäftigungsträger besser Rechnung getragen wird.

Die Zusammenarbeit mit der Leistungsabteilung der ARGE ist nach wie vor schwierig.

Terminabsprachen sind de facto nicht möglich, lange Wartezeiten an der Tagesordnung. Hier wünschen wir uns für die Zukunft eine unbürokratische und zeitnahe Zusammenarbeit. Da es in dieser Hinsicht bereits Gespräche auf Teamleitererebene gab, sehen wir positiven Veränderungen zuversichtlich entgegen.

Bedenklich finden wir die Rechtspraxis der ARGE, bei stationären Aufenthalten, etwa im Krankenhaus, die Regelleistung um 35 % zu kürzen. Als Standardbegründung wird den Betroffenen nicht nur in Bremerhaven mitgeteilt, dass sie bei stationärem Aufenthalt schließlich auch Mahlzeiten bekämen und folglich den Ernährungsanteil von 35 % des Regelsatzes nicht benötigen würden. Im aktuellen Fall eines von uns Betreuten bedeutete diese Rechtspraxis, dass er sich nach 18 Tagen Krankenhausaufenthalt einer Regelsatzkürzung von 121,45 € sowie einer Krankenhausrechnung von 180 € gegenüber sah.

Die Nachfrage ehemaliger Betreuer, die in unregelmäßigen Abständen die Nachgehende Hilfe aufsuchen und sich Beratung und Unterstützung im Umgang mit Geld und Behörden wünschen, hält unvermindert an. Dies belegt, dass die Nachgehende Hilfe für diese Menschen zu einer Institution geworden ist, zu der sie Vertrauen haben und auf deren Hilfe sie sich verlassen.

Zusammenfassend lässt sich die Arbeit der Nachgehenden Hilfe als durchaus positiv für die Hilfesuchenden darstellen. Neben Flexibilität, Spontaneität und Wertschätzung gegenüber den Betreuten zeichnet sich ihre Arbeit durch Kompetenz und sehr gute Zusammenarbeit mit den Kooperationspartnern aus. Das wird seitens der Betreuten und unserer Kooperationspartner immer wieder bestätigt.

Das Jahr 2007 für die Nachgehende Hilfe in Zahlen:

| Bearbeitete Fälle im Zeitraum<br>Vor oder im ZR erfasst und Hilfe-Beginn | Anzahl<br>Vorgänge |               | Frauen    |           | Männer   |           | Wohnprojekt |  |
|--|--------------------|---------------|-----------|-----------|----------|-----------|-------------|--|
|  |                    |               | Frauen    | Männer    | Frauen   | Männer    |             |  |
| <b>Abbruch der Betreuung</b>   | 6                  | 10,2%         | 1         | 5         | 0        | 0         |             |  |
| <b>offen</b>   | 33                 | 55,9%         | 3         | 30        | 0        | 8         |             |  |
| <b>Sonstiges</b>   | 6                  | 10,2%         | 3         | 3         | 0        | 1         |             |  |
| <b>Wohnung / Ende Betreuung</b>  | 13                 | 22,0%         | 6         | 7         | 0        | 0         |             |  |
| <b>WWH</b>   | 1                  | 1,7%          | 0         | 1         | 0        | 1         |             |  |
| <b>Gesamtsumme:</b>  | <b>59</b>          | <b>100,0%</b> | <b>13</b> | <b>46</b> | <b>0</b> | <b>10</b> |             |  |

| Bearbeitete Fälle im Zeitraum<br>Vermittelt durch | Anzahl<br>Vorgänge |               | Frauen    |           | Männer   |           | Wohnprojekt |  |
|---|--------------------|---------------|-----------|-----------|----------|-----------|-------------|--|
|   |                    |               | Frauen    | Männer    | Frauen   | Männer    |             |  |
| <b>Bewährungshilfe</b>                            | 7                  | 11,9%         | 0         | 7         | 0        | 0         |             |  |
| <b>JVA Bremerhaven</b>                            | 3                  | 5,1%          | 0         | 3         | 0        | 0         |             |  |
| <b>Notunterkunft</b>                              | 3                  | 5,1%          | 0         | 3         | 0        | 2         |             |  |
| <b>Selbstmelder</b>                               | 6                  | 10,2%         | 3         | 3         | 0        | 1         |             |  |
| <b>Vermieter</b>                                  | 10                 | 16,9%         | 2         | 8         | 0        | 2         |             |  |
| <b>Wohnen &amp; Beraten</b>                       | 20                 | 33,9%         | 8         | 12        | 0        | 0         |             |  |
| <b>WWH</b>  | 10                 | 16,9%         | 0         | 10        | 0        | 5         |             |  |
| <b>Gesamtsumme:</b>                               | <b>59</b>          | <b>100,0%</b> | <b>13</b> | <b>46</b> | <b>0</b> | <b>10</b> |             |  |

| Bearbeitete Fälle im Zeitraum<br>Vermittelt durch | Anzahl<br>Vorgänge |               | Aufenthaltsdauer |            |             |               |
|---|--------------------|---------------|------------------|------------|-------------|---------------|
|   |                    |               | Tage             | Monate     | Jahre       |               |
| Bewährungshilfe                                   | 7                  | 11,9%         | 1038             | 35         | 3           | 3,7%          |
| JVA Bremerhaven                                   | 3                  | 5,1%          | 957              | 32         | 2,7         | 3,4%          |
| Notunterkunft                                     | 3                  | 5,1%          | 4871             | 163        | 13,5        | 17,4%         |
| Selbstmelder                                      | 6                  | 10,2%         | 2944             | 97         | 8,2         | 10,5%         |
| Vermieter   | 10                 | 16,9%         | 2193             | 72         | 6,1         | 7,8%          |
| Wohnen & Beraten                                  | 20                 | 33,9%         | 5432             | 180        | 15          | 19,4%         |
| WWH   | 10                 | 16,9%         | 10553            | 352        | 29,4        | 37,7%         |
| <b>Gesamtsumme:</b>                               | <b>59</b>          | <b>100,0%</b> | <b>27988</b>     | <b>931</b> | <b>77,9</b> | <b>100,0%</b> |

| Bearbeitete Fälle im Zeitraum | Alter:    | <18:        | 18-20:   | 21-26:   | 27-34:    | 35-44:   | 45-54:   | 55-64:   | >=65:    |          |
|-------------------------------|-----------|-------------|----------|----------|-----------|----------|----------|----------|----------|----------|
| Altersverteilung              |           |             |          |          |           |          |          |          |          |          |
| NGH                           | 49        | 32,3        | 0        | 8        | 18        | 7        | 6        | 5        | 5        | 0        |
| Wohnprojekt                   | 10        | 54,7        | 0        | 0        | 0         | 0        | 1        | 4        | 4        | 1        |
| <b>Gesamt:</b>                | <b>59</b> | <b>36,1</b> | <b>0</b> | <b>8</b> | <b>18</b> | <b>7</b> | <b>7</b> | <b>9</b> | <b>9</b> | <b>1</b> |

| Abgeschlossene Fälle im Zeitraum<br>Vor oder im ZR erfasst und Hilfe-Ende im ZR | Anzahl<br>Vorgänge |               | Wohnprojekt |          |          |          |
|---|--------------------|---------------|-------------|----------|----------|----------|
|   |                    |               | Frauen      | Männer   | Frauen   | Männer   |
| Abbruch der Betreuung   | 3                  | 17,6%         | 1           | 2        | 0        | 0        |
| Sonstiges   | 4                  | 23,5%         | 3           | 1        | 0        | 0        |
| Wohnung / Ende Betreuung  | 10                 | 58,8%         | 5           | 5        | 0        | 0        |
| <b>Gesamtsumme:</b>   | <b>17</b>          | <b>100,0%</b> | <b>9</b>    | <b>8</b> | <b>0</b> | <b>0</b> |



---

## **Wohnprojekt**

Das Wohnprojekt richtet sich nach wie vor an wohnungslose Personen, die bereits über lange Zeit im Hilfesystem anzutreffen sind und vermutlich dauerhaft oder zumindest über sehr lange Zeiträume auf persönliche Hilfen und Unterstützung angewiesen sind.

Im November letzten Jahres erfolgte eine Neuaufnahme über das WWH, so dass 2007 zehn Personen mit eigenem Mietvertrag im Wohnprojekt versorgt wurden.

Eine Person wohnt in direkter Anbindung an den Tagesaufenthalt und zwei weitere Personen wohnen in unmittelbarer Nähe des Wilhelm-Wendebourg-Hauses, was sich an Hand der Problembündelung der dort lebenden Personen als äußerst sinnvoll erwiesen hat.

Aufgrund stark zunehmender körperlicher und geistiger Beeinträchtigung musste für zwei Personen das Hilfeangebot erweitert werden, da eine ausreichende Versorgung über das Angebot des Wohnprojektes nicht mehr sichergestellt werden konnte. Es wurden weitere Unterstützungsmaßnahmen installiert, wie z.B. „Essen auf Rädern“, ein Pflegedienst sowie eine Haushaltshilfe.

Erfreulich ist, dass eine Person mit einer starken Suchtproblematik es geschafft hat nach einer Entgiftung im Januar und psychosozialer Betreuung über den Tagesaufenthalt bis zum Ende des Berichtszeitraumes abstinent zu leben.

## 2.4. Tagesaufenthalt

Nach wie vor ist es Aufgabe des Tagesaufenthaltes Personen, die von Wohnungslosigkeit bedroht oder akut betroffen sind, eine Anlaufstelle mit niedrigen Zugangsvoraussetzungen zu bieten. Die Zielgruppe ist häufig durch zusätzliche psychische Probleme und Suchterkrankungen gekennzeichnet, der Personenkreis der Mehrfachabhängigen ist hoch. Diese Beobachtungen sind nicht näher zu quantifizieren, weil dies nicht im Sinne einer Anlaufstelle mit niedrigen Zugangsbarrieren wäre und auch keine entsprechende personelle Ausstattung vorhanden ist.

Der Zielgruppe soll die Möglichkeit gegeben werden, sich ohne Konsumzwang aufzuhalten und Angebote zur kostengünstigen Verpflegung (Frühstück und Mittag) in Anspruch zu nehmen. Außerdem stehen den Besuchern eine Waschmaschine und Trockner sowie eine Duschgelegenheit zur Verfügung.

Der Tagesaufenthalt ist für viele dauerhafte Besucher in Ermangelung einer eigenen Adresse die Meldeanschrift für die Agentur für Arbeit, wodurch die Erreichbarkeit und damit die Leistungsgewährung sichergestellt werden.

Im Rahmen der persönlichen Hilfe werden Angebote zur Freizeitgestaltung (Skatturniere, Brettspiele, Darts, Teilnahme am Fußballtraining des Wilhelm-Wendebourg-Hauses) durch die Mitarbeiter initiiert.

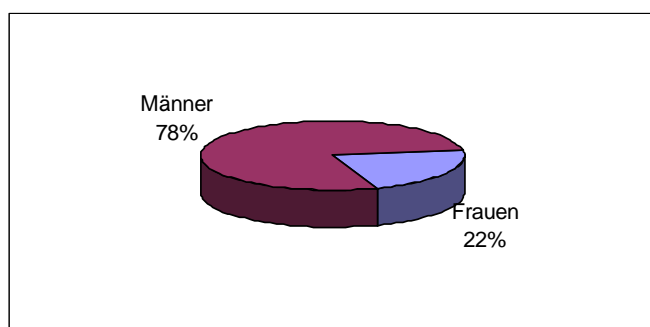
Für das Beratungsangebot steht 0,25 Fachkraft zur Verfügung. Zentrale Aufgabe ist es, für Hilfesuchende eine kompetente und akzeptierte Ansprechmöglichkeit zu bieten, die zielgerichtet an geeignete Hilfeangebote weitervermittelt und wenn nötig die Kontaktaufnahme begleitet. Eigenständige Beratungsleistungen sollen im Tagesaufenthalt nicht erbracht werden. Im Wesentlichen erfolgen Vermittlungen an die Abteilung Wohnen & Beraten.

Der Tagesaufenthalt wird durchschnittlich von 45,4 Personen pro Tag in Anspruch genommen. Der Frauenanteil ist im Vergleich zu den Vorjahren leicht angestiegen und liegt bei 22%. Die höchste Besucherzahl war am 24.12. mit 62 Besuchern zu verzeichnen, von denen 27 am Frühstück und 37 am Mittagessen teilgenommen haben.

Insgesamt ist die Inanspruchnahme des Tagesaufenthaltes innerhalb der letzten 7 Jahre um ca. 33% gestiegen.

Durchschnittlich essen jetzt 17 Besucher zu Mittag und nutzen 7 Besucher das Frühstücksangebot. Für das Mittagessen sind 2 €, für das Frühstück ist 1€ zu zahlen.

Ein Bewohner des Wohnhilfeprojektes, der in einer zum Tagesaufenthalt gehörenden Wohnung lebt, wird zum Teil über die Mitarbeiter betreut, so dass eine bedarfsgerechte Grundversorgung sichergestellt ist.



| insgesamt | Frauen | Männer |
|-----------|--------|--------|
| 16564     | 3689   | 12875  |
| 100%      | 22,30% | 77,70% |

---

## 2.5. Wilhelm-Wendebourg-Haus

Das Wilhelm-Wendebourg-Haus (nachfolgend WWH) ist im Rahmen der Wohnungsnotfallhilfe der GISBU mbH für die Versorgung der Personen zuständig, die aufgrund von schweren und häufig auch vielschichtigen Problemlagen einen besonderen intensiven Hilfebedarf aufweisen und einer stationären Hilfeform bedürfen.

Personen, bei denen die besonderen Lebenslagen mit erheblichen Verhaltensauffälligkeiten oder psychischen Erkrankungen einhergehen, die wiederum zum Teil mit Suchtproblemen in Verbindung stehen, stellen in der Bewohnerschaft nach wie vor eine besonders schwierige Personengruppe dar. Eine eindeutige Trennung zwischen den Hilfeformen nach §§ 53 SGB XII bzw. 67 f. SGB XII kann hier nicht mehr vorgenommen werden.

Für das Berichtsjahr 2007 ist deshalb vorab festzuhalten, dass die Nachfrage nach der stationären Unterstützungsförm bei den Anfragen insgesamt „groß“ gewesen ist. Zumindest in der ersten Jahreshälfte musste vielfach dazu übergegangen werden, Personen, die im WWH aufgenommen werden wollten, auf eine Warteliste zu setzen. Das hat uns letztendlich auch in der Überlegung gestärkt, eine Erweiterung der bestehenden Rahmenbedingungen vorzunehmen.

Wie in den vorangegangenen Jahresberichten geschildert, befindet sich die GISBU weiter auf dem Weg, hier ein Angebot zu schaffen. Im letzten Quartal 2007 konnte nach der Zusage durch den Kostenträger endgültig mit der baulichen Umsetzung begonnen werden. Somit können voraussichtlich zum II. Quartal 2008 fünf weitere Plätze im WWH bezogen werden, mit denen sich die nach der Schließung des Hauses Bade´s entstandene Lücke schließen lässt.

Im Berichtszeitraum 2007 kristallisierten sich besonders zwei Personengruppen heraus, die an dieser Stelle skizziert werden sollen.

Zum einen gab es Bewohner im Alter zwischen 30 und 40 Jahren, bei denen während des Hilfeprozesses psychische Auffälligkeiten wahrgenommen wurden, die erst aufgefangen werden mussten, um nach Auszug aus dem WWH einen Drehtüreffekt zu vermeiden.

Hier war von den WWH-Mitarbeitern intensivste Motivationsarbeit zu leisten, da bei den Betroffenen erst einmal eine Krankheitseinsicht vorliegen musste, bevor dann weitergehende therapeutische Hilfen angeboten werden konnten.

Zu loben ist in diesem Zusammenhang, dass die Kooperation mit den ortsansässigen Psychologen und Psychotherapeuten erfolgreich verlief, was sich etwa in der zeitnahen Terminvergabe spiegelte.

Des Weiteren stellte sich heraus, dass diese Bewohner auch nach dem Auszug aus dem WWH weitergehende Unterstützung durch die neu im Angebot der gesetzlichen Krankenversicherung implementierte Soziotherapie in Anspruch nehmen mussten.

Die zweite Gruppe umfasste Bewohner im Alter von ca. 45 bis 55 Jahren, bei denen eine erhebliche Suchtproblematik vorliegt. Da eine Krankheitseinsicht nur bedingt vorhanden ist, gestaltet es sich nach wie vor äußerst schwierig, diese Personen nach ihrem jahrelangen Alkoholkonsum an Selbsthilfegruppen oder auch an die Suchtberatungsstelle der AWO zu binden.

Bei diesen Menschen sind Perspektivlosigkeit und große Zukunftsängste festzustellen. Eine Hilfezielplanung, etwa in Hinblick auf geeignete Wohnformen, konnte nur in sehr kleinen Schritten erfolgen.

Die Probleme der Arbeit lassen sich exemplarisch an einem Fall aufzeigen, der deutlich macht, wie viel-

---

fältig die Probleme der Klienten des Übergangwohnheims sein können.

Eine Person, die bereits in den Jahren 1997/1998 die stationäre Hilfe des WWH in Anspruch genommen hatte, musste erneut im Übergangwohnheim aufgenommen werden.

Die Zeit dort hatte für den Klienten eine relativ lange Phase der Stabilisierung bewirkt. Nach der Entlassung aus dem WWH wechselte er mit weitergehender ambulanter und persönlicher Hilfe in eigenen Wohnraum. Nach Ablösung der persönlichen Hilfe wurde eine gesetzliche Betreuung eingesetzt, da der ehemalige Bewohner bei der Verrichtung bestimmter Angelegenheiten auf sie angewiesen war.

Allerdings konnte auch die Einrichtung einer gesetzlichen Betreuung keine nachhaltige Kontinuität bewirken, so dass das Mietverhältnis aufgrund unüberwindbarer Schwierigkeiten aufgelöst werden musste.

Dafür war zum Teil sicher die schwierige Persönlichkeit des Klienten ursächlich, die einem dauerhaften Wohnen in alltäglichen Mietverhältnissen stark entgegensteht. Erschwerend kam hinzu, dass die betreffende Person keine Lebensperspektiven mehr für sich sah, da sie schwer erkrankt war und die Heilungsaussichten als gering eingeschätzt wurden.

Es folgten weitere Aufenthalte in anderen stationären Einrichtungen. Da auch dort die Rahmenbedingungen für den Klienten nicht einzuhalten waren, musste er im Sommer dieses Jahres nach kurzem Aufenthalt in der Notunterkunft und der psychiatrischen Abteilung des KBR wieder im WWH aufgenommen werden, nachdem alle Kooperationspartner übereinstimmend festgestellt hatten, dass keine andere Alternative zu finden war.

Neben den gesundheitlichen Problemen (fortgeschrittene Krebserkrankung), die weitergehende fachspezifische Hilfe und häufige stationäre Krankenhausaufenthalte notwendig machen, sind große psychische Probleme wahrzunehmen, die vorwiegend durch eine langjährige heftige Alkohol- und Medikamentenabhängigkeit verursacht worden sind.

Bedingt durch den körperlichen und kognitiven Abbau treten aber pädagogische Maßnahmen in den Hintergrund, da eher existentielle Unterstützungsleistungen nachgefragt werden.

Aus fachlicher Sicht wäre ein Übergang in eine andere Einrichtung notwendig, um eine weitestgehende medizinische Versorgung sicherzustellen. Dagegen spricht allerdings, dass die Person aufgrund ihrer Persönlichkeit nicht in der Lage ist, sich in einem anderen Rahmen zurecht zu finden und auf den Alkoholkonsum zu verzichten. Ein Aufenthalt im Haus Lehe konnte so nur kurzfristig in Anspruch genommen werden.

Abschließend bleibt für diesen Fall festzustellen, dass eine langfristige Wohnmöglichkeit im WWH als sinnvoll und notwendig erscheint.

Für zwei andere Fälle, die ebenfalls 2007 aufgenommen wurden, lässt sich feststellen, dass vorangegangene Hilfeangebote über Jahre nicht zu einer Stabilisation der jeweiligen Lebenssituation geführt haben. Weder Krankenhausaufenthalte oder therapeutische Einrichtungen noch ambulante Hilfeformen konnten verhindern, dass die Betroffenen erneut wohnungslos geworden sind. Bei einem von ihnen kam erschwerend hinzu, dass seine Biografie langjährige Haftstrafen aufweist. Im WWH finden sie bislang ein für sie annehmbares Angebot, durch das sie - wenn auch in kleinen Schritten - ihre Situation stabilisieren und verbessern können.

Für uns stellt sich in diesem Zusammenhang besonders die Frage, welche Maßnahmen von unserer Seite über das bereits bestehende Angebot der persönlichen Hilfe nach einem Auszug zu initiieren sind, um zukünftig einen Drehtüreffekt zu vermeiden.

---

Statistische Anmerkungen:

- Eine Person wurde Anfang des Jahres 2007 im WWH aufgenommen und zog bereits im September 2007 wieder in eigenen Wohnraum. Der Bewohner war der GISBU bereits seit Jahren aus den Arbeitsbereichen Prävention und Beratung sowie der Nachgehenden Hilfe bekannt.
- Ein Bewohner, der im Mai in das WWH einzog, wechselte bereits im November 2007 wieder in eigene Wohnung.
- Bei einem Klienten wurde nach Übergang in eigenen Wohnraum eine ca. dreimonatige Nachbetreuung mit den Mitarbeitern des WWH vereinbart. Danach fand ein Übergang in die Nachgehende Hilfe statt.
- Ein Bewohner erhielt direkt nach dem Auszug Unterstützung durch die Nachgehende Hilfe.
- Einem Bewohner wurde der Heimplatz gekündigt, da er kontinuierlich Probleme mit den Rahmenbedingungen der Einrichtung hatte.
- Ein Klient, der bereits in 2006 bei den Elbe-Weser-Werkstätten eine Beschäftigung aufgenommen hatte, erhält seit dem Auszug aus dem WWH Unterstützung durch das Betreute Wohnen der EWW.
- Auch 2007 wechselte ein Bewohner in das Wohnprojekt der GISBU.
- Bezüglich der Altersstruktur und des Durchschnittsalters sind keine wesentlichen Veränderungen zum Vorjahr festzustellen.
- Die Auslastung betrug im Jahr 2007 100%

Abschließend möchten wir noch anfügen, dass es sich durch die bestehenden eingeschränkten gesetzlichen Möglichkeiten der beruflichen Integration als äußerst schwierig gestaltet, WWH - Bewohner in Arbeit und Beschäftigung zu integrieren. Daher ist es für uns auch nicht verwunderlich, dass die von der Einrichtung angebotenen Freizeitaktivitäten gerne angenommen werden.

Durch die Teilnahme an sinnstiftender Freizeitstruktur versuchen einige Bewohner, die fehlenden beruflichen Beschäftigungsmöglichkeiten zu kompensieren.

---

### **3. Straffälligenhilfe**

In den vergangenen Jahren haben wir an dieser Stelle stets über die sich kontinuierlich verschlechternden Arbeitsbedingungen in Folge der Haushaltsprobleme im Land Bremen und somit auch im Hause des Senators für Justiz und Verfassung berichtet, der diesen Arbeitsbereich über Zuwendungen finanziert.

Auch im Jahr 2007 war die Zuwendung nicht ausreichend, um die notwendigsten Angebote im Bereich der Straffälligenhilfe zu finanzieren. Deshalb hatten sich die Gesellschafter der GISBU bereit erklärt, für das Jahr 2007 Eigenmittel in Höhe von 18.000,00 € zur Verfügung zu stellen, um insbesondere die Arbeitsbedingungen im Sozialdienst der Vollzugsabteilung Bremerhaven auf einem Niveau leisten zu können, das gegenüber den Inhaftierten und auch gegenüber der dort beschäftigten Mitarbeiterin vertreten werden konnte.

Umso mehr haben wir uns gefreut, dass unsere Bemühungen auch von Seiten des Senators für Justiz und Verfassung anerkannt wurden und im Herbst signalisiert wurde, die Arbeit in Bremerhaven ab 2008 finanziell stärker zu fördern.

Außerdem ist im Arbeitsbereich Straffälligenhilfe positiv zu vermerken, dass das Projekt zur Behandlung von Sexualstraftätern, das gemeinsam mit der Fachstelle für Gewaltprävention und der Bewährungshilfe in Bremerhaven 2005 aufgebaut wurde, auch in 2007 fortgesetzt werden konnte. Nachdem 2005 die Anschubfinanzierung über das Landgericht sichergestellt wurde, hat sich 2006 auch der Justizsenator finanziell engagiert und dies auch in 2007 fortgeführt. Die konsequente Unterstützung und Behandlung dieser Personengruppe bei gleichzeitiger Überwachung der Einhaltung der Bewährungsauflagen ist eine wirksame Rückfallprophylaxe und somit konsequenter Opferschutz. Dies sollte in der Diskussion über den Umgang mit Sexualstraftätern, die sich fast ausschließlich um längere Verwahrung dreht, nicht ausgeblendet werden.

Abzusehen ist allerdings, dass die finanzielle Ausstattung zukünftig nicht ausreichen wird, weil das Fallaufkommen seit 2008 steigt und gleichzeitig die Anschubfinanzierung des Landgerichtes ausläuft, so dass die Finanzierung zukünftig ausschließlich aus Mitteln der Justiz zu bestreiten sein wird.

---

## **3.1. Geldstrafentilgung**

### **Einleitung und allgemeine Daten**

Das Jahr 2007 präsentierte sich für die Geldstrafentilgung mit guten Seiten und brachte im Gegensatz zu seinen Vorgängern tatsächlich etwas positivere Arbeitsbedingungen. Die waren für den Aufgabenbereich auch dringend notwendig, um für alle Beteiligten eine bessere Ausgangsposition zu schaffen, um Wartelisten der Klientinnen und Klienten aufzulösen, mangelhafte Betreuung und Akquise von Beschäftigungsgebern zu verbessern und Arbeitsaufträge der Staatsanwaltschaften möglichst zeitnah zu erledigen.

Die Wochenarbeitszeit der Sozialpädagoginnen wurde mit immerhin sechs Stunden von 61,6 auf 67,6 Stunden erhöht. Dies ist zwar immer noch kein optimales, aber ein durchaus vertretbares Kontingent, mit dem wir unsere Ziele in adäquatem Rahmen erreichen konnten. Die bessere finanzielle Ausstattung wurde nicht, wie von allen Seiten erhofft, vom Senator für Justiz und Verfassung installiert, sondern von der GISBU selbst, die mit eigenen Geldern den Justizbereich hinreichend gestärkt hat und so eine verantwortungsvolle und verlässliche Aufgabenerfüllung ermöglicht.

Die Geldstrafentilgung hatte in diesem Jahr 809 Zugänge zu bearbeiten.

Erledigt wurden 632 Fälle im Bereich der Ersatzfreiheitsstrafen. Hier konnten durch unsere Arbeit für das Land Bremen 34,14 Haftplätze eingespart werden, immerhin 5 Plätze mehr, als im letzten Jahr. 83 Vorgänge wurden im Bereich der Erfüllung von Arbeitsauflagen zur Vermeidung von Bewährungswiderrufen erledigt. Hier konnten wir tatkräftig dazu beitragen, dem Land 26,79 Haftplätze einzusparen.

32 Vorgänge wurden im Bereich der Erfüllung von Auflagen nach § 153a zu einem Ende gebracht, zwei für die Jugendgerichtshilfe.

Die Geldstrafentilgung hat somit 749 Fälle abgeschlossen und nimmt insgesamt 352 offene Vorgänge mit ins Jahr 2008.

Als statistische Ergänzung: 74 unserer Klientinnen und Klienten waren alkoholkrank, 102 drogenabhängig, 35 litten an einer psychischen Erkrankung.

Erwähnenswert ist außerdem, dass der Sozialdienst der JVA in Bremerhaven für 13 wegen einer Ersatzfreiheitsstrafe inhaftierte Klienten eine Haftverkürzung herbeiführen konnte. Aufgrund der Bemühungen des Sozialdienstes konnte eine Entlassung aus der JVA veranlasst und die Geldstrafe durch Ratenzahlung oder gemeinnützige Arbeit außerhalb der JVA getilgt werden. So wurden zusätzlich 818 Hafttage eingespart.

### **Besondere Ziele, Aktionen, Ereignisse**

Winter/Frühjahr 2007

Wir sind in unserer Arbeit stark abhängig von unseren Beschäftigungsgebern. Es gilt die einfache Formel: Keine Beschäftigungsgeber – keine gemeinnützige Arbeit – keine Haftvermeidung. Dass wir unbedingt mehr Zeit in diesen Bereich unserer Arbeit investieren müssen, war uns bereits Ende 2006 deutlich geworden. Leider haben wir im Jahr 2006 sechs Beschäftigungsgeber verloren, hauptsächlich durch unterlassene Krisenintervention unsererseits, die wegen der im letzten Jahresbericht geschilderten Arbeitsüberlastung nicht rechtzeitig erfolgen konnte. Besonders in unseren Problemstadtgebieten

---

Lehe und Geestemünde führte dies zu Wartelisten. Um diese Wartelisten abzubauen, mussten neue Beschäftigungsgeber geworben und alte durch intensivere Kontaktpflege neu motiviert werden.

Durch die Stundenaufstockung konnten wir viele vorhandene Beschäftigungsgeber persönlich aufsuchen, Gespräche führen, Probleme diskutieren und unsere Präsenz deutlich machen. Wir erarbeiteten einen „Besuchsplan“, begannen im Winter/Frühjahr 2007 die Reise durch die Stadtgebiete Bremerhavens und besuchten dort die wichtigsten gemeinnützigen Institutionen, die mit uns seit Jahren verlässlich zusammen arbeiten. Wir schilderten unsere Arbeit, schilderten die Probleme unserer Klientinnen und Klienten, hörten uns die Probleme unserer Beschäftigungsgeber an und auch die unzufriedenen Untertöne heraus. Wie schrieben die Wünsche der Beschäftigungsgeber auf (nicht zu viele Stunden, nicht zu junge Menschen und bitte nur deutschsprachige usw. usw.) und versuchten sie bei der nächsten Vermittlung zu berücksichtigen.

Diese Bemühungen trugen Früchte. Die Bereitschaft, unsere Klientinnen und Klienten zu beschäftigen, wuchs wieder und die Wartelisten wurden kürzer. Einige unserer Beschäftigungsgeber machten sogar Mund-zu-Mund-Propaganda für uns, und so kamen wir bereits im Frühjahr zu drei neuen Beschäftigungsgebern.

#### Sommer/Herbst 2007

Im Juli 2007 erschien ein Artikel in der hiesigen Nordsee-Zeitung, in dem unsere Arbeit ausführlich geschildert wurde und ein Appell an die gemeinnützigen Institutionen erging, uns gemeinnützige Arbeitsstellen zur Verfügung zu stellen. Im Gegensatz zu ähnlichen früheren Aktionen war die Resonanz diesmal so groß, dass wir im Juli/August sechs neue Bewerber besuchen konnten. Vier davon sind uns als neue Einsatzstellen erhalten geblieben, drei davon sogar in unseren Ballungs- und Problemgebieten. Das ermöglichte nun einen raschen Abbau der Wartelisten. Auf denen befinden sich zurzeit lediglich 35 Personen, für die nur spezielle Arbeitsplätze in Frage kommen. Darunter sind auch Frauen, für die wir immer noch nicht genügend Arbeitsplätze zur Verfügung stellen können.

Im August haben wir die Kolleginnen der Brücke Bremen besucht und einen Austausch über Probleme, Statistiken und Standards geführt. Die Probleme sind dort ähnlich gelagert, Statistiken werden immer noch nicht einheitlich geführt, die Standards sind unterschiedlich, am unterschiedlichsten sicherlich bei der Handhabung von Wartelisten. Bei der GISBU kann man immer noch direkt nach Erhalt der Ladung zum Strafantritt ohne Termin in die Sprechstunde kommen.

Wir trennten uns im festen Willen, den Kontakt im Jahr 2008 zu erhalten und wenn möglich zu vertiefen. Schließlich verbinden uns Arbeitsinhalte und -ziele im selben Bundesland, und so hoffen wir darauf, die Kolleginnen bald bei uns begrüßen zu dürfen.

Ferner besuchten wir die Rechtspfleger und Rechtspflegerinnen bei der Staatsanwaltschaft in Bremen, da sie insbesondere mit unserer Abwicklung von Ratenanträgen nicht einverstanden waren. Zu oft, so meinten sie, würden wir nach einer Nichteinhaltung von Ratenzahlungen noch mal eine erneute Zahlungserleichterung beantragen. Aber auch hier konnten die Probleme im persönlichen Gespräch weitgehend gelöst und verschiedene Auffassungen einander näher gebracht werden. Die Zusammenarbeit erfolgt seitdem reibungslos und wieder genauso vertrauensvoll wie in den Vorjahren.

Auch hier haben wir eine Einladung ausgesprochen und hoffen, dass wir die Mitarbeiter/innen der Staatsanwaltschaft im Jahr 2008 bei uns im Hause begrüßen dürfen.

#### Herbst/Winter 2007



---

Im Oktober 2007 wurde bekannt, dass in Osnabrück ein pädophiler Straftäter zur Ableistung gemeinnütziger Arbeitsstunden in einer Grundschule eingesetzt war und es dort zu sexuellen Übergriffen kam. Der Mann war bereits Anfang des Jahres von einer Mitarbeiterin des Gerichts dorthin vermittelt worden, da sie versäumt hatte, die Straftaten des Mannes im Zentralregister zu überprüfen.

Um solche tragischen Umstände zu vermeiden, müssen nun alle Klientinnen und Klienten, die von uns in den so genannten sensiblen Arbeitsbereichen, z.B. Schulen und Sportvereinen, eingesetzt werden sollen, von der Staatsanwaltschaft im Zentralregister auf einschlägige Straftaten überprüft werden. Das ist gut und richtig, führt aber zwangsläufig zu einer Verzögerung im Ablauf der Strafvollstreckung, da wir den Klienten nicht mehr sofort vom Schreibtisch weg vermitteln können, sondern zuerst mit einem eigens entwickelten Formblatt der Überprüfung durch die Staatsanwaltschaft zuführen müssen.

Ferner haben wir eine Liste von bereits eingesetzten Klienten erstellt und der Staatsanwaltschaft übermittelt. Diese Überprüfungen sind mittlerweile abgeschlossen, glücklicherweise konnten die Klienten ihre Arbeit in den Bereichen fortsetzen.

Wir werden erst 2008 beurteilen können, wie sich diese Neuerung bemerkbar macht - immerhin gehört knapp die Hälfte unserer Beschäftigungsgeber in die sensible Kategorie. Und die Hausmeister und Platzwarte brauchen Hilfe, wenn sie anrufen, nicht erst 14 Tage oder drei Wochen später. Nun ja, sollte die Unzufriedenheit zu groß werden, machen wir uns eben noch einmal auf den Weg durch die Institutionen.

### **Ausblick 2008**

Ende 2007 teilte der Senator für Justiz und Verfassung mit, dass die Finanzierung des Justizbereichs weitgehend in der Ausstattung wie Stand März 2007 gesichert ist. Das freut uns.

Wir haben im letzten Jahr unsere Arbeit durch das intensive Pflegen von persönlichen Kontakten in allen Bereichen stabilisieren können. Damit wollen wir auch 2008 weitermachen und hoffen auf regen Besuch aus der Landeshauptstadt. Wir wollen auch die Kontakte zu örtlichen Kooperationspartnern, z.B. zur Bewährungshilfe, nicht vernachlässigen. Vielleicht sind sogar gemeinsame Treffen zu organisieren, um eine größtmögliche Transparenz und Vernetzung herzustellen.

Unumstritten wichtig bleiben unsere Beschäftigungsgeber, die wir im Februar zu einem Gedankenaustausch bei Kaffee und Kuchen eingeladen haben.

Natürlich wollen wir auch im Sinne unserer Klientinnen und Klienten weiterhin effektiv tätig bleiben, um für das Land Bremen, vor allen Dingen jedoch für die Menschen, Hafttage zu vermeiden. Schlusswort soll in diesem Sinne ein Leitsatz aus unserem Jubiläumsjahr 2007 sein: Bei uns bleibt der Täter ein Mensch – auch 2008!



Auswertungszeitraum: 01.01.2007 bis 31.12.2007

Geschäftsstelle  
Schiffdorfer Chaussee 30  
27574 BremerhavenTel.: (04 71) 9 47 58-0  
Fax: (04 71) 9 47 58-20  
URL: <http://www.gisbu.de>  
Email: [info@gisbu.de](mailto:info@gisbu.de)

| Zugänge im Zeitraum | Vorgänge   |               | Geschlecht |            | Tagessätze       |               |                   |               |
|---------------------|------------|---------------|------------|------------|------------------|---------------|-------------------|---------------|
|                     | Anzahl     | in %          | w          | m          | Soll             | in %          | Soll-Std          | in %          |
| § 153a StPO         | 46         | 5,7%          | 3          | 43         | 725,00           | 2,3%          | 2.913,00          | 2,2%          |
| Auflage JGG         | 1          | 0,1%          | 0          | 1          | 42,00            | 0,1%          | 168,00            | 0,1%          |
| BwA §§ 56, 57       | 94         | 11,6%         | 9          | 85         | 3.422,50         | 10,7%         | 13.690,00         | 10,4%         |
| EFS                 | 668        | 82,6%         | 137        | 531        | 27.702,87        | 86,9%         | 115.280,46        | 87,3%         |
| <b>Summe</b>        | <b>809</b> | <b>100,0%</b> | <b>149</b> | <b>660</b> | <b>31.892,37</b> | <b>100,0%</b> | <b>132.051,46</b> | <b>100,0%</b> |

## Erledigte Vorgänge im Zeitraum

| EFS                        | Vorgänge   |               | Geschlecht |            | Tagessätze       |               |                  | Haft-<br>plätze |
|----------------------------|------------|---------------|------------|------------|------------------|---------------|------------------|-----------------|
|                            | Anzahl     | in %          | w          | m          | Soll             | in %          | abgeleistet      |                 |
|                            | 1          | 0,2%          | 0          | 1          | 30,00            | 0,1%          | 0,00             | 0,00            |
| bezahlt                    | 18         | 2,8%          | 5          | 13         | 303,50           | 1,1%          | 303,50           | 0,83            |
| nicht angetreten           | 80         | 12,7%         | 17         | 63         | 4.320,75         | 15,5%         | 0,00             | 0,00            |
| Ratenzahlungsanbahnung     | 100        | 15,8%         | 25         | 75         | 4.292,00         | 15,4%         | 4.292,00         | 11,76           |
| Ratenzahlungsbegleitung    | 46         | 7,3%          | 14         | 32         | 690,69           | 2,5%          | 690,68           | 1,89            |
| Ratenzahlungsbegleitung TT | 91         | 14,4%         | 19         | 72         | 4.737,25         | 17,0%         | 950,00           | 2,60            |
| Sonstiges                  | 85         | 13,4%         | 19         | 66         | 3.506,00         | 12,6%         | 0,00             | 0,00            |
| Teiltiger                  | 74         | 11,7%         | 12         | 62         | 4.257,25         | 15,3%         | 1.374,47         | 3,77            |
| Teiltiger A&G              | 17         | 2,7%          | 4          | 13         | 992,00           | 3,6%          | 352,62           | 0,97            |
| Tilger                     | 98         | 15,5%         | 13         | 85         | 3.711,00         | 13,3%         | 3.711,00         | 10,17           |
| Tilger A&G                 | 12         | 1,9%          | 0          | 12         | 517,67           | 1,9%          | 517,67           | 1,42            |
| TT mit Ratenzahlung        | 10         | 1,6%          | 1          | 9          | 547,00           | 2,0%          | 268,22           | 0,73            |
| <b>Zwischensumme</b>       | <b>632</b> | <b>100,0%</b> | <b>129</b> | <b>503</b> | <b>27.905,11</b> | <b>100,0%</b> | <b>12.460,16</b> | <b>34,14</b>    |
| <b>Summe</b>               | <b>749</b> | <b>100,0%</b> | <b>139</b> | <b>610</b> | <b>31.219,11</b> | <b>100,0%</b> | <b>14.209,91</b> | <b>34,14</b>    |

\*) Auflagen, daher keine Einsparung von Haftplätzen in Tagessätzen ausweisbar.

| § 153a StPO*           | Vorgänge  |               | Geschlecht |           | Tagessätze    |               |               |
|------------------------|-----------|---------------|------------|-----------|---------------|---------------|---------------|
|                        | Anzahl    | in %          | w          | m         | Soll          | in %          | abgeleistet   |
| nicht angetreten       | 1         | 3,1%          | 0          | 1         | 15,00         | 3,4%          | 0,00          |
| Ratenzahlungsanbahnung | 2         | 6,3%          | 0          | 2         | 11,00         | 2,5%          | 11,00         |
| Sonstiges              | 3         | 9,4%          | 0          | 3         | 32,50         | 7,5%          | 0,00          |
| Teiltiger              | 3         | 9,4%          | 0          | 3         | 85,00         | 19,5%         | 33,75         |
| Tilger                 | 22        | 68,8%         | 2          | 20        | 273,00        | 62,8%         | 273,00        |
| Tilger A&G             | 1         | 3,1%          | 0          | 1         | 18,50         | 4,3%          | 18,50         |
| <b>Zwischensumme</b>   | <b>32</b> | <b>100,0%</b> | <b>2</b>   | <b>30</b> | <b>435,00</b> | <b>100,0%</b> | <b>336,25</b> |

| Auflage JGG*         | Vorgänge |               | Geschlecht |          | Tagessätze    |               |              |
|----------------------|----------|---------------|------------|----------|---------------|---------------|--------------|
|                      | Anzahl   | in %          | w          | m        | Soll          | in %          | abgeleistet  |
| Teiltiger            | 2        | 100,0%        | 0          | 2        | 117,00        | 100,0%        | 36,12        |
| <b>Zwischensumme</b> | <b>2</b> | <b>100,0%</b> | <b>0</b>   | <b>2</b> | <b>117,00</b> | <b>100,0%</b> | <b>36,12</b> |

| BwA §§ 56, 57*         | Vorgänge |        | Geschlecht |    | Tagessätze |        |             |
|------------------------|----------|--------|------------|----|------------|--------|-------------|
|                        | Anzahl   | in %   | w          | m  | Soll       | in %   | abgeleistet |
| nicht angetreten       | 9        | 10,8%  | 1          | 8  | 336,00     | 12,2%  | 0,00        |
| Ratenzahlungsanbahnung | 1        | 1,2%   | 0          | 1  | 1,00       | 0,0%   | 1,00        |
| Sonstiges              | 18       | 21,7%  | 2          | 16 | 722,50     | 26,2%  | 0,00        |
| Teiltilger             | 14       | 16,9%  | 0          | 14 | 483,50     | 17,5%  | 157,38      |
| Tilger                 | 41       | 49,4%  | 5          | 36 | 1.219,00   | 44,1%  | 1.219,00    |
| Zwischensumme          | 83       | 100,0% | 8          | 75 | 2.762,00   | 100,0% | 1.377,38    |

### Vermeidung von Bewährungswiderrufen durch Erfüllung der Auflagen

| BwA §§ 56, 57, Tilger | Geschlecht |    | in<br>Monate | in<br>Haftplätze |
|-----------------------|------------|----|--------------|------------------|
|                       | w          | m  |              |                  |
| Summe                 | 3          | 28 | 321,50       | 26,79            |

### Offene Vorgänge am Ende des Zeitraums

|               | Vorgänge |       | Geschlecht |     | Tagessätze |       |           |       |
|---------------|----------|-------|------------|-----|------------|-------|-----------|-------|
|               | Anzahl   | in %  | w          | m   | Soll       | in %  | Soll-Std  | in %  |
| § 153a StPO   | 18       | 5,1%  | 1          | 17  | 336,00     | 2,3%  | 1.341,00  | 2,2%  |
| BwA §§ 56, 57 | 44       | 12,5% | 4          | 40  | 1.736,00   | 11,7% | 6.944,00  | 11,4% |
| EFS           | 289      | 82,3% | 57         | 232 | 12.705,73  | 86,0% | 52.705,90 | 86,4% |
| Summe         | 351      |       | 62         | 289 | 14.777,73  |       | 60.990,90 |       |

### Legende

|                              |  |
|------------------------------|--|
| ▪ Tilger                     | Arbeit vollständig beendet   |
| ▪ Teiltilger                 | die Arbeit abgebrochen   |
| ▪ TT mit Ratenzahlung        | Arbeit vorzeitig beendet, Rest eigenständig nach Ratenantrag durch GISBU durch Ratenzahlung                                      |
| ▪ Ratenzahlungsanbahnung     | Ratenantrag durch GISBU, Ratenzahlung eigenständig   |
| ▪ Sonstiges                  | Gesamtstrafenbildung/ Ortswechsel / Abgelehnte Anträge   |
| ▪ bezahlt                    | vollständig, in einer Summe, bezahlt   |
| ▪ § 459f                     | auf dem Gnadenwege nach Antrag durch die GISBU Verfahren zunächst ausgesetzt   |
| ▪ nicht angetreten           | Kontakt aufgenommen, aber entweder die vermittelte Arbeit oder Ratenzahlungsbegleitung nicht angetreten oder Kontakt abgebrochen |
| ▪ Ratenzahlungsbegleitung    | Ratenantrag durch GISBU, Ratenzahlung über GISBU   |
| ▪ Ratenzahlungsbegleitung TT | Ratenantrag durch GISBU, Ratenzahlung über GISBU abgebrochen   |
| ▪ Tilger A&G                 | getilgt durch Arbeit und Zahlung   |
| ▪ Teiltilger A&G             | Tilgung durch Arbeit und Zahlung abgebrochen   |

---

## 3.2. Sozialdienst JVA

Nach vielen Jahren der Verschlechterung der Arbeitsbedingungen und personellen Ausstattung des Sozialdienstes der JVA gab es im vergangenen Jahr erstmals eine positive Veränderung der Gesamtsituation. Trotz intensiver Bemühungen und Verhandlungen konnte seitens des Senats für Justiz und Verfassung keine Verbesserung der personellen Ausstattung in Aussicht gestellt werden. Da die Stundenreduzierungen der vergangenen Jahre jedoch eine verantwortungsvolle und bedarfsgerechte Erfüllung des Auftrages weder für die Gefangenen noch für die Mitarbeiterinnen mehr zuließen, stellte die GISBU in 2007 aus eigenen Mitteln Gelder zur Verfügung, die eine Erhöhung der Stundenzahl der Mitarbeiterinnen auf 38,5 Wochenstunden plus Urlaubsvertretung ermöglichten. Somit konnte ab März 2007 der Sozialdienst der JVA wieder in vertretbarem Maße ausgestattet werden, die Mitarbeiter waren keiner ständigen Überforderung mehr ausgesetzt und die Stellungnahmen konnten fristgerecht gefertigt werden.

Mit der Aufstockung der Stunden wurde im März 2007 das Angebot der Therapievermittlung wieder aufgenommen. Die Stundenerhöhung ermöglichte außerdem die Wiederaufnahme der täglichen offenen Sprechstunde und brachte durch erweiterte Anwesenheitszeiten und kontinuierliche Anleitung eine erhebliche Verbesserung der Situation für die seit Oktober 2006 beschäftigte Jahrespraktikantin.

Im Jahr 2007 nahmen 323 (345 in 2006) Gefangene das Angebot der GISBU in Anspruch, 70 Beratungen begannen bereits in 2006. Die gegenüber 2006 verminderte Anzahl erklärt sich durch die allgemein geringeren Zugangszahlen von Gefangenen in der JVA Vollzugsabteilung, 26 in 2007. Wie in 2004 konnte durch den Sozialdienst der JVA annähernd die gleiche Anzahl an Zugangsgesprächen und damit Beratungen erreicht werden, die auch durch die Zugangsabteilung der JVA registriert wurden, es stand also ein Bedarf deckendes Angebot für Neuzugänge der JVA zur Verfügung.

Erstmals nahmen im Jahre 2007 mehr Bremer als Bremerhavener Insassen unser Beratungsangebot in Anspruch. In diesem Zusammenhang muss erwähnt werden, dass die Tätigkeiten des Sozialdienstes bei der Inhaftierung, vor allem jedoch bei der Entlassungsvorbereitung, erheblich umfangreicher sind, wenn die inhaftierten Personen nicht in Bremerhaven gelebt haben. Gefangene mit einer Straflänge unter 100 Tagen bekommen in der Regel keine Möglichkeit, Ausgänge nach Bremen durchzuführen. Ein weiterer Hinderungsgrund für eine erfolgreiche Entlassungsvorbereitung ist oft der hohe finanzielle Aufwand, der für Fahrten nach Bremen entsteht. Bremer Institutionen wie die Straffälligenhilfe kritisieren deshalb, dass Bremer Inhaftierte nicht rechtzeitig an die JVA ihres Wohnortes zurück verlegt werden.

Im Gegensatz zu den Vorjahren hat sich das Verfahren bei Mietkostenübernahmen erheblich verkompliziert. Ein Wohnungserhalt während der Haft wird nicht mehr wie bisher durch die ARGE bzw. BAGIS finanziert, sondern muss bei den zuständigen Sozialämtern beantragt werden. Die Beschaffung der dafür notwendigen Unterlagen wie Mietvertrag, Bewilligungs- und Einstellungsbescheid etc. erfordert einen hohen Aufwand und kann erst nach längerer Zeit, teilweise nach Monaten, zum Abschluss gebracht werden. Es ist wichtig, dass der Sozialdienst den Verlauf im Auge behält, da die Gefangenen mitunter bereits wieder entlassen waren, bevor eine abschließende Klärung erfolgen konnte.

Durch den Sozialdienst wird im Laufe eines Jahres eine Vielzahl von Berichten erstellt. Im Jahr 2007 belief sich die Gesamtzahl auf 98 Stellungnahmen, nicht hinzu gerechnet sind Kurzberichte sowie Korrespondenz mit Behörden. Die Anzahl der Stellungnahmen gem. § 57 StGB nach 2/3 der Haftzeit sowie Berichte zu Halbstrafen- und Reststrafengesuchen beinhalten eine gründliche Vor- und Nachbereitung. Nach dem Aktenstudium, ausführlichen Gesprächen mit dem Gefangenen und gegebenenfalls der Einleitung weiterführender Maßnahmen nach der Haftentlassung kommt es abschließend oftmals nicht mehr zu einer Berichtserstellung, da aufgrund der ungünstigen Sozialprognose eine vorzeitige Entlassung unwahrscheinlich erscheint. In diesem Fall müssen andere Perspektiven aufgezeigt und erarbeitet

werden. Dieser Arbeitsaufwand kann dann nicht durch „zählbare“ Berichtserstattung dokumentiert werden.

| <b>Stellungnahmen gem. § 57 (I,II) StGB, Reststrafengesuche</b> | <b>Vollzugspläne</b> | <b>Berichte gem. § 67, 68 SGB XII</b> | <b>Sozialberichte</b> | <b>Sonstige</b> |
|---|----------------------|---------------------------------------|-----------------------|-----------------|
| <b>49</b>   | <b>22</b>            | <b>4</b>                              | <b>7</b>              | <b>12</b>       |

Auch mit einer vollen Stelle kann die Drogenberatung nur in Form einer Therapievermittlung angeboten werden. Seit März 2007 wurden 41 Gefangene beraten, 24 Vorgänge sind abgeschlossen, weitere 17 Gefangene waren am Jahresende noch in der Beratung.

| <b>Erledigte Vorgänge im Zeitraum</b> | <b>Vorgänge</b> |               |
|---------------------------------------|-----------------|---------------|
| <b>Drogenmassnahme</b>                | <b>Anzahl</b>   | <b>in %</b>   |
| Beratung ausschließlich               | 13              | 54,2%         |
| Therapievermittlung                   | 11              | 45,8%         |
| <b>Summe</b>                          | <b>24</b>       | <b>100,0%</b> |

| <b>Offene Vorgänge mit Drogenberatung am Ende den Zeitraums</b> |                 |               |              |             |               |              |                    |              |                 |             |
|---|-----------------|---------------|--------------|-------------|---------------|--------------|--------------------|--------------|-----------------|-------------|
|   | <b>Vorgänge</b> |               | <b>Offen</b> |             | <b>Bremen</b> |              | <b>Bremerhaven</b> |              | <b>Sonstige</b> |             |
| <b>EFS</b>  | 1               | 100,0%        | 0            | 0,0%        | 1             | 100,0%       | 0                  | 0,0%         | 0               | 0,0%        |
| <b>FS</b>   | 13              | 100,0%        | 0            | 0,0%        | 10            | 76,9%        | 3                  | 23,1%        | 0               | 0,0%        |
| <b>FS und EFS</b>   | 3               | 100,0%        | 0            | 0,0%        | 1             | 33,3%        | 2                  | 66,7%        | 0               | 0,0%        |
| <b>Summe</b>  | <b>17</b>       | <b>100,0%</b> | <b>0</b>     | <b>0,0%</b> | <b>12</b>     | <b>70,6%</b> | <b>5</b>           | <b>29,4%</b> | <b>0</b>        | <b>0,0%</b> |

## **Allgemeine Veränderungen**

Am 01.05.07 wechselte der Leiter der JVA, Herr Dr. Otto, in das Niedersächsische Justizministerium. Die Anstaltsleitung wurde von der stellvertretenden Anstaltsleiterin, Frau Hoppe, übernommen. Herr Hellpapp übernimmt seitdem die stellvertretende Anstaltsleitung.

Im September 2007 erkrankte der Vollzugsabteilungsleiter Herr Hummel längerfristig, seit dem 01.10.07 erfolgt die Vertretung durch Herrn Zscherper.

Der Sicherheitsdienstleiter Herr Kurz wechselte in den Bereich *Ausbildung von Dienstanfängern des Allgemeinen Vollzugsdienstes* nach Bremen. Herr Skambraks übernimmt seitdem zusätzlich zum Freigang die Aufgaben des TGL/SDL.

Im November erfolgte die Information über den Erhalt und die Sanierung der Vollzugsabteilung 26 in Bremerhaven sowie die zeitliche Umsetzung der Baumaßnahmen. Ein entsprechender Sanierungsplan ist in Arbeit.

Die Finanzierung des Anti-Aggressions-Trainings in Einzelfällen steht aufgrund der angespannten Finanzlage nicht mehr zur Verfügung. Eine Prävention und Aufarbeitung von Gewalttaten ist daher in der

Vollzugsabteilung 26 nicht mehr möglich.

Seit April 2007 nimmt Herr Rudloff, ein Mitarbeiter der Hoppenbank e. V., die Aufgaben des EVB-Pools ausschließlich für Bremer Inhaftierte in Bremerhaven wahr.

Seit Mai 2007 ist bei der AWO eine Stelle zur Psychosozialen Begleitung Substituierter in Bremerhaven angebunden. Die Mitarbeiterin, Frau Hagens, bietet eine regelmäßige Sprechstunde in der JVA für Substituierte an.

## Statistik

Im Jahre 2007 haben 323 Personen unser Beratungsangebot in der JVA in Anspruch genommen, davon begannen 70 Beratungen im Jahr 2006.

| Zugänge im Zeitraum<br>letzter Aufenthalt vor Inhaftierung |            |               |          |             |            |              |             |              |           |             |
|--|------------|---------------|----------|-------------|------------|--------------|-------------|--------------|-----------|-------------|
|  | Vorgänge   |               | Offen    |             | Bremen     |              | Bremerhaven |              | Sonstige  |             |
| <b>EFS</b>   | 131        | 100,0%        | 0        | 0,0%        | 60         | 45,8%        | 65          | 49,6%        | 6         | 4,6%        |
| <b>FS</b>  | 99         | 100,0%        | 0        | 0,0%        | 66         | 66,7%        | 27          | 27,3%        | 6         | 6,1%        |
| <b>FS und EFS</b>  | 21         | 100,0%        | 0        | 0,0%        | 12         | 57,1%        | 8           | 38,1%        | 1         | 4,8%        |
| <b>Untersuchungshaft</b>                                   | 2          | 100,0%        | 0        | 0,0%        | 0          | 0,0%         | 0           | 0,0%         | 2         | 100,0%      |
| <b>Summe</b>   | <b>253</b> | <b>100,0%</b> | <b>0</b> | <b>0,0%</b> | <b>138</b> | <b>54,5%</b> | <b>100</b>  | <b>39,5%</b> | <b>15</b> | <b>5,9%</b> |

| Altersverteilung                            |            |            |          |          |           |           |           |           |           |          |
|---|------------|------------|----------|----------|-----------|-----------|-----------|-----------|-----------|----------|
|   | Anzahl     | Mittelwert | <18      | 18 - 20  | 21 - 26   | 27 - 34   | 35 - 44   | 45 - 54   | 55 - 64   | >= 65    |
| <b>geschieden</b>                           | 25         | 45         | 0        | 0        | 1         | 3         | 8         | 9         | 4         | 0        |
| <b>ledig</b>                                | 201        | 34         | 1        | 0        | 48        | 76        | 56        | 11        | 7         | 2        |
| <b>verheiratet</b>                          | 20         | 38         | 0        | 0        | 1         | 8         | 5         | 5         | 1         | 0        |
| <b>verheiratet, dauernd getrennt lebend</b> | 5          | 42         | 0        | 0        | 0         | 1         | 2         | 1         | 1         | 0        |
| <b>verwitwet</b>                            | 2          | 66         | 0        | 0        | 0         | 0         | 0         | 0         | 0         | 2        |
| <b>Summe</b>                                | <b>253</b> | <b>45</b>  | <b>1</b> | <b>0</b> | <b>50</b> | <b>88</b> | <b>71</b> | <b>26</b> | <b>13</b> | <b>4</b> |

| Erledigte Vorgänge im Zeitraum |            |               |          |             |            |              |             |              |           |             |
|--------------------------------|------------|---------------|----------|-------------|------------|--------------|-------------|--------------|-----------|-------------|
| Beendigungsgrund               |            |               |          |             |            |              |             |              |           |             |
|                                | Vorgänge   |               | Offen    |             | Bremen     |              | Bremerhaven |              | Sonstige  |             |
| 1/2 Strafverbüßung             | 1          | 100,0%        | 0        | 0,0%        | 0          | 0,0%         | 1           | 100,0%       | 0         | 0,0%        |
| 2/3 Strafverbüßung             | 33         | 100,0%        | 0        | 0,0%        | 11         | 33,3%        | 21          | 63,6%        | 1         | 3,0%        |
| Auslösung EFS                  | 26         | 100,0%        | 0        | 0,0%        | 13         | 50,0%        | 11          | 42,3%        | 2         | 7,7%        |
| Endstrafe                      | 73         | 100,0%        | 0        | 0,0%        | 47         | 64,4%        | 23          | 31,5%        | 3         | 4,1%        |
| Entlassung gem. § 35 BtmG      | 7          | 100,0%        | 0        | 0,0%        | 5          | 71,4%        | 2           | 28,6%        | 0         | 0,0%        |
| Entlassung im Gnadenweg        | 1          | 100,0%        | 0        | 0,0%        | 1          | 100,0%       | 0           | 0,0%         | 0         | 0,0%        |
| Freie Arbeit JVA               | 66         | 100,0%        | 0        | 0,0%        | 28         | 42,4%        | 34          | 51,5%        | 4         | 6,1%        |
| gemeinnützige Arbeit EFS       | 5          | 100,0%        | 0        | 0,0%        | 2          | 40,0%        | 3           | 60,0%        | 0         | 0,0%        |
| Kontaktabbruch                 | 3          | 100,0%        | 0        | 0,0%        | 3          | 100,0%       | 0           | 0,0%         | 0         | 0,0%        |
| Ratenzahlung EFS               | 10         | 100,0%        | 0        | 0,0%        | 3          | 30,0%        | 5           | 50,0%        | 2         | 20,0%       |
| Verlegung                      | 21         | 100,0%        | 0        | 0,0%        | 13         | 61,9%        | 4           | 19,0%        | 4         | 19,0%       |
| Weihnachtsamnestie             | 10         | 100,0%        | 0        | 0,0%        | 4          | 40,0%        | 6           | 60,0%        | 0         | 0,0%        |
| <b>Summe</b>                   | <b>256</b> | <b>100,0%</b> | <b>0</b> | <b>0,0%</b> | <b>130</b> | <b>50,8%</b> | <b>110</b>  | <b>43,0%</b> | <b>16</b> | <b>6,3%</b> |

| Erledigte Vorgänge im Zeitraum    |            |               |          |             |            |              |             |              |           |             |
|-----------------------------------|------------|---------------|----------|-------------|------------|--------------|-------------|--------------|-----------|-------------|
| Massnahme                         | Vorgänge   |               | Offen    |             | Bremen     |              | Bremerhaven |              | Sonstige  |             |
| Antrag STA in EFS                 | 92         | 100,0%        | 0        | 0,0%        | 37         | 40,2%        | 48          | 52,2%        | 7         | 7,6%        |
| Beratung                          | 82         | 100,0%        | 0        | 0,0%        | 44         | 53,7%        | 32          | 39,0%        | 6         | 7,3%        |
| Betreutes Wohnen                  | 12         | 100,0%        | 0        | 0,0%        | 9          | 75,0%        | 3           | 25,0%        | 0         | 0,0%        |
| Hilfen bei Wohnraumbeschaffung    | 13         | 100,0%        | 0        | 0,0%        | 6          | 46,2%        | 5           | 38,5%        | 2         | 15,4%       |
| Realisierung berufl. Perspektiven | 14         | 100,0%        | 0        | 0,0%        | 3          | 21,4%        | 10          | 71,4%        | 1         | 7,1%        |
| Vermittlung an Fachdienste        | 42         | 100,0%        | 0        | 0,0%        | 31         | 73,8%        | 11          | 26,2%        | 0         | 0,0%        |
| Wohnraumauflösung                 | 1          | 100,0%        | 0        | 0,0%        | 0          | 0,0%         | 1           | 100,0%       | 0         | 0,0%        |
| <b>Summe</b>                      | <b>256</b> | <b>100,0%</b> | <b>0</b> | <b>0,0%</b> | <b>130</b> | <b>50,8%</b> | <b>110</b>  | <b>43,0%</b> | <b>16</b> | <b>6,3%</b> |

| Erledigte Vorgänge im Zeitraum |  | Vorgänge   |               |
|--------------------------------|--|------------|---------------|
| Anzahl der Kontakte            |  | Anzahl     | in %          |
| > 20                           |  | 28         | 10,9%         |
| 1 bis 5                        |  | 100        | 39,1%         |
| 11 bis 15                      |  | 45         | 17,6%         |
| 16 bis 20                      |  | 23         | 9,0%          |
| 6 bis 10                       |  | 60         | 23,4%         |
| <b>Summe</b>                   |  | <b>256</b> | <b>100,0%</b> |



| Offene Vorgänge am Ende<br>letzter Aufenthalt vor Inhaftierung |           |               |          |             |           |              |             |              |          |             |
|--|-----------|---------------|----------|-------------|-----------|--------------|-------------|--------------|----------|-------------|
|  | Vorgänge  |               | Offen    |             | Bremen    |              | Bremerhaven |              | Sonstige |             |
| EFS  | 15        | 100,0%        | 0        | 0,0%        | 14        | 93,3%        | 1           | 6,7%         | 0        | 0,0%        |
| FS   | 44        | 100,0%        | 0        | 0,0%        | 30        | 68,2%        | 13          | 29,5%        | 1        | 2,3%        |
| FS und EFS   | 6         | 100,0%        | 0        | 0,0%        | 3         | 50,0%        | 3           | 50,0%        | 0        | 0,0%        |
| <b>Summe</b>   | <b>65</b> | <b>100,0%</b> | <b>0</b> | <b>0,0%</b> | <b>47</b> | <b>72,3%</b> | <b>17</b>   | <b>26,2%</b> | <b>1</b> | <b>1,5%</b> |

### Legende

#### Maßnahmeverkürzung:

- **Antrag STA in EFS**  
Antrag auf Tilgung einer Ersatzfreiheitsstrafe (uneinbringliche Geldstrafe) bei der Staatsanwaltschaft durch gemeinnützige Arbeit/Ratenzahlung/day-by-day
- **Betreutes Wohnen**  
Vermittlung in ambulante und stationäre Betreuungsmaßnahmen
- **Hilfen bei Wohnraumbeschaffung**  
Unterstützung bei der Wohnungssuche bzw. Vermittlung von Notunterkünften
- **Vermittlung an Fachdienste**  
Vermittlung an Drogenberatung und externe Beratungsstellen
- **Realisierung beruflicher Perspektiven**  
Vermittlung in den Berufsfreigang, Hilfen während der Entlassungsvorbereitung (Unterstützung bei der Arbeitssuche und Vermittlung von Beschäftigungsprojekten)
- **WWH**  
Vermittlung in das Wilhelm-Wendebourg-Haus (stationäre Wohneinrichtung der GISBU)
- **Hilfen bei Wohnraumerhalt**  
Beantragung von Mietkostenübernahmen
- **Beleitausgänge**  
Begleitung des Gefangenen durch den Sozialdienst bei wichtigen Anlässen in Absprache mit der Justizvollzugsanstalt

#### Beendigungsgrund:

- **Auslösung EFS**  
vorzeitige Haftentlassung nach Bezahlung der Ersatzfreiheitsstrafe
- **2/3 Strafverbüßung**  
vorzeitige Entlassung aufgrund positiver Sozialprognose nach Zweidrittelverbüßung
- **1/2 Strafverbüßung**  
vorzeitige Entlassung aufgrund positiver Sozialprognose nach Halbstrafenverbüßung
- **Reststrafenentlassung**  
Prüfung einer vorzeitigen Entlassung nach negativer 2/3-Entscheidung der Strafvollstreckungskammer (auf Antrag des Gefangenen nach verbesserter Sozialprognose)
- **§ 88 JGG**  
Aussetzung des Restes der Jugendstrafe aufgrund positiver Sozialprognose durch das Jugendgericht
- **Entlassung gem. § 35 BtmG**  
Zurückstellung der Strafvollstreckung zugunsten einer Drogenentwöhnungstherapie
- **Weihnachtsamnestie**  
Entlassung auf dem Gnadenwege aus Anlass des Weihnachtsfestes (auf Veranlassung verschiedener Staatsanwaltschaften bei Vorliegen bestimmter Voraussetzungen)
- **gemeinnützige Arbeit EFS**  
vorzeitige Haftentlassung durch Vermittlung einer gemeinnützigen Arbeit bei der Brücke Bremen oder GISBU Bremerhaven
- **Ratenzahlung EFS**  
vorzeitige Haftentlassung nach einer Ratenbewilligung durch die Staatsanwaltschaft
- **Freie Arbeit JVA**  
vorzeitige Haftentlassung durch die Möglichkeit der Abarbeitung der Ersatzfreiheitsstrafe innerhalb der JVA nach dem „day-by-day“-Prinzip (Anrechnung eines Hafttages für 4 Stunden geleisteter Arbeit innerhalb der Justizvollzugsanstalt für Bremer Insassen)



---

### 3.3. Täter-Opfer-Ausgleich

Der Täter-Opfer-Ausgleich wurde initiiert, um nach einer Straftat eine Aussprache, Entschuldigung, Versöhnung und Wiedergutmachung zwischen Opfer und Täter herbeizuführen. Es soll so versucht werden, die negativen Folgen einer Straftat zu verringern.

Dabei haben Opfer und Täter die Möglichkeiten zur Aussprache über die Tat und deren Folgen sowie zur Aushandlung einer Wiedergutmachung bzw. Entschädigung. Dies geschieht im Beisein einer neutralen Vermittlerin.

Die statistischen Daten sagen aus, dass im Jahr 2007 112 Fälle bearbeitet wurden. Die überwiegende Zahl der Fälle (63) wurde von der Staatsanwaltschaft Bremerhaven übermittelt. Bei den Delikten handelt es sich wie in den vorherigen Jahren vorrangig um Körperverletzung/gefährliche Körperverletzung, wobei die Anzahl der gefährlichen Körperverletzungen im Vergleich zu 2006 von 17 auf 27 angestiegen ist. Die Anzahl der Körperverletzungen hat sich nicht verändert (55 Fälle).

Wenn ein Rechtsanwalt eingeschaltet ist, wird der TOA oftmals nicht in Anspruch genommen. Es ist zu vermuten, dass in diesem Fall die Bereitschaft der Opfer zur Teilnahme abnimmt.

Im Jahr 2006 nahmen mit 44 von 110 erfreulich viele Opfer am TOA teil. In diesem Jahr waren nur 36 von 122 Opfern zur Teilnahme bereit. Das führte auch dazu, dass wesentlich weniger Täter die Möglichkeit hatten, sich bei den Opfern zu entschuldigen.

Ebenso war die Bereitschaft der Täter im Vergleich zu 2006 weniger hoch. In diesem Jahr waren 79 von 148 Tätern zur Mitarbeit bereit, im Vorjahr noch 97 von 146.

Für das Jahr 2007 lässt sich feststellen, dass die Tendenz zu Gegenanzeigen steigt. Ebenfalls kam es zu mehr Abbrüchen. Ein Abbruch bedeutet, dass es in der Regel Gespräche gab, aber die Wünsche beider Seiten nicht auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen waren.

Anhand der Rückmeldungen von der Staatsanwaltschaft ist zu beobachten, dass die Mehrzahl der Verfahren bei vorausgegangenem Täter-Opfer-Ausgleich eingestellt wurde.

## 1. Falldaten

| Auftraggeber       | Eingänge   | Ergebnis       | Fälle      | Aufwand        | Fälle      |
|--------------------|------------|----------------|------------|----------------|------------|
| JGH                | 5          | erfolgreich    | 34         | in Bearbeitung | 31         |
| OPB Nord           | 20         | erfolgt nicht  | 41         | gering         | 46         |
| OPB Süd            | 18         | gescheitert    | 6          | mäßig          | 30         |
| Selbstmelder RA    | 1          | in Bearbeitung | 31         | hoch           | 5          |
| StA Brhv           | 63         | <b>Summe</b>   | <b>112</b> | <b>Summe</b>   | <b>112</b> |
| Täter Selbstmelder | 5          |                |            |                |            |
| <b>Summe</b>       | <b>112</b> |                |            |                |            |

| Delikte                   | Eingänge   | Schriftl. Vereinb | Fälle      |
|---------------------------|------------|-------------------|------------|
| Bedrohung / Nötigung      | 11         | Ja                | 7          |
| Beleidigung               | 8          | Nein              | 105        |
| Diebstahl                 | 1          | <b>Summe</b>      | <b>112</b> |
| Einbruchdiebstahl         | 1          |                   |            |
| gefährliche KV            | 27         |                   |            |
| Körperverletzung          | 55         |                   |            |
| Raub                      | 1          |                   |            |
| räuber. Diebstahl         | 1          |                   |            |
| räuberische Erpressung    | 1          |                   |            |
| Sachbeschädigung          | 1          |                   |            |
| sonstige                  | 4          |                   |            |
| Verleumdung / Beleidigung | 1          |                   |            |
| <b>Summe</b>              | <b>112</b> |                   |            |

## 2. Täter-/Opferdaten

| Opfer                  | w          | m          | Ges.        | TOA Bereitschaft   | Anz.       | Vereinbarungen           | T           | O                        | Ges.      |           |            |
|------------------------|------------|------------|-------------|--------------------|------------|--------------------------|-------------|--------------------------|-----------|-----------|------------|
| - ohne Altersangabe -  | 3          | 12         | 15          | Täter              | 79         | Entschuldigung           | 29          | 10                       | 39        |           |            |
| <b>Erwachsener</b>     | 13         | 24         | 37          | Opfer              | 36         | Schadenswiedergutmachung | 1           | 2                        | 3         |           |            |
| <b>Heranwachsender</b> | 14         | 14         | 28          | <b>Summe</b>       | <b>115</b> | Schmerzensgeld           | 0           | 1                        | 1         |           |            |
| <b>Jugendlicher</b>    | 18         | 17         | 35          | <b>Ergebnis</b>    | <b>T</b>   | <b>O</b>                 | <b>Ges.</b> | Sonstige                 | 7         | 8         | 15         |
| <b>Strafmündig</b>     | 2          | 5          | 7           | -                  | 6          | 0                        | 6           | Vereinbarung schriftlich | 10        | 5         | 15         |
| Summe                  | 50         | 72         | 122         | Abbruch            | 10         | 2                        | 12          | Zukunftsversprechen      | 18        | 9         | 27         |
| <b>Täter</b>           | <b>w</b>   | <b>m</b>   | <b>Ges.</b> | keine Bereitschaft | 27         | 31                       | 58          | <b>Summe</b>             | <b>65</b> | <b>35</b> | <b>100</b> |
| - ohne Altersangabe -  | 1          | 2          | 3           | Schlichtungsgespr  | 27         | 20                       | 47          |                          |           |           |            |
| <b>Erwachsener</b>     | 13         | 28         | 41          | TOA Bereitschaft   | 79         | 36                       | 115         |                          |           |           |            |
| <b>Heranwachsender</b> | 8          | 27         | 35          | TOA erfolgreich    | 39         | 31                       | 70          |                          |           |           |            |
| <b>Jugendlicher</b>    | 32         | 35         | 67          | <b>Summe</b>       | <b>188</b> | <b>120</b>               | <b>308</b>  |                          |           |           |            |
| <b>Strafmündig</b>     | 1          | 1          | 2           |                    |            |                          |             |                          |           |           |            |
| Summe                  | 55         | 93         | 148         |                    |            |                          |             |                          |           |           |            |
| <b>Gesamt</b>          | <b>105</b> | <b>165</b> | <b>270</b>  |                    |            |                          |             |                          |           |           |            |

Hinweis: Die ausgewerteten Fälle sind im Zeitraum erfasst und beendet oder noch in Bearbeitung.

---

### **3.4. Arbeit mit Sexualstraftätern**

2007 war das dritte Jahr, in welchem die Kooperation zwischen der GISBU, den Sozialen Diensten der Justiz und der Fachstelle für Gewaltprävention fortgesetzt wurde.

In diesem Jahr wurden mit 8 Klienten (2006: 11) 174 Sitzungen (2006:137) Beratungsgespräche durchgeführt. Beendet wurde die Behandlung bei 6 Klienten.

Alle Klienten wurden von der Bewährungshilfe (Amt für Soziale Dienste der Justiz) zugewiesen. Nahezu alle Klienten wurden wegen sexuellen Missbrauchs an Kindern verurteilt.

Die Täter durchlaufen ein Behandlungsprogramm, in welchem die Auseinandersetzung mit dem Tatgeschehen und die Verantwortungsübernahme für Tat und deren Folgen im Mittelpunkt stehen. Die Dauer der Behandlung richtet sich u.a. nach der Deliktschwere und der Bereitschaft zur Mitarbeit.

Die Klienten beteiligen sich an den Kosten der Behandlung. Dies stellt ein Teil der Übernahme der Verantwortung für ihr Verhalten dar. Allerdings sind nahezu alle Klienten Bezieher von Arbeitslosengeld II und verfügen nur über geringe Einkommen oder Vermögen. Daher kommt es wiederholt zu Zahlungsverzögerungen und zu einer niedrigen Selbstbeteiligung.

Mit den MitarbeiterInnen der Bewährungshilfe wird eng kooperiert. Vom Therapeuten werden Informationen über Teilnahme, Motivation zur Mitarbeit und Fallverlauf weitergegeben. Darüber hinaus werden Zwischen- und Abschlussberichte angefertigt. Bei Hinweisen auf einen möglichen Rückfall wird vom Therapeuten Meldung erstattet. Informationen privater und biografischer Art unterliegen weiterhin der Schweigepflicht.

Für die Behandlung der Sexualstraftäter konnten auch in diesem Jahr Räumlichkeiten und Infrastruktur in der Geschäftsstelle der GISBU in der Schiffdorfer Chaussee genutzt werden.

#### **Fachtagung: „Kooperation bei der Behandlung von Sexualstraftätern“**

Auch in diesem Jahr konnte eine Fachtagung zum Thema durchgeführt werden, dieses mal in Kooperation mit dem Amtsgericht Bremerhaven. Dort fand die Veranstaltung auch am 27. September 2007 statt.

Nach einer Begrüßung vom Senator für Justiz und Verfassung, Herr Nagel, gab Herr Lissau als Präsident des Amtsgerichtes BHV eine Einführung in die Thematik. Daneben referierte Frau Dr. Nalah Saimh (Ärztliche Direktorin des Westfälischen Zentrums für Forensische Psychiatrie) über die Notwendigkeit und Nutzen der ambulanten Behandlung von Sexualstraftätern. Die Kooperationspartner des „Bremerhavener Modells“ berichteten von ihren Erfahrungen aus der nunmehr dreijährigen Arbeit.

Die ca. 50 BesucherInnen kamen aus verschiedenen Berufsfeldern wie Justiz, Polizei und Psychotherapie. Im Anschluss an die Vorträge entwickelte sich eine z.T. kontroverse Diskussion über die Versorgungssituation für Sexualstraftäter und die Möglichkeiten und Grenzen von Psychotherapie für dieses Klientel.

## 4. Jugendhilfe

Die GISBU bietet verschiedene Angebote für Jugendliche und Heranwachsende im Bereich der Jugendhilfe an. Unter anderem ist die GISBU auch in der Jugendstraffälligenhilfe tätig. Die Angebote in der Jugendstraffälligenhilfe umfassen ambulante Maßnahmen wie den Sozialen Trainingskurs (STK), die Jugendwerkstatt ‚Holzbock‘ (HZB) und die Betreuungsweisungen (BWS). Mit Einführung der elektronischen Datenverarbeitung in der sozialen Arbeit wurden über die Jahre immer mehr Informationen über Verläufe innerhalb der sozialen Arbeit erfasst und damit statistisch auswertbar.

Die folgende Statistik beruht auf erfassten Daten innerhalb der Jugendstraffälligenhilfe seit dem Jahr 2003. Das Ziel dieser Statistik war es, Informationen darüber zu erhalten, wie viele Klienten innerhalb der Jugendstraffälligenhilfe an allen drei angebotenen ambulanten Maßnahmen teilgenommen haben und wie sie sich verteilen. Zudem sollte ausgewertet werden, wie viele Klienten mehr als einmal an einer der Maßnahmen teilgenommen haben und wer wie oft wiederholen musste.

Die folgende Grafik zeigt die Verteilung der Klienten innerhalb der Einrichtungen der ambulanten Maßnahmen. Ein Kreuz in der Spalte entspricht der Teilnahme an einer ambulanten Maßnahme in der jeweiligen Einrichtung. Daraus ist zu ersehen, dass von den erfassten 822 Klienten 707 Klienten nur in einer Maßnahme aufgetreten sind, 100 in zwei Maßnahmen und 15 Weisungen für drei verschiedene Maßnahmen erhalten haben.

| Gesamtübersicht der Klienten in der Jugendstraffälligenhilfe |                       |     |     |
|--|-----------------------|-----|-----|
| Klienten   | HZB                   | STK | BWS |
| 48   |                       |     | x   |
| 37   |                       | x   |     |
| 6  |                       | x   | x   |
| 622  | x                     |     |     |
| 54   | x                     |     | x   |
| 40   | x                     | x   |     |
| 15   | x                     | x   | x   |
| <b>822</b>   | <b>Summe Klienten</b> |     |     |

Es wurden alle Klienten mit Vorgängen bis zum 31.12.2007 berücksichtigt.  
Die Summe der Klienten ist logischerweise kleiner als die Summe der Klienten in den einzelnen Einrichtungen, da Klienten zugleich in mehreren Einrichtungen mit einem VE geführt werden.

In den folgenden Grafiken werden die Einrichtungen der verschiedenen ambulanten Maßnahmen getrennt nach gleichen Kriterien ausgewertet.

Die jeweils linke Grafik weist die Klienten aus, die den einzelnen Einrichtungen mit einem Vollstreckungsersuchen (VE) zugewiesen wurden. Ein VE erfolgt ausschließlich über das zuweisende Amt für Jugend, Familie und Frauen Bremerhaven, Jugendgerichtshilfe, mit und ohne Urteil eines Amtsgerichtes.

Die jeweils rechte Grafik schlüsselt auf, wie viele Klienten der jeweiligen Einrichtung innerhalb eines oder mehrerer Vollstreckungsersuchen wiederholen (Wdh.) mussten. Eine Wiederholung kommt zustande, wenn sich Klienten nicht regelkonform verhalten und aus einer der Einrichtungen ausgeschlossen werden müssen. Eine Wiederholung bezieht sich immer nur auf das vorliegende VE.

Aus der Statistik ist zu ersehen, dass der überwiegende Teil der Klienten nur ein oder zwei Vorgänge aufweist. Dabei weist der Bereich der Betreuungsweisungen als schärfste Sanktion die schlechtesten Werte bezogen auf die prozentualen Anteil der Wiederholungen auf.

### Holzbock

| Klienten   | VE  |   | Gesamt      |               |
|------------|-----|---|-------------|---------------|
| 520        | x 1 | = | 520         | 50,7%         |
| 155        | x 2 | = | 310         | 30,2%         |
| 39         | x 3 | = | 117         | 11,4%         |
| 9          | x 4 | = | 36          | 3,5%          |
| 5          | x 5 | = | 25          | 2,4%          |
| 3          | x 6 | = | 18          | 1,8%          |
| <b>731</b> |     |   | <b>1026</b> | <b>100,0%</b> |

| Klienten   | VE            |   | Gesamt      | Wdh.          |
|------------|---------------|---|-------------|---------------|
| 520        | 71,1% x 1     | = | 520         | 50,7%         |
| 134        | 18,3% x 2     | = | 268         | 26,1%         |
| 21         | 2,9% x 2      | = | 42          | 4,1%          |
| 26         | 3,6% x 3      | = | 78          | 7,6%          |
| 12         | 1,6% x 3      | = | 36          | 3,5%          |
| 1          | 0,1% x 3      | = | 3           | 0,3%          |
| 2          | 0,3% x 4      | = | 8           | 0,8%          |
| 4          | 0,5% x 4      | = | 16          | 1,6%          |
| 3          | 0,4% x 4      | = | 12          | 1,2%          |
| 1          | 0,1% x 5      | = | 5           | 0,5%          |
| 2          | 0,3% x 5      | = | 10          | 1,0%          |
| 2          | 0,3% x 5      | = | 10          | 1,0%          |
| 1          | 0,1% x 6      | = | 6           | 0,6%          |
| 1          | 0,1% x 6      | = | 6           | 0,6%          |
| 1          | 0,1% x 6      | = | 6           | 0,6%          |
| <b>731</b> | <b>100,0%</b> |   | <b>1026</b> | <b>100,0%</b> |

### Sozialer Trainingskurs

| Klienten   | VE  |   | Gesamt     |               |
|------------|-----|---|------------|---------------|
| 103        | x 1 | = | 103        | 66,0%         |
| 12         | x 2 | = | 24         | 15,4%         |
| 5          | x 3 | = | 15         | 9,6%          |
| 2          | x 4 | = | 8          | 5,1%          |
| 1          | x 6 | = | 6          | 3,8%          |
| <b>123</b> |     |   | <b>156</b> | <b>100,0%</b> |

| Klienten   | VE            |   | Gesamt     | Wdh.          |
|------------|---------------|---|------------|---------------|
| 103        | 83,7% x 1     | = | 103        | 66,0%         |
| 6          | 4,9% x 2      | = | 12         | 7,7%          |
| 6          | 4,9% x 2      | = | 12         | 7,7%          |
| 1          | 0,8% x 3      | = | 3          | 1,9%          |
| 3          | 2,4% x 3      | = | 9          | 5,8%          |
| 1          | 0,8% x 3      | = | 3          | 1,9%          |
| 1          | 0,8% x 4      | = | 4          | 2,6%          |
| 1          | 0,8% x 4      | = | 4          | 2,6%          |
| 1          | 0,8% x 6      | = | 6          | 3,8%          |
| <b>123</b> | <b>100,0%</b> |   | <b>156</b> | <b>100,0%</b> |

### Betreuungsweise

| Klienten  | VE  |   | Gesamt     |               |
|-----------|-----|---|------------|---------------|
| 61        | x 1 | = | 61         | 39,4%         |
| 25        | x 2 | = | 50         | 32,3%         |
| 8         | x 3 | = | 24         | 15,5%         |
| 2         | x 4 | = | 8          | 5,2%          |
| 1         | x 5 | = | 5          | 3,2%          |
| 1         | x 7 | = | 7          | 4,5%          |
| <b>98</b> |     |   | <b>155</b> | <b>100,0%</b> |

| Klienten  | VE            |   | Gesamt     | Wdh.          |
|-----------|---------------|---|------------|---------------|
| 61        | 62,2% x 1     | = | 61         | 39,4%         |
| 18        | 18,4% x 2     | = | 36         | 23,2%         |
| 7         | 7,1% x 2      | = | 14         | 9,0%          |
| 3         | 3,1% x 3      | = | 9          | 5,8%          |
| 5         | 5,1% x 3      | = | 15         | 9,7%          |
| 1         | 1,0% x 4      | = | 4          | 2,6%          |
| 1         | 1,0% x 4      | = | 4          | 2,6%          |
| 1         | 1,0% x 5      | = | 5          | 3,2%          |
| 1         | 1,0% x 7      | = | 7          | 4,5%          |
| <b>98</b> | <b>100,0%</b> |   | <b>155</b> | <b>100,0%</b> |

---

## 4.1. Holzbock

Bereits im Januar 2007 hat die GISBU mbH das Amt für Jugend, Familie und Frauen auf notwendige Reparatur- und Instandsetzungsarbeiten in der Jugendwerkstatt Holzbock aufmerksam gemacht. Im Laufe des Jahres wurden in der Werkstatt mehrere Besichtigungen zur Begutachtung der Dringlichkeit einzuleitender Maßnahmen seitens der beteiligten Stellen vorgenommen. Ein abschließendes Ergebnis kann noch nicht präsentiert werden. Mehrere Optionen, darunter Neubau, Sanierung oder Umzug, werden derzeit geprüft. Erklärtes Ziel ist es, den ‚Holzbock‘ im bisherigem Umfang weiter betreiben zu können.

Für das Team der Jugendwerkstatt ‚Holzbock‘ konnte nach dem Wechsel des Werkstattleiters, Herrn Thomas, in das Wilhelm-Wendebourg-Haus mit Herrn Flathmann zum 01.02.2007 ein neues Teammitglied gewonnen werden. Herr Flathmann hat sich gut in die Arbeitsweise des ‚Holzbocks‘ integriert und die routinierten Mitarbeiter nutzen seine frische Wahrnehmungsfähigkeit, um gewohnte Arbeitsabläufe zu reflektieren.

Das Zuweisungsaufkommen war 2007 gegenüber 2006 nochmals leicht rückläufig. Der Arbeit vor Ort war dies zuträglich, da intensiver auf einzelne Jugendliche/Heranwachsende eingegangen werden konnte. Da wir nicht davon ausgehen, dass die Jugendstraffälligkeit signifikant gesunken ist und auch keine anderen Maßnahmen initiiert wurden, die als Erklärung für den Rückgang der Fallzahlen dienen könnten, führen wir diesen Sachverhalt im wesentlichen auf die Personalwechsel und die damit verbundenen Vakanzen im Bereich der Justiz zurück. Zeitweise gab es über längere Zeiträume keine Zuweisungen, weil Verhandlungen nicht stattfinden konnten. Demzufolge ist davon auszugehen, dass dieser „Bearbeitungsstau“ in 2008 zu einer stärkeren Inanspruchnahme führen wird, wenn die Fälle mit der nun vorhandenen personellen Kontinuität abgearbeitet werden können.

Es ist festzuhalten, dass kaum ein Jugendlicher/Heranwachsender in der Lage ist, sich länger als eine halbe Stunde an seinem Arbeitsplatz kontinuierlich mit Schleifen, Schmirgeln, Bohren und Sägen zu beschäftigen. Zudem nahmen die handwerklichen Fertigkeiten und Fähigkeiten der Klienten tendenziell weiter ab. Insbesondere die Konzentrationsfähigkeit ist inzwischen auffällig gering. Dennoch konnte die Qualität des Holzspielzeugs durch das intensivere Einwirken auf die handwerklichen Arbeitsabläufe verbessert werden, was sicherlich auch die Kindergärten freut, an die das Holzspielzeug abgegeben wird.

Die Auswertung der erhobenen Daten für das Jahr 2007 in der Jugendwerkstatt ‚Holzbock‘ führt zu folgenden Kernaussagen:

Der Auswertungszeitraum reicht vom 01.01. – 31.12.2007 (Vorjahreszeitraum: 01.01. - 31.12.2006).

Die Vollstreckungsersuchen (VE) zur Ableistung einer Arbeitsauflage waren zu 92% (93,5%) mit einem Urteil oder einem Beschluss vom Amtsgericht Bremerhaven über die Jugendgerichtshilfe (JGH) dem ‚Holzbock‘ zugewiesen worden. 0,5% (3,7%) der VE wurden ausschließlich von der JGH in Auftrag gegeben. 7,5% (2,8%) der VE wurden über die JGH von anderen Amtsgerichten zugewiesen.

Der Anteil von Klienten mit deutscher Nationalität betrug 84% (82,7%). Mit 5,6% (7,5%) blieben Klienten türkischer Nationalität die zweitgrößte Gruppe, die im ‚Holzbock‘ eine Arbeitsauflage abzuleisten hatte. Klienten portugiesischer Nationalität waren mit 2,8% (1,9%) die nächst größte Gruppe. Es folgten mit 2,3% (2,3%) Klienten des ehemaligen Jugoslawiens und mit ebenfalls 2,3% (1,9%) Klienten mit montenegrinischer Nationalität. 3% der Klienten verteilten sich auf andere Nationalitäten.

Die Verweildauer der Klienten, die das VE erledigt hatten, betrug durchschnittlich 15,5 (14,7) Tage. Die Klienten, die das VE unerledigt ließen, verweilten durchschnittlich 12,2 (11,0) Tage.

Die Zuweisung von Vollstreckungsersuchen (VE) sank um 7,3% von 192 VE auf 178 VE ab. Die Stundenvorgabe ging im Durchschnitt um 14,5% von 8.191,00 auf 7.006,00 zurück und die geleisteten Stunden waren um 12 % von 7.232,50 auf 6.361,50 ebenfalls rückläufig. Die Erfüllungsquote ist um 2,5% von 88,30% auf 90,80% leicht gestiegen. Die Anzahl der Jugendlichen und Heranwachsenden, die mehr als 70 Stunden ableisten sollten, ist von 40 Klienten in 2006 auf 22 Klienten in 2007 gesunken. Die Durchschnittsstundenvorgabe ist von 49,4 Stunden in 2005 über 42,7 Stunden in 2006 auf 39,4 Stunden in 2007 stetig gesunken.

| <b>Stundenaufstellung d. Vollstreckungsersuchen</b>  |          | Aufgegebene Stunden |                 | Geleistete Stunden |                  |
|--|----------|---------------------|-----------------|--------------------|------------------|
| Holzbock-Beginn und Holzbock-Ende im Zeitraum  |          |                     |                 |                    |                  |
| <b>Gesamtsumme:</b>  |          | <b>179</b>          | <b>7.046,00</b> | <b>6.401,50</b>    | <b>90,85%</b>    |
|  | Klienten | Vorgabe             | Geleistet       | in %               | Anteil an Gesamt |
| Vorgabe < 70 Stunden   | 157      | 5.095,00            | 4.709,00        | 92,4%              | 72,3%            |
| Vorgabe >= 70 Stunden  | 22       | 1.951,00            | 1.692,50        | 86,8%              | 27,7%            |
| Nur bezogen auf Arbeitseinsatz in der Jugendwerkstatt und innerhalb des Auswertungszeitraums |          |                     |                 |                    |                  |

In das Jahr 2007 wurden fünf Jugendliche/Heranwachsende übernommen, die sich bereits im Arbeitseinsatz befinden, deren Arbeitsende aber in 2008 fällt. Zudem wurden vier Jugendliche/Heranwachsende in der Datenbank aufgenommen, deren Arbeitsbeginn für den 02.01.2008 festgelegt ist. Außerdem noch weitere fünf Jugendliche/Heranwachsende, die zwar in der Datenbank erfasst sind, aber noch nicht zum Vorgespräch kamen, was die Voraussetzung zur Arbeitsaufnahme im ‚Holzbock‘ ist (Stand 03.01.2008).

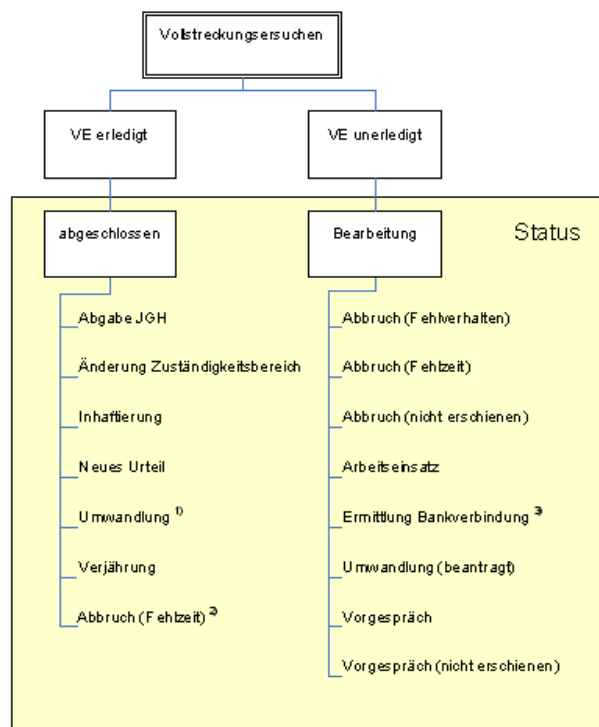
Nachfolgend die ergänzende grafische Darstellung von erfassten Daten innerhalb des Auswertungszeitraums für die Jugendwerkstatt ‚Holzbock‘:

| <b>Vollstreckungsersuchen (VE)</b>  | Anzahl Vorgänge |               | Frauen    | Männer    | <18J     | >=18      | Ø           |
|---|-----------------|---------------|-----------|-----------|----------|-----------|-------------|
| Erfasst vor 01.01.2007 und kein Holzbock-Beginn/Ende                              |                 |               |           |           |          |           |             |
| <b>Gesamtsumme:</b>   | <b>78</b>       | <b>100,0%</b> | <b>14</b> | <b>64</b> | <b>9</b> | <b>69</b> | <b>20,1</b> |
| Die genannten Zahlen beziehen sich auf die Erfassungen der Daten seit 01.01.2005. |                 |               |           |           |          |           |             |
| <b>Statusübersicht</b>  |                 |               |           |           |          |           |             |
| <b>VE erledigt</b>  | <b>44</b>       | <b>56,4%</b>  | <b>6</b>  | <b>38</b> | <b>7</b> | <b>37</b> | <b>19,6</b> |
| Abgeschlossen   | 17              | 21,8%         | 1         | 16        | 4        | 13        | 18,6        |
| Abgeschlossen: Abgabe JGH   | 3               | 3,8%          | 1         | 2         | 0        | 3         | 22,0        |
| Abgeschlossen: Änderung Zuständigkeitsbereich                                     | 2               | 2,6%          | 1         | 1         | 1        | 1         | 18,0        |
| Abgeschlossen: Inhaftierung   | 1               | 1,3%          | 0         | 1         | 0        | 1         | 21,0        |
| Abgeschlossen: Neues Urteil   | 4               | 5,1%          | 1         | 3         | 1        | 3         | 17,8        |
| Abgeschlossen: Umwandlung   | 16              | 20,5%         | 2         | 14        | 1        | 15        | 20,8        |
| Abgeschlossen: Verjährung   | 1               | 1,3%          | 0         | 1         | 0        | 1         | 20,0        |
| <b>VE unerledigt</b>  | <b>34</b>       | <b>43,6%</b>  | <b>8</b>  | <b>26</b> | <b>2</b> | <b>32</b> | <b>20,7</b> |
| Bearbeitung: Abbruch (nicht erschienen)   | 2               | 2,6%          | 0         | 2         | 1        | 1         | 18,5        |
| Bearbeitung: Vorgespräch (nicht erschienen)                                       | 32              | 41,0%         | 8         | 24        | 1        | 31        | 20,8        |

| Vollstreckungsersuchen (VE)                        |           | Anzahl Vorgänge |          | Frauen   | Männer   | <18J     | >=18        | Ø |
|--|-----------|-----------------|----------|----------|----------|----------|-------------|---|
| Erfasst vor und Holzbock-Beginn & Ende im Zeitraum |           |                 |          |          |          |          |             |   |
| VE erledigt  | 10        | 100,0%          | 2        | 8        | 4        | 6        | 18,4        |   |
| Abgeschlossen                                      | 10        | 100,0%          | 2        | 8        | 4        | 6        | 18,4        |   |
| <b>Gesamtsumme:</b>                                | <b>10</b> | <b>100,0%</b>   | <b>2</b> | <b>8</b> | <b>4</b> | <b>6</b> | <b>18,4</b> |   |

| Vollstreckungsersuchen (VE)                   |           | Anzahl Vorgänge |          | Frauen   | Männer   | <18J      | >=18        | Ø |
|---|-----------|-----------------|----------|----------|----------|-----------|-------------|---|
| Erfasst im Zeitraum, kein HZB-Beginn/Ende     |           |                 |          |          |          |           |             |   |
| VE erledigt                                   | 10        | 58,8%           | 4        | 6        | 1        | 9         | 18,7        |   |
| Abgeschlossen: Änderung Zuständigkeitsbereich | 5         | 29,4%           | 1        | 4        | 1        | 4         | 18,0        |   |
| Abgeschlossen: Umwandlung                     | 5         | 29,4%           | 3        | 2        | 0        | 5         | 19,4        |   |
| VE unerledigt                                 | 7         | 41,2%           | 5        | 2        | 2        | 5         | 18,4        |   |
| Bearbeitung: Abbruch (Fehlverhalten)          | 2         | 11,8%           | 2        | 0        | 1        | 1         | 18,0        |   |
| Bearbeitung: Vorgespräch (nicht erschienen)   | 5         | 29,4%           | 3        | 2        | 1        | 4         | 18,6        |   |
| <b>Gesamtsumme:</b>                           | <b>17</b> | <b>100,0%</b>   | <b>9</b> | <b>8</b> | <b>3</b> | <b>14</b> | <b>18,6</b> |   |

| Vollstreckungsersuchen (VE)                      |            | Anzahl Vorgänge |           | Frauen     | Männer    | <18J      | >=18        | Ø |
|--|------------|-----------------|-----------|------------|-----------|-----------|-------------|---|
| Erfasst und Holzbock-Beginn und Ende im Zeitraum |            |                 |           |            |           |           |             |   |
| VE erledigt                                      | 156        | 92,3%           | 21        | 135        | 75        | 81        | 17,7        |   |
| Abgeschlossen                                    | 151        | 89,3%           | 19        | 132        | 73        | 78        | 17,7        |   |
| Abgeschlossen: Neues Urteil                      | 1          | 0,6%            | 1         | 0          | 0         | 1         | 19,0        |   |
| Abgeschlossen: Umwandlung                        | 2          | 1,2%            | 1         | 1          | 0         | 2         | 20,0        |   |
| Bearbeitung: Ermittlung Bankverbindung           | 2          | 1,2%            | 0         | 2          | 2         | 0         | 15,5        |   |
| VE unerledigt                                    | 13         | 7,7%            | 4         | 9          | 4         | 9         | 18,4        |   |
| Bearbeitung: Abbruch (Fehlverhalten)             | 1          | 0,6%            | 0         | 1          | 1         | 0         | 16,0        |   |
| Bearbeitung: Abbruch (Fehlzeit)                  | 5          | 3,0%            | 2         | 3          | 1         | 4         | 19,2        |   |
| Bearbeitung: Abbruch (nicht erschienen)          | 7          | 4,1%            | 2         | 5          | 2         | 5         | 18,1        |   |
| <b>Gesamtsumme:</b>                              | <b>169</b> | <b>100,0%</b>   | <b>25</b> | <b>144</b> | <b>79</b> | <b>90</b> | <b>17,8</b> |   |



- 1) Veränderung der Arbeitsaufgabe in eine Zahlungsaufgabe
- 2) Im Einzelfall möglich (Bsp: Arbeit aufgenommen und nicht mehr zur Arbeit erschienen)
- 3) Die Bankverbindung des Geschädigten wird ermittelt.



---

## 4.2. Sozialer Trainingskurs

Der Soziale Trainingskurs (STK) begann im Jahr 2007 mit einer Besonderheit. Aufgrund des gestiegenen Bedarfs sowie einer erhöhten Anzahl von Verurteilungen war es nämlich nötig, zwei Trainingskurse parallel laufen zu lassen.

Hierbei wurde besonders darauf geachtet, dass die Zusammenstellung in den einzelnen Gruppen der produktiven Arbeit zuträglich war.

Eine weitere Besonderheit war die in diesen Jahr vorhandene Altersdiskrepanz. Auf der einen Seite wurden verstärkt Jugendliche, die gerade das 14. Lebensjahr vollendet hatten, zum STK verurteilt, auf der anderen mussten wir uns auch zunehmend mit Heranwachsenden beschäftigen, die deutlich über 18 Jahre alt waren.

Hier war es nötig, die Gruppe so zu trennen, dass die Ansprache dem entwicklungsbedingten und intellektuellen Stand der Teilnehmer entsprach.

Auch wurde deutlich, dass die ‚Qualität‘ der Straftat je nach Alter eine unterschiedliche war. Während die ‚Kleinen‘ am Kursus aufgrund einer Ersttat mit deutlichem Strafcharakter (Körperverletzung) teilnahmen und sich mit dieser aktiv auseinandersetzen mussten und wollten, brachten die ‚Großen‘ ein wesentlich umfangreicheres Paket an Körperverletzungen und eine deutlich geringere Bereitschaft zur Reflektion mit.

Dies erforderte, die Gruppe so weit zu trennen, dass auf unterschiedlichen Wegen und mit unterschiedlicher Methodik letztendlich ein Ziel, nämlich die kritische Auseinandersetzung mit dem eigenen Fehlverhalten und damit eine Verhaltensmodifikation, erreicht werden konnte.

Inhaltlich bedeutete das konkret, dass mit den 14-Jährigen viel im Rahmen von Gruppengesprächen gearbeitet wurde. Zudem wurden Hausbesuche und Elterngespräche durchgeführt und aufgrund der strafrechtlichen wie familiären Problematik Verhaltensalternativen erarbeitet und eingeübt. Auch die Familien konnten in den Lernprozess einbezogen werden.

Bei den Heranwachsenden gab es eine solche Möglichkeit nicht, und auch ihr Widerstand gegen Eingriffe in das private Umfeld war groß. Aus diesem Grunde führten wir verstärkt Einzelgespräche durch. Die Heranwachsenden mussten sich und ihr Verhalten innerhalb der Gruppe auf dem ‚heißen Stuhl‘ verantworten. Sie wurden zunehmend auf ihre Verantwortung für sich und andere hingewiesen und tatsächlich in die Verantwortung genommen, wenn Probleme auftraten.

Grundsätzlich behandelten wir in beiden Gruppen folgende Themen:

- Planung und Strukturierung der Tagesabläufe,
- Benennung und Reflektion von Straftaten/Erarbeitung erwünschter Verhaltensweisen,
- Einzelgespräche,
- Selbst- und Fremdwahrnehmung,
- Sexualität,
- Kulturelle Unterschiede und ihre Auswirkungen auf den Alltag,
- Familiäre Hintergründe für erwünschtes wie unerwünschtes Verhalten,
- Ängste,
- Anti-Gewalt-Training.

In der zweiten Jahreshälfte änderte sich die Struktur des STK dahingehend, dass vier heranwachsende junge Frauen an den Treffen teilnahmen. Diese hoben sich durch ihre intellektuellen Fähigkeiten spürbar von den derzeit im Kursus befindlichen Jugendlichen/Heranwachsenden ab. So besuchten alle Schülerinnen mit dem Ziel, das Fachabitur zu erreichen, regelmäßig die Schule.

Sowohl die Atmosphäre als auch die Ansprache innerhalb der Gruppe änderte sich maßgeblich. Die der-

zeit in der Gruppe befindlichen Teilnehmer konnten den Diskussionen und den Gedankengängen der jungen Frauen oftmals nicht folgen und reagierten mit übertriebenen Aggressionen. Hier war es wichtig, Unterschiede wie Gemeinsamkeiten aller Teilnehmer zu benennen und langsam so etwas wie ein Gruppengefühl zu entwickeln, um gemeinsames Arbeiten zu ermöglichen.

An dieser Stelle ist es wichtig anzumerken, dass sich alle Jugendlichen/Heranwachsenden letztendlich darüber einig waren, dass die sehr unterschiedliche Zusammensetzung für alle bereichernd und der Arbeit zuträglich war.

Ebenfalls sollte noch erwähnt werden, dass wir in diesem Jahr nicht nur gemeinsam gearbeitet, sondern auch zusammen gefeiert, gespielt, gegessen und Fahrten unternommen haben. So beendeten wir im Frühjahr die beiden parallel laufenden Kurse mit einem gemeinsamen Essen bei „Franko“. Das letzte Treffen vor den Sommerferien war eine Tagestour in den Heidepark Soltau. Die jungen Frauen verabschiedeten sich von der Gruppe mit einem Besuch in der „Blattlaus“.

Abschließend können wir resümieren, dass dieses Jahr für alle Beteiligten sowohl arbeitsreich und schwierig als auch in der Gemeinsamkeit schön und bereichernd war.

Die Auswertung der im Sozialen Trainingskurs erhobenen Daten für das Jahr 2007 führt zu folgenden Kernaussagen:

Der Auswertungszeitraum reicht vom 01.01. – 31.12.2007 (Vorjahreszeitraum 01.01. - 31.12.2006).

Mit 70,8% (71,4%) stellten Klienten mit deutschem Pass die größte Gruppe der Teilnehmer im STK, gefolgt von 16,7% (11,9%) Klienten mit türkischer Nationalität. 12,5% der teilnehmenden Klienten verteilten sich auf andere Nationalitäten.

Zwei Klienten sind bereits 2007 in der Datenbank erfasst worden und haben die Teilnahme am STK noch nicht begonnen. Zwei Klienten nahmen zum Jahreswechsel am STK teil und beenden den STK im Laufe des neuen Jahres. Die auferlegte Wochenvorgabe der Klienten zur Teilnahme am STK variierte zwischen 6 Wochen = 2,9% (5 Wochen = 5,9%) und 24 Wochen = 22,9% (23,5%). Die überwiegende Anzahl der Klienten wurde 2007 mit 12 Wochen = 54,3% (44,1%) Teilnahme zum STK bestellt.

Die weiteren erfassten Daten sind der Grafik zu entnehmen.

| <b>Vorgänge VE erledigt im ZR</b><br>Erfasst und STK-Beginn vor 01.01.2007 und STK-<br>Ende bis 31.12.2007 | <b>Anzahl<br/>Vorgänge</b> | <b>Frauen</b> | <b>Männer</b> | <b>&lt;18J</b> | <b>&gt;=18</b> | <b>Ø</b>    |
|--|----------------------------|---------------|---------------|----------------|----------------|-------------|
| <b>VE erledigt</b>   | <b>10</b> 76,9%            | <b>1</b>      | <b>9</b>      | <b>7</b>       | <b>3</b>       | <b>16,5</b> |
| <b>VE unerledigt</b>   | <b>3</b> 23,1%             | <b>0</b>      | <b>3</b>      | <b>3</b>       | <b>0</b>       | <b>16,0</b> |
| <b>Gesamtsumme:</b>  | <b>13</b> 100,0%           | <b>1</b>      | <b>12</b>     | <b>10</b>      | <b>3</b>       | <b>16,4</b> |

| <b>Vorgänge VE erledigt im ZR</b><br>Erfasst vor 01.01.2007 und STK-Beginn/Ende im ZR | Anzahl<br>Vorgänge | Frauen   | Männer   | <18J     | >=18     | Ø           |
|---|--------------------|----------|----------|----------|----------|-------------|
| VE erledigt   | 2 66,7%            | 1        | 1        | 0        | 2        | 19,5        |
| VE unerledigt   | 1 33,3%            | 0        | 1        | 0        | 1        | 19,0        |
| <b>Gesamtsumme:</b>   | <b>3 100,0%</b>    | <b>1</b> | <b>2</b> | <b>0</b> | <b>3</b> | <b>19,3</b> |

| <b>Vorgänge im ZR</b><br>Erfasst und STK-Beginn/Ende zwischen 01.01.2007 und 31.12.2007 | Anzahl<br>Vorgänge | Frauen   | Männer    | <18J     | >=18      | Ø           |
|---|--------------------|----------|-----------|----------|-----------|-------------|
| AG Brhv   | 12 63,2%           | 0        | 12        | 4        | 8         | 18,0        |
| JGH Brhv  | 7 36,8%            | 5        | 2         | 3        | 4         | 17,6        |
| <b>Gesamtsumme:</b>   | <b>19 100,0%</b>   | <b>5</b> | <b>14</b> | <b>7</b> | <b>12</b> | <b>17,8</b> |
| VE erledigt   | 10 52,6%           | 2        | 8         | 4        | 6         | 17,7        |
| VE unerledigt   | 9 47,4%            | 3        | 6         | 3        | 6         | 18,0        |
| <b>Gesamtsumme:</b>   | <b>19 100,0%</b>   | <b>5</b> | <b>14</b> | <b>7</b> | <b>12</b> | <b>17,8</b> |

| <b>Zuweisende Stellen</b><br>alle Vorgänge mit STK-Beginn im Zeitraum | Anzahl<br>Vorgänge | Frauen   | Männer    | <18J     | >=18      | Ø           |
|---|--------------------|----------|-----------|----------|-----------|-------------|
| AG Brhv   | 17 70,8%           | 1        | 16        | 4        | 11        | 18,3        |
| JGH Brhv  | 7 29,2%            | 5        | 2         | 3        | 4         | 17,6        |
| <b>Gesamtsumme:</b>   | <b>24 100,0%</b>   | <b>6</b> | <b>18</b> | <b>7</b> | <b>15</b> | <b>18,0</b> |

| <b>Status bei Beendigung</b><br>Vorgänge mit STK-Beginn/Ende im Zeitraum | Anzahl<br>Vorgänge | Frauen   | Männer    | <18J     | >=18      | Ø           |
|--|--------------------|----------|-----------|----------|-----------|-------------|
| VE erledigt  | 12 54,5%           | 3        | 9         | 4        | 8         | 18,0        |
| VE unerledigt  | 10 45,5%           | 3        | 7         | 3        | 7         | 18,1        |
| <b>Gesamtsumme:</b>  | <b>22 100,0%</b>   | <b>6</b> | <b>16</b> | <b>7</b> | <b>15</b> | <b>18,0</b> |

| <b>Dauer der Vorgänge</b><br>STK-Beginn und STK-Ende im Zeitraum | Dauer in<br>Tagen   | Frauen   | Männer    | <18J     | >=18      | Ø           |
|--|---------------------|----------|-----------|----------|-----------|-------------|
| VE erledigt  | 12 1554 129,5       | 3        | 9         | 4        | 8         | 18,0        |
| VE unerledigt  | 10 629 62,9         | 3        | 7         | 3        | 7         | 18,1        |
| <b>Gesamtsumme:</b>  | <b>22 2183 99,2</b> | <b>6</b> | <b>16</b> | <b>7</b> | <b>15</b> | <b>18,0</b> |

---

### 4.3. Betreuungsweisung

Die Betreuungsweisung ist eine intensive sozialpädagogische Einzelfallarbeit für straffällig gewordene Jugendliche und junge Heranwachsende im Alter von 14 bis 21 Jahren. Die Betreuungsweisung wird bei mehrfach straffällig gewordenen Jugendlichen vom Gericht auferlegt und wird über einen Zeitraum von drei bis sechs Monaten gewährt. Im Jahr 2006 war die Höchstdauer 6 Monate, in Ausnahmefällen kann sie aber bis zu einem Jahr andauern (vgl. Statistik 11/12 Monate in 2007). Die beiden 2007 davon betroffenen Jugendlichen sind mehrfach straffällig geworden und wurden insbesondere wegen gefährlicher Körperverletzung verurteilt. Sie hatten zeitgleich einen Bewährungshelfer. In beiden Fällen verfügten die Jugendlichen über keinen Schulabschluss. Einer der jungen Heranwachsenden lebte schon in einer eigenen Wohnung, der andere junge Mann war im Heim untergebracht.

Die Anzahl der insgesamt aufgenommenen Fälle entspricht 2007 etwa der des Vorjahres (2006/23, 2007/24).

Die Jugendlichen werden während der Betreuungsweisung dazu angehalten, sich mit ihren Lebensthemen auseinanderzusetzen und sich der Bewältigung ihrer vielfältigen Probleme in einfachen und kleinen Schritten zu nähern. Diese Form ermöglicht ein sehr individuelles Arbeiten mit dem Einzelnen.

Es werden Kompetenzen eingeübt, erweitert oder neu entwickelt, die Bausteine für ein Leben ohne Straftaten sind. So ermöglicht die Betreuungsweisung dem Jugendlichen, sich selbst zu reflektieren und weiter zu entwickeln.

Die Jugendlichen/Heranwachsenden, die im Jahr 2007 betreut wurden, befanden sich ausnahmslos in sehr komplexen Problemlagen. Sie waren häufig von Wohnungslosigkeit betroffen oder lebten in sehr desolaten familiären Verhältnissen. Des Weiteren hatten die Jugendlichen keinen Schulabschluss und mussten deshalb in alternative Projekte vermittelt werden, oder sie waren arbeitslos und suchten eine Beschäftigung. Zu diesen Problemen kam häufig noch eine Drogenabhängigkeit.

Diese Umstände führten dazu, dass der Betreuungshelfer zu Beginn der Maßnahme eine längere Anlaufzeit benötigte, um einen dauerhaften Kontakt zu den Jugendlichen aufzubauen.

Bestand der Kontakt, ging es zunächst darum, eine geeignete Unterbringung zu bekommen, eine Arbeitsstelle/ein alternatives Schulprojekt zu finden und in Folge die Drogenabhängigkeit zu thematisieren und zu bearbeiten.

In einem Fall war ein Jugendlicher auch bereit, eine stationäre Therapie zu machen, um seinen Drogenkonsum in den Griff zu bekommen. Das erforderte eine Reihe von Terminen in der Drogenberatungsstelle sowie Termine mit einem Arzt. Er arbeitete sehr intensiv mit, aber leider lehnte die Krankenkasse die Therapie mit dem Hinweis ab, dass noch nicht alle ambulanten Möglichkeiten ausgeschöpft worden sind.

Zwei weitere junge Heranwachsende (ohne Schulabschluss) fanden eine feste Arbeitsstelle und wechselten den Wohnort. Einer von ihnen entkam so auch der rechten Szene. Der Wohnortwechsel hilft den Jugendlichen in der Regel, sich von der Drogenszene oder anderen Cliques und Gruppen zu distanzieren.

Aufgrund der Problem-Komplexität war es in vielen Fällen notwendig, mit den Jugendlichen den Kontakt zum Jugendamt aufzubauen, so dass sie über die auferlegte Betreuungszeit hinaus unterstützt werden konnten.

Zusammenfassend ist festzustellen, dass den Jugendlichen und Heranwachsenden zum Ende der Betreuungsweisung in den meisten Fällen eine neue Lebensperspektive gegeben werden konnte.

Nachfolgend die Statistik der Betreuungsweisungen.

Statistik 2007

| <b>Zuweisende Stellen</b><br>alle Vorgänge mit BWS-Beginn im Zeitraum | Anzahl<br>Vorgänge |               | Frauen   | Männer    | <18J     | >=18      | Ø           |
|---|--------------------|---------------|----------|-----------|----------|-----------|-------------|
| <b>B-Weisung</b>  |                    |               |          |           |          |           |             |
| Amtsgericht Bremerhaven   | 24                 | 100,0%        | 1        | 23        | 3        | 21        | 18,6        |
| <b>Gesamtsumme:</b>   | <b>24</b>          | <b>100,0%</b> | <b>1</b> | <b>23</b> | <b>3</b> | <b>21</b> | <b>18,6</b> |

| <b>Vorgänge</b><br>Erfasst und BWS-Beginn und Ende im Zeitraum | Anzahl<br>Vorgänge |               | Frauen   | Männer    | <18J     | >=18      | ohne     | Ø           |
|--|--------------------|---------------|----------|-----------|----------|-----------|----------|-------------|
| B-Weisung  | 21                 | 100,0%        | 1        | 20        | 3        | 18        | 0        | 18,6        |
| <b>Gesamtsumme:</b>  | <b>21</b>          | <b>100,0%</b> | <b>1</b> | <b>20</b> | <b>3</b> | <b>18</b> | <b>0</b> | <b>18,6</b> |

| <b>Vorgänge</b><br>Erfasst und BWS-Beginn und Ende im Zeitraum | Anzahl<br>Vorgänge |               | Frauen   | Männer    | <18J     | >=18      | ohne     | Ø           |
|--|--------------------|---------------|----------|-----------|----------|-----------|----------|-------------|
| B-Weisung  | 21                 | 100,0%        | 1        | 20        | 3        | 18        | 0        | 18,6        |
| <b>Gesamtsumme:</b>  | <b>21</b>          | <b>100,0%</b> | <b>1</b> | <b>20</b> | <b>3</b> | <b>18</b> | <b>0</b> | <b>18,6</b> |

| <b>Nationalitäten</b><br>der Vorgänge mit BWS-Beginn im Zeitraum | Anzahl<br>Vorgänge |               | Frauen   | Männer    | <18J     | >=18      | Ø           |
|--|--------------------|---------------|----------|-----------|----------|-----------|-------------|
| keine Angabe   | 2                  | 8,3%          | 0        | 2         | 0        | 2         | 19,0        |
| Deutschland  | 18                 | 75,0%         | 0        | 18        | 3        | 15        | 18,6        |
| Türkei   | 4                  | 16,7%         | 1        | 3         | 0        | 4         | 18,5        |
| <b>Gesamtsumme:</b>  | <b>24</b>          | <b>100,0%</b> | <b>1</b> | <b>23</b> | <b>3</b> | <b>21</b> | <b>18,6</b> |

| <b>Dauer der Vorgänge</b><br>BWS-Beginn und BWS-Ende im Zeitraum | Dauer in<br>Tagen |      | Frauen | Männer | <18J | >=18 | Ø  |      |
|--|-------------------|------|--------|--------|------|------|----|------|
| <b>Gesamtsumme:</b>  | 21                | 2282 | 108,7  | 1      | 20   | 3    | 18 | 18,6 |

| <b>Dauer der Vorgänge</b><br>BWS-Beginn und BWS-Ende im Zeitraum | Std.      |             | Frauen   | Männer    | <18J     | >=18      | Ø           |
|--|-----------|-------------|----------|-----------|----------|-----------|-------------|
| Vorgabe 01 Monate  | 1         | 29          | 0        | 1         | 0        | 1         | 19,0        |
| Vorgabe 03 Monate  | 11        | 971         | 1        | 10        | 2        | 9         | 18,3        |
| Vorgabe 04 Monate  | 1         | 122         | 0        | 1         | 0        | 1         | 20,0        |
| Vorgabe 06 Monate  | 6         | 716         | 0        | 6         | 1        | 5         | 18,8        |
| Vorgabe 11 Monate  | 1         | 333         | 0        | 1         | 0        | 1         | 18,0        |
| Vorgabe 12 Monate  | 1         | 111         | 0        | 1         | 0        | 1         | 20,0        |
| <b>Gesamtsumme:</b>  | <b>21</b> | <b>2282</b> | <b>1</b> | <b>20</b> | <b>3</b> | <b>18</b> | <b>18,6</b> |

---

## 4.4. Betreutes Wohnen

Im vorherigen Jahresbericht haben wir – wie eigentlich jedes Jahr – der Hoffnung Ausdruck verliehen, dass wir eine ähnlich gute Auslastung wie im letzten Jahr erzielen. Leider ist es uns nicht gelungen, das Ergebnis von 2006 zu wiederholen. Bezogen auf 2,5 Betreuerstellen fiel das Endergebnis deutlich ab. Statt einer Auslastung von 97,64 % (2006) haben wir in 2007 lediglich eine durchschnittliche Auslastung von 84,97 % erreicht.

Was war sonst noch erwähnenswert?

Seit Jahren wächst die Zahl der Menschen, die wegen psychischer Probleme behandelt werden. Hiervon sind nicht nur Erwachsene betroffen. Die Zahl der Kinder bzw. Jugendlichen, die therapeutische Hilfen benötigen, ist in den letzten 15 Jahren sprunghaft angestiegen. Diese Entwicklung ist auch an unserer Abteilung nicht vorbeigegangen. Obwohl wir für psychisch Kranke bzw. junge Menschen, bei denen psychische Probleme im Vordergrund stehen, Betreutes Wohnen gar nicht anbieten, haben wir seit Jahren immer wieder auch Personen betreut, die schon therapeutische Hilfen in Anspruch genommen hatten. Es gab aber auch Personen, bei denen wir innerhalb der Betreuungszeit einen entsprechenden Hilfebedarf feststellten. Wenn diese Probleme in den Vordergrund rückten, haben wir diese Personen in andere Maßnahmen übergeleitet oder sie, ergänzend zu unserem Angebot, in psychologische Behandlung vermittelt.

In 2007 haben wir jedoch erstmals und gleich bei drei Maßnahmen Personen betreut, die innerhalb der Betreuung eine mehrwöchige stationäre Therapie absolviert haben. Es handelte sich dabei um drei junge Frauen, die aufgrund psychosomatischer Probleme in entsprechenden Kliniken behandelt wurden. Im Anschluss wurden alle drei Personen weiter ambulant von Psychologen behandelt und, da volle Arbeitsfähigkeit gegeben war, ganz „normal“ von uns betreut.

Es kommt hin und wieder vor, dass wir Personen betreuen, bei denen der Kostenträger der Maßnahme nicht das Jugendamt Bremerhaven ist. Dies ist dann der Fall, wenn die erziehungs- und sorgeberechtigten Eltern außerhalb Bremerhavens wohnen. Im Jahr 2007 traf dies auf drei Betreute zu. Zweimal mussten die Kosten mit dem Bundesland Niedersachsen abgerechnet werden. Einmal kamen die Gelder aus Bayern.

In diesen Fällen haben wir dann deutlich mehr an administrativen Aufgaben auszuführen. So müssen wir jeden Monat eine Kostenaufstellung anfertigen, uns stets um Mietzahlungen und Mietnebenkosten (swb) kümmern und uns bei Sonderzahlungen, etwa bei Zuschüssen für Klassenfahrten, mit vom Bundesland Bremen abweichenden Regelungen beschäftigen. Manchmal haben wir auch mit sprachlichen Problemen zu kämpfen: In Bayern sprechen einige Menschen eben kein Hochdeutsch. In diesem Zusammenhang möchten wir den Kolleginnen und Kollegen von der Kostenstelle für die seit vielen Jahren wirklich hervorragende Zusammenarbeit und die geradezu paradiesischen Verhältnisse in Bremerhaven danken.

In der 2. Jahreshälfte war die Kollegin Elke Seemann mehrfach bei Fällen von sozialräumlicher Lösungssuche im Einsatz. Es ist geplant, dass die Kollegin auch 2008 einige dieser Fälle übernehmen soll und so den „Belegungsdruck“ etwas verringert.

Auf keinen Fall unerwähnt bleiben soll die Tatsache, dass wir seit Oktober eine Berufspraktikantin, Frau Izabela Kowalska, in unserer Abteilung beschäftigen. Die junge Kollegin hat frischen Wind ins Betreute Wohnen gebracht. Anleiter ist der Kollege Norbert Adomeit. Unser bisheriges Fazit lautet: Schön, dass sie da ist.

---

## **Statistische Daten des Jahres 2007 (Zahlen von 2006/2005)**

### **Auslastung:**

Eine Auslastung von 84,97% ist im Vergleich zum Jahr 2006 (97,64%) ein wirklich schlechtes Ergebnis. Andererseits war das damalige Ergebnis ein echter Spitzenwert.

### **Zuweisende Stellen/Aufnahmegespräche:**

Erstmals haben wir nicht von allen drei Stadtteilbüros Betreuungsaufträge bekommen. Vom Stadtteilbüro Nord wurden uns lediglich zwei Betreuungsaufträge avisiert, doch noch bevor wir mit den betreffenden Personen ein Aufnahmegespräch führen konnten, hatte sich die Angelegenheit jeweils in eine andere Richtung entwickelt. Schade.

Insgesamt gab es 15 (19/21) Betreuungsanfragen. Zu 2 Personen haben wir keinen Kontakt herstellen können (siehe oben). Mit 13 Personen konnte ein Aufnahmegespräch geführt werden.

Bei 2 Personen fand das Aufnahmegespräch am Jahresende statt, der Betreuungsbeginn erfolgte jedoch erst in 2008. Dem gegenüber wurde bei 1 Person mit der Betreuung in 2007 begonnen, das Aufnahmegespräch fand aber bereits Ende 2006 statt.

Mit der Maßnahme des Betreuten Wohnens konnte im vergangenen Jahr bei 12 Personen (16/15) begonnen werden.

### **Wohnungen:**

Nach wie vor richtet sich unser Angebot (Betreutes Einzelwohnen) mit dem Ziel der Verselbständigung im eigenen Wohnraum an junge Menschen zwischen dem 17. und 21. Lebensjahr.

Die Beschaffung dieses Wohnraums bereitet uns jedoch zunehmend Schwierigkeiten. Bereits in unserem Jahresbericht 2005 haben wir auf die durch den Abriss diverser Wohnblöcke verursachte Wohnraumverknappung hingewiesen. Diese Entwicklung wurde durch weitere Abrisse in 2006 und 2007 noch verstärkt. Mittlerweile ist es für unsere Klienten wirklich schwer, unter Berücksichtigung der Mietobergrenze eine 2-Zimmer-Wohnung in Bremerhaven anzumieten. Auch hinsichtlich des Angebotes an 1-Zimmer-Wohnungen ist der Wohnungsmarkt zwischenzeitlich erheblich enger geworden.

Trotzdem gelang es auch in 2007 für alle von uns betreuten Personen geeigneten Wohnraum anzumieten. Oftmals war dies aber nur aufgrund unserer guten Beziehungen möglich.

Trotz dieser schwierigen Situation wollen wir weiterhin nur in Ausnahmefällen und vorübergehend als Hauptmieter von Wohnungen auftreten.

### **Betreute Personen:**

2007 wurden 2 Personen über Fachleistungsstunden betreut. Eine Person wurde kontinuierlich über dieses Angebot betreut, die andere sowohl über Fachleistungsstunden als auch über unsere „Tagesatzfinanzierung“.

2007 haben wir insgesamt 31 (35/33) Personen betreut. Davon waren 22 (23/17) weiblichen und 9 (12/16) männlichen Geschlechts.

12 (16/15) Personen wurden neu in die Betreuung aufgenommen. Darunter befanden sich 7 (13/9) Frauen und 5 (3/6) Männer.

Zwar liegt der Anteil der betreuten Frauen im Vergleich zu den Männern insgesamt betrachtet bei über 70%, bei den Neuaufnahmen beträgt der Anteil aber nur noch etwas mehr als 58%. 2006 betrug der Anteil noch über 81%. Dem gegenüber ist der Anteil der Männer bei den Neuaufnahmen von weniger

---

als 19,00% im Jahr 2006 auf fast 42,00% in 2007 angewachsen.

17 (16/14) Maßnahmen wurden letztes Jahr beendet. Hiervon betrafen 12 (8/7) Personen weiblichen und 5 (8/7) Personen männlichen Geschlechts.

11 (11/10) Maßnahmen konnten erfolgreich abgeschlossen werden, die gesteckten Betreuungsziele wurden erreicht. Eine Person wurde im Laufe der Betreuung schwanger und konnte zu einer für diesen Personenkreis spezialisierten Einrichtung (Hamme Lou) übergeleitet werden. Leider endeten 5 (3/2) Maßnahmen aufgrund mangelhafter Mitwirkung oder weil wesentliche Ziele (z. B. Ausbildungsplatz) auch mittelfristig nicht mehr zu erreichen waren. Demzufolge lag die „Misserfolgsquote“ in 2007 bei 29,41% (18,75%/14,29%). Diese im Vergleich zu den Vorjahren doch sehr hohe Quote relativiert sich, wenn man in Betracht zieht, dass zwei Maßnahmen innerhalb der ersten drei Monate beendet wurden. Die betreffenden Personen ließen absolut ihre Mitarbeit an den vereinbarten (eigenen) Zielen vermissen. Alle Bemühungen, sie zur Mitarbeit zu motivieren, scheiterten. Bei einer weiteren Person endete die Betreuung nach vier Monaten. Hier gab es zwischendurch immer wieder Anzeichen, dass sich eine erforderliche Mitwirkung doch noch einstellen könnte. In der Nachbetrachtung könnten zumindest zwei der drei gescheiterten Maßnahmen aus Sicht der Klienten aber auch als Erfolg bewertet werden. Offensichtlich gab es nämlich für diese Personen nur das Ziel eine eigene Wohnung finanziert zu bekommen.

### **Schulische/berufliche Entwicklung:**

Ursprünglich bestand die Absicht, in diesem Jahresbericht auch Aussagen über die schulische und berufliche Situation unserer Bewohner bzw. über deren Entwicklung (was war vor Betreuungsbeginn, wie sah es bei Betreuungsende aus) zu machen. Diesen wichtigen Bereich haben wir in den letzten Berichten ziemlich vernachlässigt. Als wir uns jetzt jedoch intensiver mit diesem Thema beschäftigten, stellte sich heraus, wie umfangreich und arbeitsintensiv es ist. Uns interessiert dabei nicht nur die Frage vorher/nachher, sondern wir wollen auch einen kritischen Blick auf die vorhandenen Möglichkeiten schulischer/beruflicher Qualifizierung für unsere Klientel werfen. Dieses Thema wird der Schwerpunkt in unserem nächsten Jahresbericht sein.

### **Ausblick auf 2008:**

Alles wird gut oder vielleicht noch besser!

Selbstverständlich hoffen wir – wie eigentlich jedes Jahr –, dass wir in 2008 sehr viele Betreuungsaufträge bekommen. Diesbezüglich startete das Jahr 2008 schon viel versprechend.



---

## 4.5. Familien-Coaching

Familien-Coaching ist in den Problemfällen angezeigt, in denen die Problemursache nicht vorrangig in mangelnder erzieherischer Kompetenz der Sorgeberechtigten liegt, sondern eher in psychischen Faktoren und/oder der Beziehungsqualität innerhalb einer Familie. Eine nachhaltige Lösung kann dann nur dadurch erreicht werden, dass der oftmals nicht offensichtliche Konflikt erkannt und familientherapeutisch bearbeitet wird.

Grundlage der Arbeit sind Annahmen der systemischen Familientherapie. Da der Begriff "Therapie" häufig noch mit "Krankheit, krank" assoziiert wird, hat sich mittlerweile der Begriff Familien-Coaching etabliert, der die kooperative Arbeitsweise der Fachkräfte mit der Familie zudem treffender beschreibt.

Zu Beginn einer Maßnahme werden die Problembeschreibungen der beteiligten Familienmitglieder erfragt. Diese beschreiben in der Regel störendes oder besorgniserregendes Verhalten der Kinder und bisherige, in der Regel erfolglose, Interventionen der Eltern.

Ältere Kinder werden ebenfalls befragt, die Sicht-/Erlebensweise jüngerer Kinder wird durch Interaktionsbeobachtungen und Berichte der Eltern oder Dritter erschlossen.

Gemeinsam oder in Absprache (Schweigepflichtentbindung) mit den Sorgeberechtigten werden auch Kindergarten, Schule, behandelnde Ärzte, Therapeuten oder andere für die Klärung relevante Personen einbezogen.

Aus diesen Informationen über das Erscheinungsbild des Problems werden gemeinsam mit den Beteiligten Hypothesen über die Dynamik des Problems entwickelt.

Dabei gehen wir von der Grundannahme aus, dass Menschen stets bewusst oder nicht bewusst Lösungen für subjektive Problemsituationen anstreben. In diesem Verständnis "verwandelt" sich störendes oder besorgniserregendes Verhalten in nicht-effektive Lösungsversuche oder Not-Lösungen.

An den daraus abgeleiteten Aufgaben zur Veränderung der Beziehungen arbeiten die Beteiligten mit unserer fachlichen Unterstützung in der Regel engagiert und aus eigenem Verständnis und Interesse mit.

Familien-Coaching unterstützt so die Eltern dabei, Fehlentwicklungen in Beziehungen oder andere Probleme selber - und somit nachhaltig - zu lösen. Durch das durch die Maßnahme veränderte Verständnis von Verhaltensauffälligkeiten sind die Eltern häufig auch in der Lage, auf spätere Probleme adäquat zu reagieren.

Im Jahr 2007 wurden insgesamt 18 Familien mit Familien-Coaching von uns begleitet, 2 davon waren Pflegefamilien. In 7 der Familien ist dem Familien-Coaching eine Sozialräumliche Lösungssuche vorausgegangen. Die durchschnittliche wöchentliche Einsatzzeit in der Familie betrug 2 Stunden. Parallel zum Familien-Coaching wurden in 7 Familien Jugendhelfer eingesetzt.

---

## 4.6. Sozialräumliche Lösungssuche

Auch bei der Sozialräumlichen Lösungssuche werden gemeinsam mit den Beteiligten Probleme in Aufgaben "umgewandelt". Ziel der Maßnahme ist es, durch die Beschreibung von konkreten Aufgaben den Hilfebedarf differenziert zu beschreiben. Soweit wie möglich werden Hilfen entwickelt, die vorhandene Ressourcen der Familie in ihrem Sozialraum nutzen oder ergänzen.

Da bei dieser Arbeitsweise "Diagnose" (= Verständnis der Dynamik des Problems) und "Intervention" (= Verhaltensmodifikation der Eltern) gleichzeitig ablaufen, sind einige Familien bereits nach Abschluss der Maßnahme in der Lage, die beschriebenen Aufgaben ohne weitere Unterstützung zu erledigen.

Im Jahr 2007 haben wir 28 Sozialräumliche Lösungssuchen durchgeführt. Die durchschnittliche Dauer der Maßnahmen lag bei 2 Monaten mit einem durchschnittlichen wöchentlichen Zeitaufwand von 1,5 Stunden pro Familie.

## 4.7. Systemisch orientierte Jugendhelfer

Systemische Jugendhelfer sind pädagogische Hilfskräfte, die ihre Aufträge unter fachlicher Anleitung ausführen. Sie entwickeln und reflektieren die Zielformulierungen, die dazu notwendigen Interventionen und deren Umsetzung mit professioneller Anleitung.

Systemische Jugendhelfer werden überwiegend bei zwei Aufgabenbeschreibungen eingesetzt:

1. Als Ergänzung des Familien-Coaching, wenn vorübergehend eine Unterstützung der Kinder über die von den Eltern geleistete Verhaltensveränderung hinaus erforderlich ist. Dies ist insbesondere bei jüngeren Kindern (ca. 6-12 Jahre) in der Schule der Fall. So sind etwa stark bindungsgestörte oder traumatisierte Kinder häufig kaum in der Regelschule beschulbar. Bis die Verhaltensänderungen der Eltern sich wirksam auf das emotionale Befinden – und somit das Verhalten - der Kinder auswirken, werden die Kinder durch Jugendhelfer in der Schule unterstützt, um die für sie notwendige Sicherheit zu erleben und soziale Kontakte zu Gleichaltrigen aufzubauen und zu gestalten. Durch diese Unterstützung werden die Kinder so lange befähigt, den schulischen Anforderungen zu genügen, bis ihnen dies aus eigener Fähigkeit möglich ist.

2. Als Unterstützung für ältere Kinder/Jugendliche, Heranwachsende und junge Erwachsene, die in familiären oder familienähnlichen Bezugssystemen leben. Hier insbesondere bei Entwicklungsaufgaben wie:

- Pubertät,
- Ablösung,
- Identitätsbildung,
- persönliche und berufliche Perspektiven,
- soziale Integration,
- Freizeitgestaltung,
- Förderung von Fähigkeiten,
- Nutzbarmachung sozialräumlicher Ressourcen,
- konstruktive Lösung familiärer Konflikte.

2007 wurden von uns in 19 Familien Jugendhelfer eingesetzt. Im Durchschnitt waren diese 5,5 Stunden in der Woche im Einsatz.

---

## 4.8. Familienzentrum

Das Familien-Zentrum Grünhöfe ist ein zunächst für ein Jahr befristetes Projekt des Amtes für Jugend, Familie und Frauen, das seit dem 01. Juli 2007 von der GISBU durchgeführt wird.

Ziel des Projektes ist es, Familien in Grünhöfe den Zugang zu bestehenden pädagogischen und sozialen Beratungs- und Unterstützungsangeboten zu erleichtern, um dadurch die Lebensbedingungen und die Erziehungsfähigkeit der Familien zu verbessern.

Neben diesem Beratungs- und Vermittlungsangebot ist ein weiteres Ziel, in den Räumen des Familienzentrums weitere pädagogische Unterstützungsangebote zu initiieren und ein Forum für solche Angebote zu bieten.

Neben den professionellen Angeboten werden auch Initiativen und Projekte aus Selbst- und Nachbarschaftshilfe unterstützt.

Durch diese Angebote (wie z.B. "Krabbelgruppe") und während der Öffnungszeiten des Familienzentrums (wie z.B. "Eltern-Café") wird ein weitgehend barrierefreier Zugang zu dem Beratungs- und Vermittlungsangebot des Familien-Zentrums Grünhöfe ermöglicht. Quasi "nebenbei" kann zu der Mitarbeiterin Kontakt hergestellt werden. Die Beratung für Kinder, Jugendliche und Eltern ist vertraulich, auf Wunsch auch anonym.

In der ersten Phase des Projektes wurde vorrangig der Arbeitsplatz eingerichtet und der Kontakt zu den im Ortsteil vorhandenen potentiellen Kooperationspartnern hergestellt.

Dies waren im Einzelnen:

- Dienstleistungszentrum
- Kindergärten (Braunstraße, Stettiner Str., Am Oberhamm)
- Sozialzentrum Finkenstr.
- Fritz Reuter Schule
- Sozialer Dienst
- Polizei Süd, Kontaktpolizist
- GEWOBA, Hauswarte
- Projekt „Känguru“
- Projekt „Schritt für Schritt“
- Projekt „FiS“
- Faden e.V.
- Familienhebammen
- Petrusgemeinde

### **Folgende Angebote gibt es im Familienzentrum:**

#### **Krabbelgruppe für Kinder von 0-3 mit Eltern**

Die Krabbelgruppe trifft sich regelmäßig freitags. Sie setzt sich zusammen aus türkischen und deutschen Frauen und deren Kindern. Im Durchschnitt kommen 10 Frauen und Kinder. Es findet ein reger Austausch statt, wobei darauf geachtet wird, dass der Kontakt zwischen türkischen und deutschen Frauen hergestellt wird. Aus dieser Gruppe ergeben sich auch immer wieder Einzelberatungsgespräche außerhalb der Gruppenzeit. In diesen Gesprächen geht es dann um Erziehungsfragen, Eheprobleme

---

etc.. Die Krabbelgruppe wird von den Familienhebammen begleitet.

### **Kinder- und Jugendgruppe**

Die Kinder treffen sich montags im Familienzentrum um miteinander zu spielen, zu basteln und zu kochen. Zwei Jugendhelferinnen unterstützen die Kinder. Die Kinder werden spielerisch mit Fragen und Situationen des Alltags konfrontiert und lernen z.B. Konflikte gewaltfrei zu lösen, wie Essen selbst zubereitet wird und dass es bei Spielen Regeln einzuhalten gilt. Auch hieraus ergeben sich Kontakte zu den Eltern.

### **Jugendhelfertreffen**

Auf diesen Treffen werden die Jugendlichen auf die Arbeit in der Kindergruppe vorbereitet. Es findet eine Nachbereitung der Montagsgruppe statt (Was war gut? Wo gab es Schwierigkeiten? Was kann besser werden?) Die Durchführung für das nächste Kindergruppen treffen wird geplant und besprochen. Die Jugendlichen wohnen im Stadtteil Grünhöfe, sind motiviert und erleben Akzeptanz und Wertschätzung. Sie lernen verantwortungsvolles Handeln. Durch die Jugendlichen kommt es zum Kontakt zu deren Familien (Geschwister, Eltern).

### **Familientreffen**

Die Familien treffen sich einmal im Monat im Familienzentrum, um zu erleben, wie es ist, miteinander zu spielen oder zu basteln. Hieraus ergeben sich gute Kontakte zu den Bewohnern und die Möglichkeit über Lebensbedingungen, Erziehung usw. zu reden bzw. einen Termin für ein Gespräch außerhalb der Gruppenzeit abzumachen.

### **Elternfrühstück**

Die Eltern des Kindergartens Braunstraße treffen sich einmal im Monat zum Frühstück im Familienzentrum um Erfahrungen auszutauschen und Kontakt untereinander und zur Mitarbeiterin des Familienzentrums herzustellen.

### **Fazit**

Das Familienzentrum hat eine gute Vernetzung im Ortsteil erreicht und ist bei allen maßgeblichen Trägern bekannt. Innerhalb des Familienzentrums gibt es Angebote, die bei der Zielgruppe Akzeptanz finden.

Die geschaffenen Strukturen sind dazu geeignet, die in der Konzeption genannten Ziele zu verwirklichen. Im weiteren Projektverlauf ist davon auszugehen, dass sich die Kooperation mit den Akteuren im Ortsteil weiter etabliert wird und die Angebote im Familienzentrum verstärkte Akzeptanz finden werden. Aus heutiger Sicht arbeitet das Projekt erfolgreich und sollte über den geplanten Zeitraum fortgeführt werden.

---

## 5. Hilfeangebote bei häuslicher Gewalt gegen Frauen

### Hilfeangebote bei Häuslicher Gewalt gegen Frauen/Frauenhaus

Viel Energie haben wir 2007 in die Suche eines neuen Standortes gesetzt. Mit Erfolg. Der Umzug soll im Januar 2008 abgeschlossen sein. Der Umzug bringt neue Voraussetzungen und damit eine Veränderung des bisherigen Konzeptes mit sich. Um noch stärker mit dem Tabuthema „Häusliche Gewalt“ in die Öffentlichkeit gehen zu können, gibt es eine Beratungsstelle, deren Adresse bekannt ist. Den betroffenen Frauen soll dadurch der Zugang zur Fachberatungsstelle erleichtert und die Öffentlichkeitsarbeit gestärkt werden.

Dezentrale Wohneinheiten ermöglichen uns nun die Trennung von schutzbedürftigen Frauen und Frauen, die von Obdachlosigkeit betroffen sind und keine Anonymität benötigen. Die bisherige Unterbringung unter einem Dach bzw. innerhalb einer Schutzwohnung provozierte immer wieder Konflikte zwischen den Bewohnerinnen und ihren ganz unterschiedlichen Bedürfnissen.

Jungen Frauen in der Altersgruppe von 18 bis 24 Jahren fiel es besonders schwer, ein verantwortungsbewusstes Verhalten hinsichtlich der Schutzbedürftigkeit der Bewohnerinnen, der Hausregeln und einer eigenverantwortlicher Lebensgestaltung zu zeigen. In einigen Fällen vermuteten wir den Frauenhausaufenthalt als Sprungbrett in eigenen Wohnraum.

Von Seiten der Mitarbeiterinnen war im Umgang mit den jungen Frauen viel Geduld, Konsequenz und pädagogisches Geschick gefordert.

Nicht unerheblich war der Anteil an Frauen mit mehrfachen Problematiken, etwa Obdachlosigkeit in Verbindung mit einer psychischen Erkrankung. Im Umgang mit diesen Klientinnen wurde deutlich, dass wir mit den uns zur Verfügung stehenden Kompetenzen nur bedingt weiter helfen können. Da eine Mitwirkungsbereitschaft bzw. –fähigkeit dieser Frauen nur begrenzt vorhanden war, gestaltete sich die Entwicklung angemessener Perspektiven entsprechend problematisch und langwierig. Intensive Kontakte zu den beteiligten Fachstellen wie Ärzten, Kliniken, dem Gesundheitsamt und dem Vormundschaftsgericht waren dabei unerlässlich.

Zum ersten Treffen des Runden Tisches „Häusliche Gewalt“ am 22.05.2007 waren Vertreter des Magistrats, der Ortspolizeibehörde, des Amtsgerichts, der ZGF (Bremische Zentralstelle zur Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau) sowie des Frauenzentrums, des Weißen Rings und von Pro Familia eingeladen. Ziel des Runden Tisches ist es, durch die Koordinierung der Arbeit der unterschiedlichen Institutionen kürzere Wege zu schaffen und somit den Schutz der von Gewalt betroffenen Frauen weiter zu erhöhen.

Frauen, die von häuslicher Gewalt bzw. Stalking betroffen sind, haben nach dem Gewaltschutzgesetz die Möglichkeit, sich mit der Erwirkung einer einstweiligen Verfügung vor dem Täter zu schützen. Um den Zugang der Betroffenen zu einer Schutzanordnung zu erleichtern, gab es ein Gespräch mit Frau Goldmann (Vizepräsidentin des Amtsgerichts und Zivilrichterin), Frau Kuhne (Geschäftsleitung der Zivilabteilung), Frau Dr. Röhm (ZGF) sowie mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Rechtsantragsstelle und des Frauenhauses. Dieser Erfahrungsaustausch erhöhte die Transparenz der unterschiedlichen Arbeitsbereiche und eröffnete neue Zugänge zum Thema.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Amtsgerichts boten die Entwicklung eines Merkblatts an, das den Betroffenen Hilfestellung bei der Beantragung einer einstweiligen Verfügung gibt. Das Merkblatt ist mittlerweile fertig gestellt und unterstützt die betroffenen Frauen dabei, sich in dieser Krisensituation an die rechtlichen Vorgaben zu halten und alle Informationen bereit zu haben, die zur Erwirkung der Verfügung unerlässlich sind.

---

Nach einem Jahr der Zusammenarbeit trafen sich die Mitarbeiterinnen der GISBU im Juni zur Reflektion der gemeinsamen Tätigkeit mit den Revierleitern und Kontaktpolizisten in den Polizeirevieren. Die von Beginn an vertrauensvolle und engagierte Kooperation konnte sich weiter festigen, durch positive Erfahrungen und persönliches Kennen lernen sind einige Wege kürzer und effektiver geworden. Die Zusammenarbeit der unterschiedlichen Fachstellen wurde von den Hilfe suchenden Frauen auch in diesem Jahr als positiv unterstützend erlebt.

Im Vergleich zum Jahr 2006, in dem der Kooperationsvertrag zwischen dem Magistrat der Stadt Bremerhaven und der GISBU unterzeichnet wurde, ist in 2007 die Akzeptanz des Beratungs- und Unterstützungsangebotes „Hilfe bei häuslicher Gewalt gegen Frauen“ sowohl bei den betroffenen Frauen als auch bei den Mitarbeitern der Ortspolizeibehörde deutlich gestiegen. Die Zahl der Hilfe suchenden Frauen ist ebenso gestiegen wie die durch die Polizei ausgesprochenen Wegweisungen nach dem Gewaltschutzgesetz. Während im Jahr 2006 in Bremerhaven 9 Platzverweise (Näherungsverbot) erteilt wurde, waren es 18 Platzverweise im Jahr 2007. Das deutet darauf hin, dass das Angebot der Beratungsstelle bekannt geworden ist und genutzt wird.

Nach wie vor ist die GISBU Ansprechpartner für den Bereich der Zwangsprostitution. Zwei Frauen, die von Zwangsprostitution betroffen waren, werden weiterhin durch uns betreut. Die Betreuung umfasst die Unterstützung in Wohnungs- und Geldangelegenheiten, das Angebot psychosozialer Begleitung und die Begleitung zu Gerichtsverhandlungen, in denen die Frauen als wichtige Opferzeuginnen aussagen. Auf die konstruktive Kooperation mit dem Kriminalkommissariat, dem Gesundheitsamt Bremerhaven und dem BBMeZ (Betreuung für Betroffene von Menschenhandel und Zwangsprostitution) in Bremen konnten wir auch in diesem Jahr bauen.

Am 3. und 4. September 2007 konnten wir an der Fachtagung „Perspektiven zum 2. Aktionsplan der Bundesregierung zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen“ in Fulda teilnehmen. Dort nahm das Thema „Frauen mit Migrationshintergrund“ großen Raum ein. Nach wie vor ist es schwierig, Kontakt zu Frauen mit Migrationshintergrund herzustellen. Häufig leben diese Frauen isoliert, verfügen über keinen eigenständigen Aufenthaltsstatus, sprechen wenig Deutsch, trauen sich nicht Hilfe in Anspruch zu nehmen oder haben keine Kenntnis über Fachberatungsstellen. Erschwerend kommt hinzu, dass in patriarchalisch geprägten Kulturen familiäre Streitigkeiten innerhalb der Gemeinschaft geregelt werden. Hilfe in Anspruch zu nehmen ist hier ein Tabu.

Fachvorträge zu diesem Thema wurden im November auch durch die Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales, Referat Zuwanderungsangelegenheiten und Integrationspolitik, sowie zum „Internationalen Tag der Gewalt gegen Frauen“ durch die ZGF (Bremische Zentrale für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau) in Bremerhaven initiiert. Der Austausch unter den Berufskolleginnen und -kollegen schafft eine Vernetzung der Hilfeangebote und stärkt die Effizienz der gemeinsamen Arbeit.

Im Rahmen eines Gottesdienstes der Diakonie in der Johanneskirche am 09.09.2007 konnten wir Mitarbeiterinnen unsere Arbeit im Bereich Häusliche Gewalt und Obdachlosigkeit darstellen und damit erneut eine öffentlichkeitswirksame Sensibilisierung für das Thema leisten.

Wiederholt wurden Frauenhausmitarbeiterinnen zu Projekten in Schulen bzw. zu Konfirmandengruppen eingeladen, die sich mit dem Thema Gewalt auseinandersetzten. Somit bekamen wir auch dort die Gelegenheit unsere Arbeit vorzustellen, verschiedene Formen von Gewalt zu diskutieren und auf Fachberatungsstellen aufmerksam zu machen.

Einer Studentin der Universität Oldenburg räumten wir die Möglichkeit ein, Interviews mit betroffenen Frauen zum Thema Gewalt zu führen.

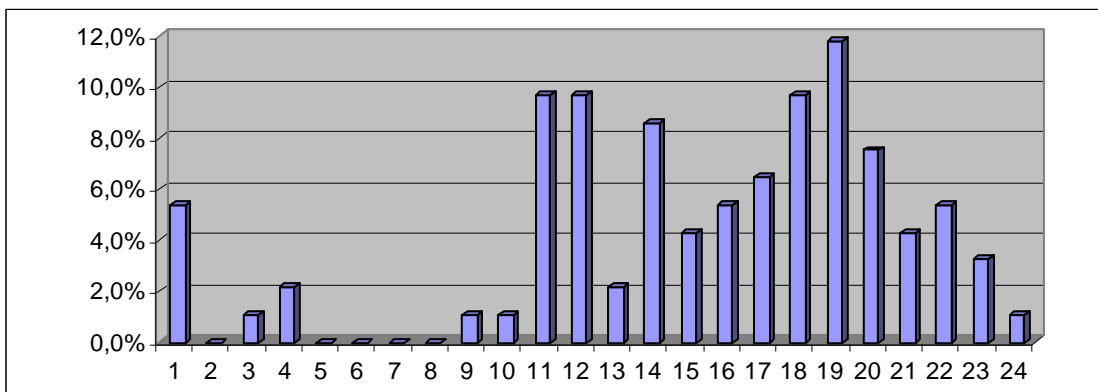
Der Titel ihrer Diplomarbeit lautet „Die Bedeutung und Auswirkungen häuslicher Gewalterfahrungen und –empfindungen sowie Erklärungsmuster aus der Sicht betroffener Frauen und Männer“. Folgende

Dimensionen werden in der Arbeit angesprochen: Subjektive Definition von Gewalt der Betroffenen, Bedeutung von Gewalt, Erklärung von Gewalt aus der Sicht der Betroffenen, Wahrnehmung der Reaktion auf häusliche Gewalt seitens der Gesellschaft, Bewertung der Reaktionen der Gesellschaft.

Auch in diesem Bereich wollen wir Unterstützung leisten, damit sich durch wissenschaftliches Herangehen weitere Sichtweisen bzw. Umgangsformen mit diesem Thema erschließen. Durch die Auswertung versprechen wir uns Erkenntnisse, die zur weiteren Qualifizierung unserer Arbeit beitragen.

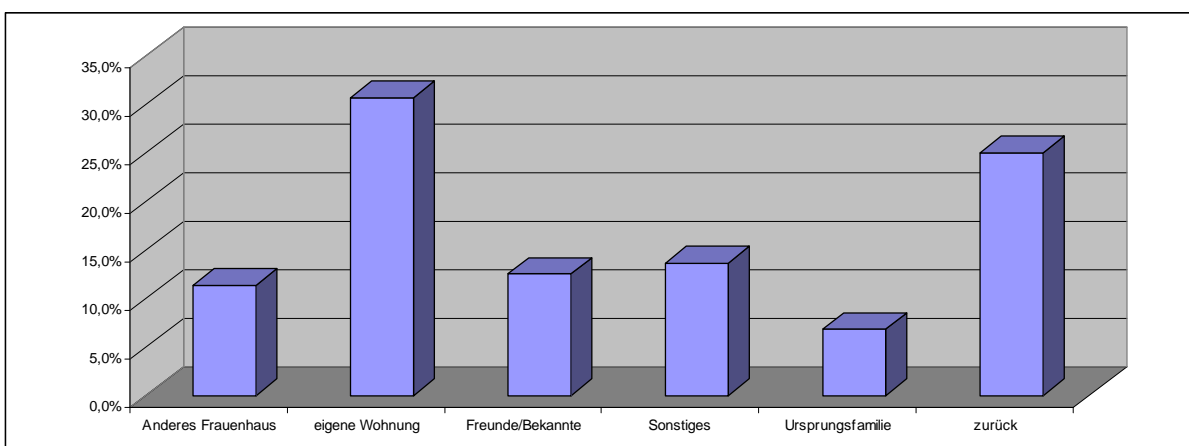
## Statistik

### 1. Aufnahmezeiten



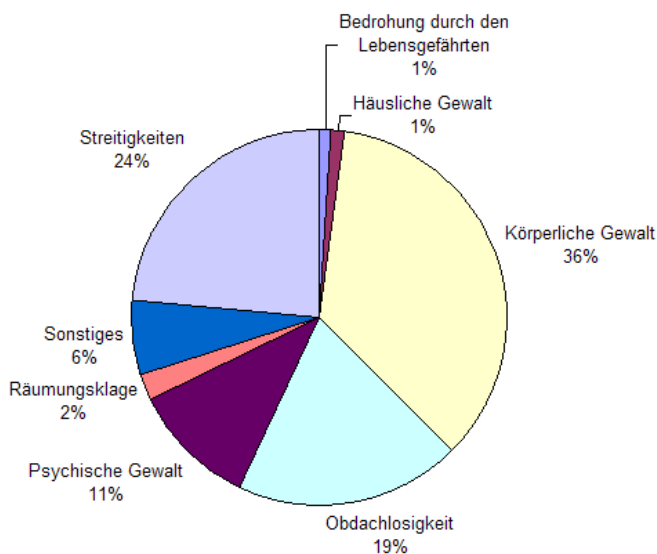
75 % der Aufnahmen im Frauenhaus fanden in der Zeit von 10:00 bis 19:00 Uhr statt. Nur wenige Frauen suchten in der Zeit von 01:00 Uhr nachts bis 07.00 Uhr morgens Schutz und Unterkunft.

### 2. Auszugsgrund



Unter denen von den Frauen angegebenen „neuen Adressen“ wurde eine „eigene Wohnung“ am häufigsten genannt. Bei diesen Angaben sind auch die von Wohnungslosigkeit betroffenen Frauen zu berücksichtigen. Am zweit häufigsten wurde mit 24% „zurück“ angegeben. Unter „Ursprungsfamilie“ sind u.a. das Elternhaus, die Pflegefamilie oder die Großeltern zu verstehen. Unter der Nennung „Sonstiges“ haben wir die Auszugsgründe „Krankenhaus“, „Asylunterkunft“ und „Rauswurf“ zusammengefasst.

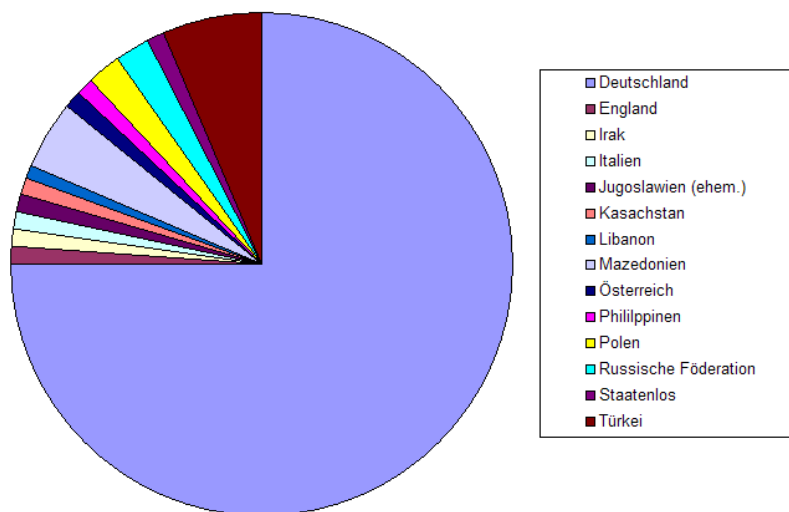
### 3. Aufnahmegrund



Die beiden großen Gruppen der Bewohnerinnen des Frauenhauses Bremerhaven bilden mit 21% die von Wohnungslosigkeit betroffenen Frauen und mit 73% die von Gewalt betroffenen Frauen. Unter „Sonstiges“ sind Angaben von Frauen mit psychischer Erkrankung oder uns nicht genannten Gründen erfasst.

Im weiteren Verlauf der Datenerhebung haben wir die beiden Gruppen „Wohnungslosigkeit“ und „von Gewalt Betroffene“ nicht getrennt dargestellt.

#### 4. Nationalität

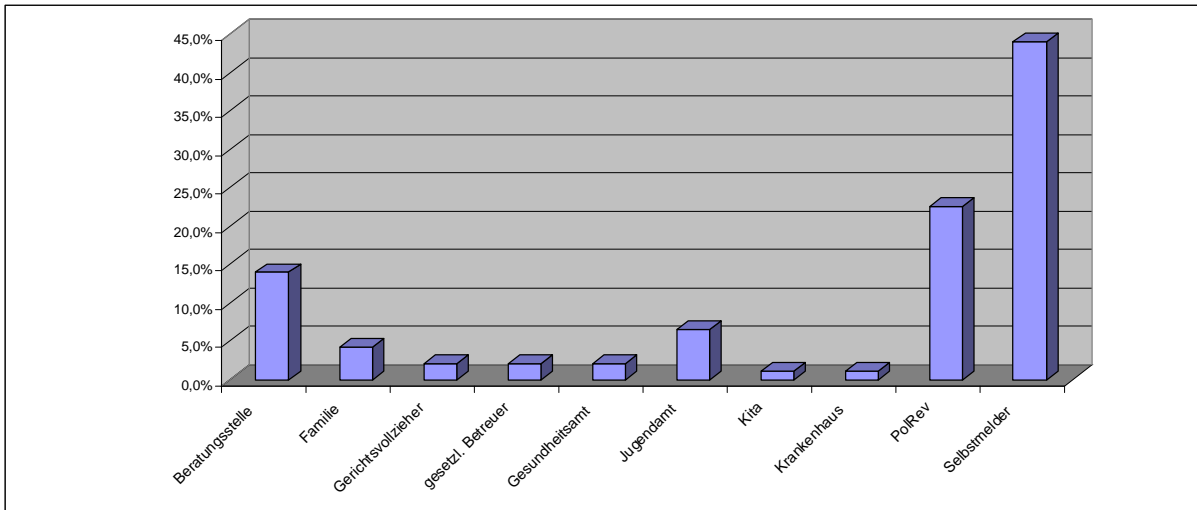


| Nationalität         | Anzahl |
|----------------------|--------|
| Deutschland          | 75,0%  |
| England              | 1,1%   |
| Irak                 | 1,1%   |
| Italien              | 1,1%   |
| Jugoslawien (ehem.)  | 1,1%   |
| Kasachstan           | 1,1%   |
| Libanon              | 1,1%   |
| Mazedonien           | 4,3%   |
| Österreich           | 1,1%   |
| Philippinen          | 1,1%   |
| Polen                | 2,2%   |
| Russische Föderation | 2,2%   |
| Staatlos             | 1,1%   |
| Türkei               | 6,5%   |

75 % der aufgenommenen Frauen im Jahr 2007 hatten als Nationalität „Deutsch“ angegeben. Nur 6,5 % gaben „Türkisch“ als Nationalität an. Parallel zu den Nationalitäten haben wir bei der Datenerhebung nach den Geburtsorten gefragt, um die Gruppe der Frauen mit Migrationshintergrund zu erfassen. Entgegen unserer Vermutung und den Angaben anderer Städte ist die Zahl der betroffenen Frauen mit Migrationshintergrund in Bremerhaven gering.

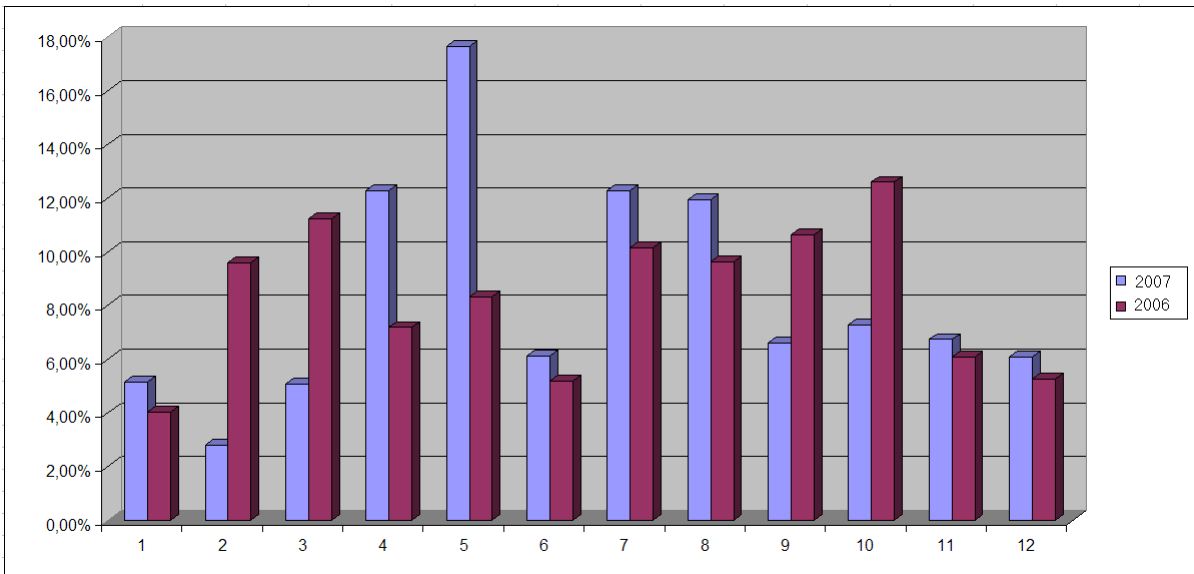
#### 5. Vermittlung



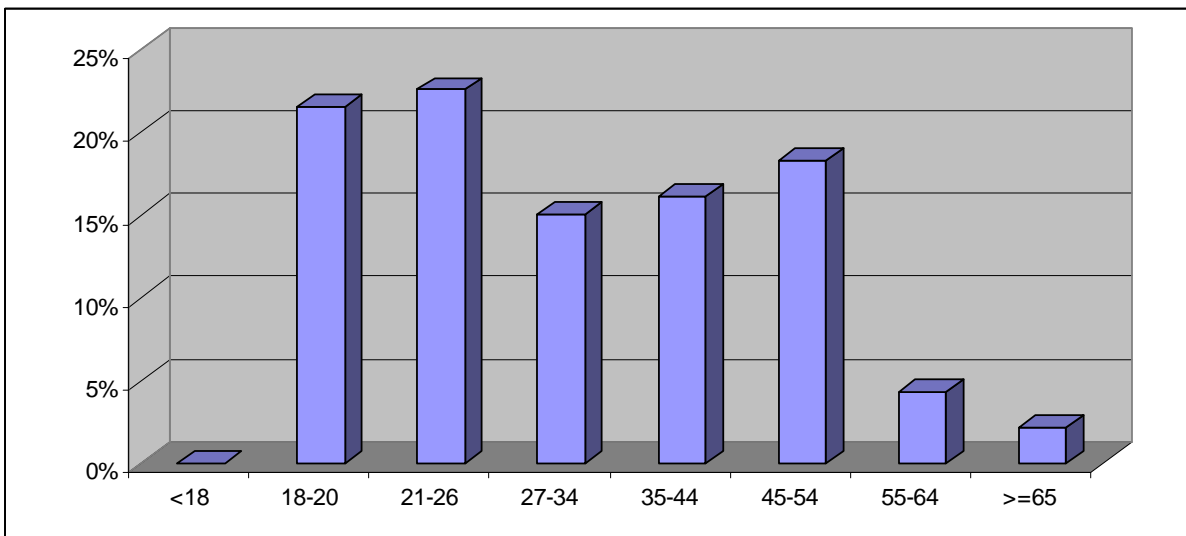


Der größte Anteil der Frauen gelangt durch Eigeninitiative zur Aufnahme, gefolgt von mehr als 20% über Polizeieinsätze und 14% über Beratungsstellen. Dieser Wert schließt die Vermittlung über die Beratungsstelle der GISBU „Wohnen und Beraten“ ein.

#### 6. Anzahl der Aufnahmen 2006/2007

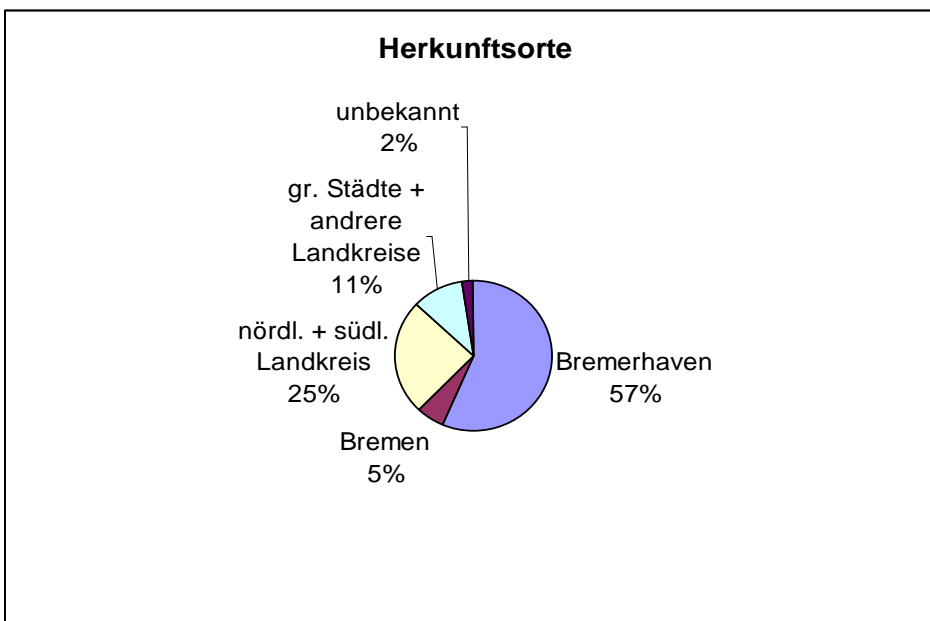


## 7. Altersverteilung



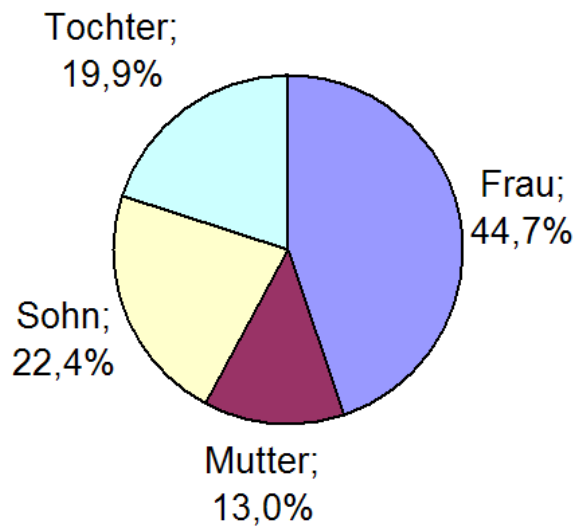
44% aller Frauen, die im Jahr 2007 um Aufnahme baten, waren zwischen 18 und 26 Jahre alt.

## 9. Herkunftsorte



---

8. Verteilung alleinstehende Frauen bzw. Frauen mit Kindern



2007 wurden 94 Frauen aufgenommen. Von diesen waren 77% allein stehende Frauen und 23% suchten mit ihren Kindern Schutz im Frauenhaus.

---

## 6. EDV-Abteilung

### DV-Organisation

Zu Beginn 2007 wurde die EDV-Abteilung um einen weiteren Dipl.-Informatiker erweitert. Durch die zusätzliche Ressource konnten die im vergangenen Jahr anstehenden Projekte:

- Optimierung von Arbeitsprozessen
- Vermarktung GISBU-XP
- Umzug/Erweiterung Netzwerk Dachausbau
- Jubiläum „50 Jahre GISBU“
- Reorganisation Fahrzeugverwaltung
- Vorbereitung Umstellung AVR-K
- Dokumentation IT
- Aufbau VPN (für gesicherten Fernzugriff)
- Schulung Mitarbeiter(innen)
- uvm.

zünftig realisiert werden.

Zur Jahresmitte wurde eine Betriebsvereinbarung für die Nutzung „Internet/Email“ mit den Mitarbeiter(innen) der GIBSU mbH vereinbart und umgesetzt.

### Service

Neben dem „normalen“ Tagesgeschäft wird ein großer Teil der Arbeitszeit durch die die EDV-Dienstleistung in Anspruch genommen. Mit der EDV-Abteilung (bestehend aus einem Dipl.- Wirtschaftsinformatiker und einen Dipl.- Informatiker) wird nicht nur der Service innerhalb der GISBU mbH, sondern auch des gesamten Diakonischen Werks Bremerhaven e.V. bereitgestellt und durchgeführt.

Dies umfasst ca. 130 PC-Arbeitsplätze, mehrere Server und ca. 25 Drucker/Kopierer. Ein primäres Ziel in 2007 war es, die Clients auf ein einheitliches Betriebssystem umzustellen, um somit den administrativen Aufwand weiter zu reduzieren.

Im ersten Halbjahr wurde im Diakonischen Werk Bremerhaven e.V. eine Schulung der Mitarbeiter(innen) in den u.g. Bereichen mit Erfolg durchgeführt. Die Schulung der Mitarbeiter(innen) wurde intern durchgeführt und fand recht große Resonanz bei den Mitarbeitern(innen). Die Mitarbeiter(innen) der GISBU wurden zum Ende des Jahres beginnend mit dem Thema „Internet/Email“ geschult.

Für das Jahr 2008 wird die Schulung in den Bereichen:

- Microsoft Word
- Microsoft Excel
- Microsoft Access
- Microsoft Outlook und
- Internet

weiter fortgesetzt.

Zu Mitte des Jahres wurde eine neue Fernwartungssoftware angeschafft und erfolgreich eingeführt. Mit dieser Software hat sich die Reaktionszeit und die Dauer der Einsätze bei Störungen im EDV-Bereich wesentlich verringert. Ein Großteil der Störungen/Kontrollen können somit direkt über die Fernwartung gelöst werden.

## Datenbank GISBU-XP

Seit 01.01.2004 wird innerhalb der gesamten GISBU die Vorgangsbearbeitung und die Verwaltung von Klienten mit der Verwaltungsdatenbank „GISBU-XP 2.0“ durchgeführt. Die einzelnen Einrichtungen innerhalb der Bereiche:

- Jugendhilfe
- Wohnungsnotfallhilfe
- Straffälligenhilfe
- Hilfe bei häuslicher Gewalt

dokumentieren Ihre Arbeit mit Hilfe der Datenbank.

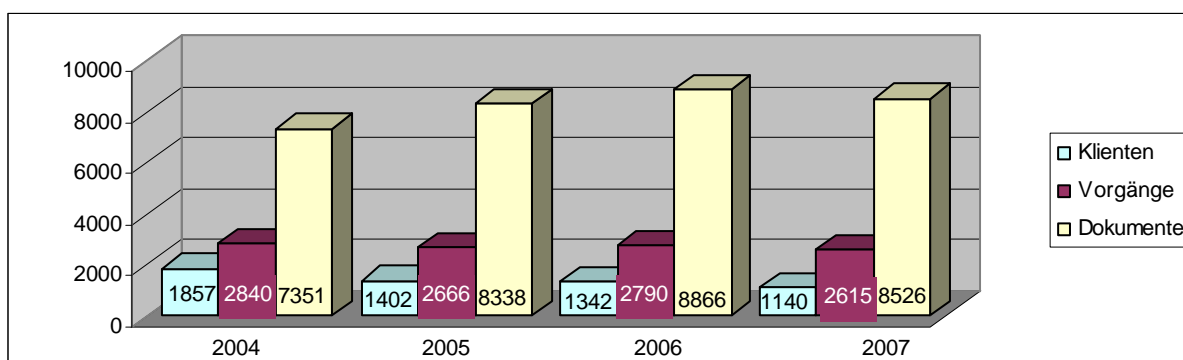
Durch die enge Einbeziehung der Mitarbeiter(innen) bei der ständigen Weiterentwicklung findet die Datenbank große Akzeptanz bei allen Mitarbeitern(innen).

Dies hatte zur Folge, dass unsere Datenbank erfolgreich im Bereich der Geldstrafentilgung in mehreren Landgerichtsbezirken von Mecklenburg-Vorpommern und in Einrichtungen des Diakonischen Werkes eingeführt werden konnte. Durch den gemeinsamen Erfahrungsaustausch mit Benutzer(innen) der Datenbank konnte die Datenbank an Funktionalität und aussagekräftige statistische Auswertung immer weiter verbessert werden. Somit ist es möglich, vorgefertigte Berichte auf „Knopfdruck“ für einen bestimmten Zeitraum aufzurufen und ggf. zu exportieren.

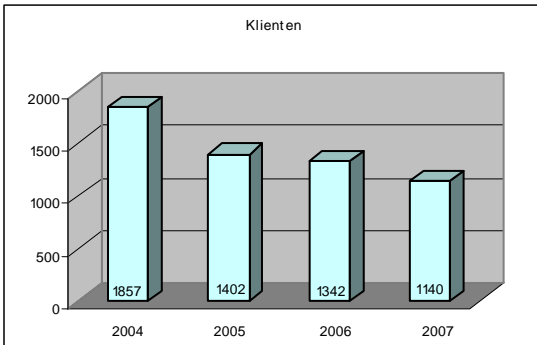
Für den Datenaustausch mit der Finanzbuchhaltung wurden für die einzelnen Einrichtungen Schnittstellen zur Buchhaltung programmiert. Dadurch ist es möglich, kontrolliert Daten in die Buchhaltungssoftware zu übergeben. Dies spart viel Zeit beim Buchen, sowie bei der Ablage der Rechnungen ein, da diese elektronisch archiviert werden können.

Nachfolgend finden Sie einige Auszüge an statistischen Daten aus der Datenbank, die Einrichtungsübergreifend erhoben wurden.

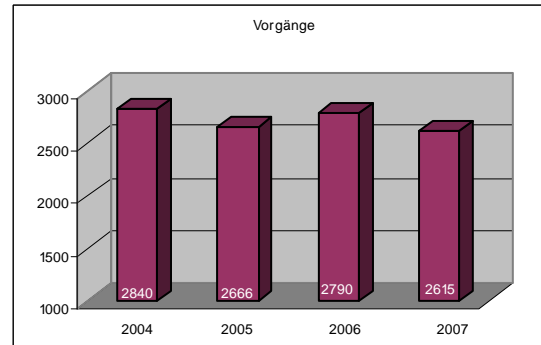
Innerhalb von vier Jahren wurden 6858 Klienten mit insgesamt 11416 Vorgängen erfasst und zu den einzelnen Vorgängen 33069 Dokumente angelegt.



Das Diagramm zeigt die Zahlen der Klienten, Vorgänge und deren Dokumente der letzten vier Jahre. Pro Jahr wurden im Durchschnitt 1435 Klienten, 2738 Vorgänge und 8270 Dokumente erfasst.

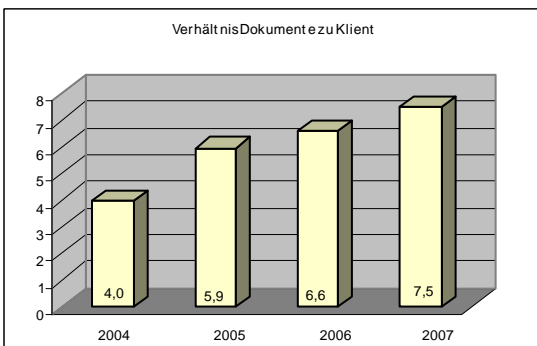


Im Jahr 2004 wurden auch noch die Klienten erfasst, die noch offene Vorgänge hatten.



Die Vorgangszahlen sind seit 2004 auf fast identischen Niveau.

Im nachstehenden Diagramm kann man gut erkennen, dass das Dokumentationsaufkommen stetig steigt.



Waren es zu Beginn der Einführung der Datenbank im Durchschnitt noch vier Dokumente pro Klient, so ist die Anzahl der Dokumente zum Ende 2007 auf 7,5 gestiegen.

Dies spiegelt deutlich das erhöhte Dokumentationsaufkommen wieder.

Die Verwaltungsdatenbank GISBU-XP 2.0 wird 2008 bei zwei neuen Kunden im Bereich der Jugendhilfe und der Psychiatrie eingeführt. Des Weiteren wird die Zertifizierung für das STADO-Prüfsiegel durchgeführt. Die Schulung der Mitarbeiter(innen) wird im ersten und zweiten Quartal im Vordergrund stehen.

## 7. Ausblick

Bereits im vergangenen Jahr haben wir an dieser Stelle die Hoffnung geäußert, dass die Ausgrenzung stationär untergebrachter Wohnungsloser aus der Arbeitsförderung (§ 7 SGB II) korrigiert wird weil damit den Intentionen des Gesetzes, Integration in den Arbeitsmarkt zu fördern, zuwider gehandelt wird. Das ist bisher noch nicht erfolgt, aber aufgrund des Urteils des Bundessozialgerichtes wird sich dies nun wohl doch in 2008 ändern.

Die Eröffnung des Erweiterungsbaus des Wilhelm-Wendebourg-Hauses steht 2008 an und wird das Hilfeangebot nochmals verbessern und insbesondere für Personen mit langfristigen Betreuungsbedarfen ein geeignetes Angebot darstellen.

Der Umzug des Frauenhauses und die damit verbundene Eröffnung einer nach außen deutlich sichtbaren Beratungsstelle wird sich hoffentlich in 2008 als Schritt in die richtige Richtung erweisen und zu einer verbesserten Beratungssituation für Opfer häuslicher Gewalt führen. Außerdem wird durch die dezentrale Unterbringung in Schutzwohnungen das Wohnangebot deutlich verbessert und insbesondere auch die Unterbringung obdachloser Frauen dadurch erleichtert. Es bleibt abzuwarten ob sich dadurch die Akzeptanz noch weiter erhöht.

Nachdem sich die GISBU bei der Bezahlung der Beschäftigten in der Vergangenheit immer am Bundesangestelltentarif orientiert hat und dieser nun durch den TVÖD abgelöst wurde, ist für die Zukunft beschlossen worden, die Arbeitsvertragsrichtlinien der Konföderation evangelischer Kirchen in Niedersachsen ab Juli 2008 zugrunde zu legen. Dieses Tarifwerk ist dem TVÖD in vielen Bereichen sehr ähnlich. Durch diese Entscheidung tragen wir unseren Mitgliedspflichten als Diakonische Einrichtung Rechnung und wollen damit auch ein deutliches Zeichen gegen die weit verbreitete Flucht sozialer Einrichtungen aus der Tarifbindung und damit verbundner Absenkung sozialer Standards setzen.

Bremerhaven im März 2008